

Carola Lentz

**Aus der Wissenschaft in die
Kulturpolitik (und zurück).
Eine Ethnologin als Präsidentin
des Goethe-Instituts**

ARBEITSPAPIERE DES
INSTITUTS FÜR
ETHNOLOGIE
UND AFRIKASTUDIEN

WORKING PAPERS OF
THE DEPARTMENT OF
ANTHROPOLOGY AND
AFRICAN STUDIES



Herausgegeben von / The Working Papers are edited by:

Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
Forum 6, D-55099 Mainz, Germany.

Tel. +49-6131-3923720; Email: ifeas@uni-mainz.de; <http://www.ifeas.uni-mainz.de>
<http://www.ifeas.uni-mainz.de/92.php>

ISSN (Online): 2750-7866

Geschäftsführender Herausgeber / Managing Editor: Martin Büdel (buedelma@uni-mainz.de)

Copyright remains with the author.

Zitierhinweis / Please cite as:

Lentz, Carola (2026): Aus der Wissenschaft in die Kulturpolitik (und zurück). Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts. Arbeitspapiere des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (Working Papers of the Department of Anthropology and African Studies of the Johannes Gutenberg University Mainz) 215.

Lentz, Carola: Aus der Wissenschaft in die Kulturpolitik (und zurück). Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts / From academia to cultural policy (and back again). An anthropologist as president of the Goethe-Institut

Zusammenfassung / Abstract

Der Essay reflektiert die Amtszeit der Autorin als Präsidentin des Goethe-Instituts und fragt nach dem Verhältnis von Person und Amt. Kann eine Ethnologin in dieser exponierten kulturpolitischen Position „einen Unterschied“ machen und wenn ja, welchen? Welche Ressourcen stellt der disziplinäre Hintergrund für die Amtsführung bereit? Der Beitrag skizziert zunächst die institutionellen Rahmenbedingungen und historischen Entwicklungen des Instituts und die sich im Kontext globaler Umbrüche verändernden Anforderungen an seine Präsidentschaft. Anschließend zeigt er, welchen spezifischen Mehrwert die ethnologische Expertise auf den zentralen Handlungsfeldern der Präsidentin hatte—als Vereinsvorsitzende, Integrationsfigur einer internationalen Organisation und öffentliches Gesicht der deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Erstens konnte sie eine reflexive, an teilnehmender Beobachtung orientierte Haltung auf die administrative und politische Praxis übertragen. Zweitens lag ihrer Arbeit ein offener, prozessualer Kulturbegriff zugrunde, der mit den postnationalen, multilateralen Formen des Kulturaustauschs korrespondiert, wie sie das Goethe-Institut seit den 2010er Jahren entwickelt hat. Drittens konnte sie Themen wie Kolonialität, Perspektiven des Globalen Südens und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen programmatisch verankern. Allerdings scheinen sich die Handlungsspielräume für diese Themen und Ansätze angesichts der aktuell weltweit zu beobachtenden nationalistischen Kulturwende wieder zu verengen.

The essay reflects on the author's tenure as president of the Goethe-Institut and examines the relationship between the individual and the office. Can an anthropologist make a difference in this prominent cultural policy position, and if so, what kind? And what resources does her disciplinary background provide for the performance of her duties? The essay first outlines the institutional framework and historical developments of the institute and the new

demands placed on its presidency in the context of changing global challenges. It then goes on to show the specific value that anthropological expertise brought to the key areas of presidential activity—as chair of an association, a unifying figure in an international organisation, and the public face of German foreign cultural policy. Firstly, the anthropologist-president was able to transfer a reflexive approach based on participant observation to administrative and political practice. Secondly, her work was based on an open, processual concept of culture that corresponds to the post-national, multilateral forms of cultural exchange that the Goethe-Institut has been developing since the 2010s. Thirdly, she was able to programmatically anchor topics such as coloniality, perspectives of the Global South and debates on the politics of memory. However, the scope for action on these topics and approaches seems to be narrowing again in view of the nationalist cultural shift currently observable worldwide.

Schlagwörter / Keywords

Internationaler Kulturaustausch, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, „soft power“, Goethe-Institut, Public Anthropology

International cultural relations, soft power, Goethe-Institut, public anthropology

Die Autorin / The author

Carola Lentz ist Seniorforschungsprofessorin am Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit Ende der 1980er Jahre forscht sie in Ghana und anderen westafrikanischen Ländern, mit einem thematischen Schwerpunkt auf Bodenrecht, Ethnizität und Nationalismus, Kolonialismus und Dekolonialisierung, Erinnerungspolitik und Bildungsbiografien liegt. Zu ihren jüngsten Veröffentlichungen zählen *Remembering Independence* (2018, zusammen mit David Lowe) und *Imagining Futures: Memory and Belonging in an African Family* (2022, zusammen mit Isidore Lobnibe). Von 2020 bis 2024 war sie Präsidentin des Goethe-Instituts.

Carola Lentz is senior research professor at the Department of Anthropology and African Studies at Johannes Gutenberg University, Mainz. She has conducted extensive research in Ghana and other West African countries since the late 1980s, with a focus on land rights, ethnicity and nationalism, colonialism and decolonisation, the politics of memory, and the emergence of a middle class. Her latest books include *Remembering Independence* (2018, with David Lowe) and *Imagining Futures: Memory and Belonging in an African Family* (2022, with Isidore Lobnibe). From 2020 to 2024, she served as president of the Goethe-Institut.

E-Mail: lentz@uni-mainz.de



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Präsidentin werden	3
Das Goethe-Institut. Ein geschichtlicher Abriss	6
Die Präsidenten und Präsidentinnen des Goethe-Instituts	9
Die Ressourcen einer Ethnologin in der Kulturpolitik	14
Die Ethnologin als „Übergangspräsidentin“?	23

ANHANG I

Ausgewählte Reden	26
Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts? (27.9.2019)	26
Kultureller Austausch und multiple Identitäten (13.11.2020)	28
Was Literatur kann: Resonanz, Perspektivwechsel, Reflexion (1.9.2021)	31
Von der Osterweiterung zur zivilgesellschaftlichen Vernetzung. Das Goethe-Institut in Europa (9.9.2021)	32
On decolonisation and the Goethe-Institut in Africa (21.10.2021)	36
Krieg und Poesie (4.7.2022)	39
Weiblicher, internationaler, vielfältiger. Die Goethe-Medaille (28.8.2022)	40
Verbindungen. Für eine vielstimmige, zukunfts offene europäische Erinnerungskultur (12.10.2022)	44
Navigieren in einer multipolaren Welt. Zu Geschichte und aktuellen Herausforderungen des Goethe-Instituts (25.10.2022)	50
Schutz- und Freiräume bieten, Vernetzungen fördern, Sprache vermitteln (12.12.2022)	54
Music and African decolonisation (24.5.2023)	56
Flucht, Exil und Kunst in der Diaspora (30.6.2023)	57
Freiheit! (28.8.2023)	59
Orte der Freiheit. Türkisch-deutsch Beziehungsgeschichten (16.9.2023)	61
Kunstfreiheit zwischen „Cancel Culture“ und „Staatsräson“ (6.2.2024)	63
Die Zukunft unseres Erinnerns (13.5.2024)	66
„Mixité, tolérance et respect“. Kulturaustausch für die Demokratie (2.7.2024)	69
Ambivalenz und Unsicherheit aushalten, solidarische Netzwerke stärken (24.8.2024)	71
Starke Frauen, widerständige Netzwerke und die Kraft der Kultur (28.8.2024)	73
Multiple Krisen und die Stärken des Goethe-Instituts (21.11.2024)	76

ANHANG II

Nachwort (2024) zu <i>Das Goethe-Institut. Eine Geschichte von 1951 bis heute</i>	81
---	----

Carola Lentz

Aus der Wissenschaft in die Kulturpolitik (und zurück). Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts

Das Ende meiner Amtszeit als Präsidentin des Goethe-Instituts liegt mehr als ein Jahr zurück. Ein guter Zeitpunkt, um mit etwas Abstand über das Verhältnis zwischen Person und Amt, Wissenschaft und Politik, Ethnologie und internationalem Kulturaustausch nachzudenken – ein Thema, das mich auch schon vor und während meiner Amtszeit beschäftigt hat.¹ Als ich im Herbst 2019 in das Amt gewählt wurde und es dann ein Jahr später antrat, schrieben mir viele meiner ethnologischen Kolleginnen und Kollegen, sie seien stolz darauf, dass eine Ethnologin diese herausgehobene kulturpolitische Position übernehmen sollte. Und sie verbanden ihre Glückwünsche mit der Hoffnung, ich könne die politische Relevanz unseres Fachs praktisch unter Beweis stellen. Konnte ich das tatsächlich? In welcher Hinsicht? Und inwiefern hat meine berufliche Praxis als Ethnologin meine Amtsführung geprägt? Mit diesen Fragen möchte ich mich in diesem Essay auseinandersetzen. Er versteht sich als Beitrag zum neuen Feld der „Public Anthropology“, die kritisch diskutiert, ob und wie ethnologisches Wissen in öffentliche und kulturpolitische Praxis übersetzt werden kann.²

Mit mir kam zum zweiten Mal in der Geschichte des Goethe-Instituts eine Frau an seine Spitze und zum ersten Mal jemand direkt aus dem Wissenschaftsbetrieb und dem Fach Ethnologie. Manche Journalisten waren zwar überzeugt, dass ich mit meinem Afrikaschwerpunkt und Forschungen zu Kolonialismus, Erinnerungspolitik und Bildungsbiografien im Globalen Süden „inhaltlich eine perfekte Wahl“ sei. Doch einige zweifelten, ob ich die notwendigen kulturpolitischen Netzwerke mobilisieren könnte, eine gute Managerin sei und die erforderliche Durchsetzungsfähigkeit hätte, um das Institut durch die multiplen Krisen zu steuern, die sich abzeichneten.³ Als international arbeitende Wissenschaftlerin, Organisatorin transnationaler Forschungsverbünde, Präsidentin meines ethnologischen Fachverbands und Vizepräsidentin der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verfügte ich über vielfältige Leitungserfahrungen. Außerdem ist für die Steuerung und operative Leitung des Goethe-

¹ Erste Überlegungen zu diesem Thema entwickelte ich in einem Vortrag im Institutskolloquium des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 10. Januar 2023; eine weitere Diskussion fand am 16. Juni 2025 im Rahmen einer Veranstaltung der Arbeitsgruppe „Afrikanisch-Europäische Wissenschaftsbeziehungen“ der Gutenberg Graduate School of the Humanities and Social Sciences statt. Ich danke allen Teilnehmern und Diskutantinnen für ihre anregenden Fragen. Mein Dank gilt insbesondere Anna-Maria Brandstetter, Hauke Dorsch, Berthold Franke, Gertrud Hüwelmeier und Julia Müller-Runte, deren konstruktive Kritik einer ersten Fassung des vorliegenden Arbeitspapiers hilfreich war, um mit den Risiken umzugehen des heiklen Genres „persönlicher Rückblick“ umzugehen. Denn weder soll mein Essay ein Rechenschaftsbericht sein, der vermeintlich öffentlich nicht hinreichend gewürdigte Leistungen meiner Präsidentschaft ausstellt, noch soll er zu dem Fehlschluss verleiten, dass ich meine Amtszeit letztlich in erster Linie als Forschungsprojekt verstanden hätte.

² Vgl. dazu Hansjörg Dilger et al (Hg.), *Public Anthropology. Wissenspraktiken und gesellschaftliche Interventionen der ethnologischen Fächer*. Frankfurt a.M.: Campus, 2025, sowie das Positionspapier des DFG-Netzwerks „Public Anthropology“; <https://anthro-publics.de/de/positionspapier/> (letzter Aufruf 16.1.2026). Vgl. auch Jens Adam, „Policy public: doing public anthropology in kulturpolitischen Öffentlichkeiten“, in Dilger et al (Hg.), ebda., 57-78; Adam analysiert hier seinen Versuch, als beratender Experte ethnologische Konzepte in die Erarbeitung einer neuen Strategie des Auswärtigen Amts zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einzubringen.

³ Vgl. z.B. Anna-Lena Scholz, „Was Goethe fehlt“, *Die Zeit*, 47, 11.11.2020. <https://www.zeit.de/2020/47/goethe-institut-kulturinstitution-sprache-krise> (letzter Aufruf 16.1.2026).

Instituts ein hauptamtlicher Vorstand verantwortlich, nicht die Präsidentin. Sie wird aber in der Öffentlichkeit als Gesicht (und Stimme) der Institution wahrgenommen, setzt inhaltliche Impulse, begleitet und berät die Organisation und vertritt sie, gemeinsam mit dem Generalsekretär, im politischen und kulturellen Raum. Die Frage, welche Rolle dafür der berufliche Hintergrund und bisherige Lebensweg einer Präsidentin spielt, ist also interessant. Welche spezifischen Fähigkeiten, Perspektiven und Netzwerke bringt eine Wissenschaftlerin und speziell Ethnologin mit? Was muss sie verlernen oder umlernen? Wie nah sind sich internationales Kulturmanagement und Kulturpolitik in Deutschland einerseits und ethnologische Forschung, Analyse und Veröffentlichungspraxis andererseits? Kann eine Ethnologin im Amt der Präsidentin des Goethe-Instituts „einen Unterschied“ machen?

Um diese Fragen zu erörtern, bedarf es zunächst einiger Hintergrundinformationen, vor allem für Leser, die das Goethe-Institut nicht gut kennen – wie übrigens auch ich selbst, als ich gefragt wurde, ob ich für das Amt der Präsidentin zu kandidieren bereit wäre. Ich erläutere zunächst, wie ich in das Amt gekommen bin und welche Arbeitsmethoden für mich in der Vorbereitung und Amtsführung relevant waren. Dann skizziere ich die wichtigsten Phasen der Geschichte des Goethe-Instituts, um anschließend zu überlegen, wie sich mit den grundlegenden Veränderungen des Kulturaustauschs in den letzten Jahrzehnten auch das „Gesicht“ der Präsidentschaft verändert hat. Schließlich analysiere ich, welche kulturellen und politischen Ressourcen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern einer Präsidentin relevant sind, welchen Beitrag hier meine Berufserfahrungen als Ethnologin und generell als Wissenschaftlerin gespielt haben und welche Impulse und Themen ich einbringen konnte. Ein Anhang dokumentiert zum einen ausgewählte Reden aus meiner Amtszeit, die einen Eindruck von meinen kultur- und institutionenpolitischen Überzeugungen vermitteln können und auch zeigen, wie sich meine Themen und Perspektiven in Auseinandersetzung mit den außen- und kulturpolitischen Umbrüchen entwickelt haben. Zum anderen erläutert ein Text aus dem Jahr 2024 – ein Nachwort zu einem 2021 veröffentlichten Buch über die Geschichte des Goethe-Instituts –, wie sich das Institut (und seine Präsidentin) in den letzten Jahren mit den multiplen finanziellen und (welt)politischen Herausforderungen auseinandergesetzt hat.⁴

Mein ethnologischer Hintergrund, so die zentrale These dieses Essays, hat meine Amtsführung im Goethe-Institut in spezifischer Weise geprägt. Drei Aspekte sind dabei zentral. Erstens war die ethnologische Methode für mich handlungsleitend, insbesondere eine forschende, reflexive Haltung, die an die teilnehmende Beobachtung anschließt. Auch im institutionellen Alltag des Goethe-Instituts war ich nicht nur Akteurin, sondern zugleich Beobachterin meiner eigenen Praxis. In Amtshandlungen, Gesprächen und Entscheidungsprozessen reflektierte ich fortlaufend die jeweils wirksamen sozialen Praktiken, Macht- und Aushandlungsdynamiken sowie die eigenen strategischen Positionierungen. Diese Form institutioneller Selbstbeobachtung kann als Übertragung ethnologischer Feldforschung in einen administrativen Kontext verstanden werden.

Zweitens lag der Amtsführung ein offener, prozessualer Kulturbegriff zugrunde, wie er in der Ethnologie inzwischen etabliert ist. Dieser erwies sich als anschlussfähig an die seit den 2010er Jahren zunehmend postnationalstaatlich und multilateral ausgerichtete Arbeitsweise des Goethe-Instituts. Internationale Kooperationen, transnationale Projekte und das gemeinsame

⁴ Carola Lentz und Marie-Christin Gabriel. *Das Goethe-Institut. Eine Geschichte von 1951 bis heute*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2021. Das hier auf Deutsch abgedruckte Nachwort wurde für die englische Fassung des Buchs verfasst und dort veröffentlicht (*The Goethe-Institut: From 1951 to the Present*, Klett Cotta, 2024).

Bearbeiten globaler Krisen und Herausforderungen—oft in künstlerischen Formaten—stehen in enger Affinität zu ethnologischen Perspektiven auf Kultur als relationales, dynamisches und konflikthaftes Gefüge.

Drittens konnte ich aus meiner ethnologischen Forschung bestimmte Themen gezielt in die Arbeit des Goethe-Instituts einbringen. Dazu zählen Fragen der Kolonialität, Perspektiven des Globalen Südens und der internationalen Gerechtigkeit sowie erinnerungspolitische Auseinandersetzungen mit europäischen Gewaltgeschichten, insbesondere Kolonialverbrechen und Nationalsozialismus. Diese Themen wirken sowohl programmatisch als auch auf institutionelle Selbstverständigungsprozesse zurück.

Im Kontext der aktuellen geoökonomischen und -politischen Umbrüche scheint sich das Fenster für eine liberale postnationalstaatliche und postkoloniale Kulturpolitik, für die ich als Präsidentin des Goethe-Instituts stand, allerdings wieder zu schließen. In Zeiten einer weltweit zu beobachtenden neonationalistischen Kulturwende, die Kultur substanziell definiert und Kulturaustausch als Instrument der „soft power“ nationaler Interessen nutzen will, stellen sich Fragen nach Freiheitsräumen für kreative Begegnungen und nach der Resilienz der demokratischen, „bottom-up“, lokal responsiven Arbeitsweise des Goethe-Instituts neu.

Präsidentin werden

Mitte August 2019 erhielt ich einen Anruf von Klaus-Dieter Lehmann. Ich vermutete zunächst, er wolle mit mir über die anstehende Nachfolge des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sprechen, in der wir beide Mitglied sind und den Vorsitz der Findungskommission innehatte. Doch darum ging es ihm nicht. Zu meiner großen Überraschung erkundigte er sich, ob ich mir vorstellen könne, seine Nachfolge als Präsident des Goethe-Instituts anzutreten. Ich fragte ungläubig nach, wie er denn auf mich verfallen sei, denn ich hätte bis dato kaum etwas mit dem Goethe-Institut zu tun gehabt. Lehmann erläuterte, meine außereuropäischen Erfahrungen als Ethnologin und meine regionalen und thematischen Schwerpunkte—früher Südamerika und jetzt Afrika, Migration und Bildungsbiografien, Kolonialgeschichte und Dekolonisierung, Nationalbewusstsein und Ethnizität, Erinnerungspolitik und internationale Kooperationen in der Wissenschaft—würden doch ideal zur Arbeit des Goethe-Instituts passen. Ich könne mir ja auf der Webseite des Instituts einmal anschauen, was dessen Arbeitsschwerpunkte seien. Ich war einigermaßen sprachlos und erbat mir Bedenkzeit.

Meine Abschiedsveranstaltung am Institut für Ethnologie und Afrikastudien an der Universität Mainz lag nur wenige Wochen zurück; Ende September 2019 stand meine offizielle Pensionierung an. Eigentlich wollte ich im folgenden Jahr nochmals einige Monate Feldforschung in Ghana unternehmen, um ein Buchprojekt abzuschließen; außerdem war ich in verschiedene kooperative Forschungsprojekte eingebunden. Ich freute mich auf die Zeit nach meiner Pensionierung—Zeit zum Lesen, Schreiben und Reisen, ohne Kommissionssitzungen und eng getakteten Terminkalender. Die Anfrage von Lehmann bereitete mir schlaflose Nächte. Ich beriet mich mit engsten Freundinnen und zog Erkundungen bei der Vizepräsidentin des Goethe-Instituts ein, die ich aus wissenschaftlichen Kontexten seit einigen Jahren kannte. Außerdem studierte ich die Webseite des Goethe-Instituts—allerdings weniger die dort dokumentierte bunte Vielfalt von Aktivitäten als vielmehr die „Über uns“-Seite zu den

organisatorischen Rahmenbedingungen der Arbeit, wie etwa die Satzung des eingetragenen Vereins, den Rahmenvertrag des Instituts mit dem Auswärtigen Amt und das Organigramm.

Rasch wurde klar: die Präsidentschaft war zwar ein Ehrenamt, aber doch eine Vollzeitbeschäftigung, neben der es schwer werden dürfte, meine Forschungs- und Schreibprojekte weiter zu verfolgen. Ich hatte Sorge vor Überforderung, und ein Blick auf die bisherigen Amtsinhaber nötigte mir großen Respekt ab. Doch die Perspektive, etwas für mich ganz Neues zu beginnen, war verlockend. Das Amt würde mir erlauben, meine unterschiedlichen Qualifikationen und biografischen Seiten- und Hauptwege produktiv zusammenzuführen. Ich könnte in der Tat, wie Lehmann erwartete, meine fachliche Expertise als Ethnologin, inklusive meiner Erfahrungen in wissenschaftlichen Gremien und internationalen Kooperationen in die Kulturpolitik einbringen. Darüber hinaus war ich studierte Germanistin, mit abgeschlossenem Referendariat im Schuldienst und langjährigen Erfahrungen in der Erwachsenenbildung; somit war mir auch das für die Arbeit des Goethe-Instituts wichtige Arbeitsfeld des Deutschunterrichts und der Lehrerfortbildung vertraut. Und schließlich konnte ich meine jahrelang verfolgten kulturellen Interessen in das Amt einbringen. Die vielen Opern, Filme, Konzerte und Kunstausstellungen, die ich mit Begeisterung besuchte, meine frühen Ausflüge in die Welt des Theaters und Schauspiels, die langjährige Mitgliedschaft in einem Chor, die große Neugier auf Weltliteratur: all dies würde mir bei den bevorstehenden Begegnungen und Veranstaltungen zugutekommen.

Am Ende meiner Abwägungen überwog die Freude über eine neue Herausforderung und die Möglichkeit, als Präsidentin des Goethe-Instituts weltweit viele neue Eindrücke, Kontakte und intellektuelle Anregungen zu gewinnen. Reizvoll schien mir auch die Möglichkeit, als Ethnologin, die sich theoretisch und empirisch mit Bürokratien und Machtprozessen beschäftigt hat, nun einmal praktisch in die Schaltkreise der bundesrepublikanischen Politik hineinzuwirken. Und schon die wenigen Vorgespräche und Erkundungen über die Arbeit des Goethe-Instituts hatten mich davon überzeugt, dass ich seine innovative, offene und lokal verankerte Form des internationalen Kulturaustauschs gern unterstützen wollte. Also beriet ich mich nochmals mit Lehmann und sagte dann ja zu einer Kandidatur. Schon bald darauf führte ich mein erstes Gespräch mit dem Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts und mit Außenminister Heiko Maas, stellte mich dem Präsidium des Goethe-Instituts vor und wurde Ende September 2019 einstimmig zur Nachfolgerin von Lehmann gewählt.

Ein Jahr blieb mir zum Abschluss laufender Publikationsprojekte und zur Vorbereitung auf das neue Amt, das ich im November 2020 – dann mitten in der Pandemie – übernehmen sollte. An diese Aufgabe ging ich, wenig überraschend, auf der Basis meiner Erfahrungen und Arbeitsroutinen als Wissenschaftlerin heran: umfangreiche Lektüre und Expertengespräche sowie sorgfältige Analyse und Dokumentation von gewonnenen Informationen. Zwei Vorbereitungsschritte und Arbeitsverfahren möchte ich explizit nennen.

Zum einen begann ich noch vor meiner Amtszeit mit der Arbeit an einem Buch zur Geschichte des Goethe-Instituts. Ich hatte gerade ein vergleichendes Forschungsprojekt zur postkolonialen Erinnerungspolitik und den Unabhängigkeitsjubiläen in Afrika abgeschlossen. Darum fiel mir bei meinen ersten Erkundungen zum Goethe-Institut gleich dessen bevorstehendes siebenzigjähriges Jubiläum ins Auge. Meine Nachfrage beim Vorstand nach den Plänen für dieses Jubiläum ergab, dass eine neue Webseite zu historischen Wegmarken erarbeitet werden sollte. Doch es fehlte eine zusammenhängende, gut lesbare Darstellung der Institutsgeschichte seit 1951, samt Vorgeschichte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, und auch zu den Entwicklungen des Instituts nach der Wiedervereinigung gab es keine einschlägigen

Publikationen. Diese Leerstellen weckten die Forscherin in mir, und ich entschied, das Goethe-Institut auch auf diesem Wege intensiv kennenzulernen. Gemeinsam mit einer Mitarbeiterin, Marie-Christin Gabriel, wertete ich vorhandene Dissertationen aus, arbeitete Sekundärliteratur zur deutschen Außen- und Kulturpolitik durch, führte Interviews mit ehemaligen und aktuellen Institutsmitarbeitenden, verhandelte mit Verlagen und legte schließlich pünktlich zum Jubiläum im Sommer 2021 eine Publikation vor.⁵ Der vertiefte Blick in die Institutsgeschichte wurde für mich in den kommenden Jahren zu einer wichtigen Ressource im Umgang mit den multiplen Krisen, die meine Amtszeit prägten. Die vergangenen Herausforderungen des Goethe-Instituts kennenzulernen – etwa die periodisch wiederkehrenden Finanzkrisen und Spannungen im Verhältnis zum Auswärtigen Amt oder zum Bundeskanzleramt –, schärfte mein Verständnis für die Gegenwart und relativierte manche aktuelle Krisenrhetorik. Zugleich inspirierten mich der Enthusiasmus und die Kreativität, mit dem das Institut immer wieder Krisen bewältigt, neue Zweigstellen gegründet und innovative Arbeitsformate und Themen erschlossen hatte.

Das zweite Arbeitsinstrument war ein umfassendes Arbeitsjournal, das ich mit dem Tag des Anrufs von Lehmann begann und bis zum Ende meiner Amtszeit führte. Lehmann hatte mich bei einem unserer Übergabegespräche en passant wissen lassen, er habe sich keine Notizen gemacht, sondern sich ganz auf sein exzellentes Gedächtnis verlassen. Ich dagegen schrieb bei allen Gesprächen und Veranstaltungen mit und verarbeitete meine Notizen regelmäßig in einem Arbeitsjournal. Ich fand es hilfreich, mich bei zweiten und dritten Gesprächen mit einzelnen Kulturpartnern oder Politikerinnen daran erinnern zu können, was mich beim ersten Treffen beeindruckt oder irritiert hatte. Aber noch wichtiger war das Arbeitsjournal als Medium des Nachdenkens über die Organisationskultur der Institution und die politischen Dynamiken, in denen ich agieren musste. Und schließlich bot Schreiben emotionale Entlastung dort, wo ich Ärger und Sorgen nicht im Institut oder gar öffentlich ventilieren konnte. Jedenfalls begleitete mich der Habitus des Zuhörens, Beobachtens, Dokumentierens und Analysierens, den ich in vier Jahrzehnten intensiver ethnologischer Feldforschung eingeübt hatte, auch als Präsidentin des Goethe-Instituts. Im Lauf der Zeit sind so knapp zweitausend Seiten zusammengekommen, mit Protokollen von Telefonaten, E-Mail-Austauschen und Gesprächen, Biografien von Gesprächspartnern, Eindrücken von Institutsbesuchen und Beobachtungen aus den Gremiensitzungen sowie immer wieder persönlichen Zwischenbilanzen meiner Arbeit und kritischen Analysen der politischen Handlungszwänge und Institutsbelange. Inzwischen liegt dieses Journal in digitaler Fassung im Bundesarchiv und als ausgedruckte Chronik im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München. Es bietet künftigen Historikern hoffentlich interessante Innensichten von vier Jahren internationaler Kulturpolitik einer deutschen Institution in Zeiten massiver Umbrüche.

Corona, der offene Angriff Russlands auf die Ukraine, der Hamas-Überfall und Krieg im Nahen Osten und viele weitere Gewaltkonflikte sowie die Zunahme autoritärer Regime, aber auch massive Etat Kürzungen und zunehmende Steuerungsversuche des Auswärtigen Amts gehörten zu den Herausforderungen meiner Amtszeit. Zugleich war die Zeit nicht nur durch Krisenmanagement, sondern auch einen kreativen Strategieprozess geprägt, mit dem das Institut seine Kultur- und Spracharbeit angesichts der geopolitischen Umbrüche in der Welt und veränderten Bedürfnissen seiner Partner und Kunden neu ausgerichtet hat. Waren die ersten Monate meiner Amtszeit wegen Corona durch digitales Krisenmanagement und

⁵ Lentz und Gabriel. *Das Goethe-Institut*, a.a.O..

Veranstaltungen per Zoom und Teams geprägt, konnte ich ab Herbst 2021 dann bei zahlreichen Reisen direkte Eindrücke von der Arbeit der lokalen Institute gewinnen. Immerhin 37 Institute in 27 Ländern auf vier Kontinenten – von damals insgesamt 151 Instituten in 98 Ländern – besuchte ich im Lauf der Zeit. Ich tauschte mich mit Institutsleitern und -mitarbeiterinnen, Sprachschülern und Deutschlehrerinnen am Goethe-Institut und an städtischen Schulen aus; ich diskutierte mit den Partnern der Institute in den jeweiligen Musikszenen und Künstlerkreisen, mit transnational engagierten Intellektuellen und Kultur-Startup-Unternehmerinnen; ich sprach bei deutschen Botschaften und Konsulaten vor und traf Vertreter der Bildungs- und Kulturministerien der Gastländer.

Die Arbeit des Goethe-Instituts vor Ort, die ich bei diesen Reisen kennenlernte, setzt stärker auf Zuhören und genuinen Austausch als auf Kulturexport. Die konkrete Kultur- und Spracharbeit passt sich an lokal unterschiedliche Kontexte und Bedürfnisse an; sie ist darum etwa in Tokyo und Kyoto anders als zum Beispiel in Paris oder auch Tbilissi, Riga oder Warschau. Bei Verhandlungen im politischen Raum in Deutschland musste ich allerdings erfahren, dass die Bedeutung dieser lokalen Vielfalt der Institutsarbeit schwer zu „erzählen“ ist. Dennoch sah und sehe ich gerade als Ethnologin, die sich mit multiperspektivischer und „bottom up“-Forschung für kulturelle Verständigung einsetzt, in dieser dezentralen Arbeitsorganisation ebenso wie in der Unabhängigkeit von staatlichen Direktiven die größten Stärken des Goethe-Instituts. Viele meiner Gesprächspartner in der Welt betonten auch, wie wichtig für sie die Schutzräume, Ressourcen und vielfältigen Begegnungen seien, die das Goethe-Institut ihnen ermögliche. Zugleich gab es kritische Stimmen, etwa zu den massiven Budgetkürzungen und Institutsschließungen seit 2022 oder zur Haltung der Bundesregierung zu Israel. Doch gerade auch bei Kritik ging und geht meines Erachtens darum, den Dialog fortzusetzen und Freiräume des Austauschs zu verteidigen, auch wenn konträre Positionen bestehen bleiben. „Im Austausch mit der Welt. Für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen“: diese Vision des Goethe-Instituts, die wir während meiner Amtszeit erarbeitet haben, konnte und kann ich unterschreiben. Sie ist auch ein ethnologisches Credo.

Das Goethe-Institut. Ein geschichtlicher Abriss

Das Goethe-Institut ist weltweit tätig, mit rund 4.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen die große Mehrheit Mitarbeitende mit lokalen Arbeitsverträgen sind; etwa 300 Beschäftigte arbeiten als sogenannte Entsandte mit deutscher Staatsangehörigkeit in einem Rotationsystem. Mit aktuell 154 Instituten in einhundert Ländern – davon zwölf Dépendancen in Deutschland – ist das Institut global präsent. Seine Kernaufgaben umfassen die Förderung der deutschen Sprache durch Deutschunterricht und Fortbildungen für Deutschlehrer und Deutschlehrerinnen, Informationsarbeit über Deutschland durch eigene Bibliotheken, aber auch Übersetzungsförderprogramme und anderes mehr sowie Kulturveranstaltungen und internationale kulturelle Netzwerkarbeit.⁶ Finanziert wird das Goethe-Institut zu etwa zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln, vor allem des Auswärtigen Amts, und zu einem Drittel aus Eigeneinnahmen, insbesondere aus Sprachkursen und Prüfungen. Dazu kommen immer mehr Drittmittel, zunehmend auch von der Europäischen Union.

⁶ Einen Überblick, auch über die Größenordnungen dieser Aktivitäten, vermittelt die Webseite des Instituts, <https://www.goethe.de/de/index.html> (letzter Aufruf 16.1.2026).

Das Goethe-Institut ist ein privatrechtlich organisierter, gemeinnütziger Verein mit dreißig zugewählten Mitgliedern aus allen kulturellen Arbeitsbereichen in Deutschland, die für die Arbeit des Goethe-Instituts relevant sind. Weitere Mitglieder sind Arbeitnehmervertreter des Goethe-Instituts sowie Abgeordnete des Bundestags (jede Partei entsendet ein Mitglied) und Vertreter des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Finanzen. Die Mitgliederversammlung wählt ein Präsidium, das wiederum die Präsidentin wählt, die selbst nicht Vereinsmitglied sein muss. Alle diese Positionen sind ehrenamtlich; hauptamtlich arbeitet dagegen der vom Präsidium bestellte Vorstand (Generalsekretär und Kaufmännischer Direktor), der die Geschäfte des Instituts leitet. Der Doppelcharakter als einerseits weisungsunabhängiger Verein, andererseits Mittlerorganisation, die in die staatliche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingebunden ist, prägt das Goethe-Institut von Anfang an.

Die Entwicklung des Selbstverständnisses und der Arbeitsweise des Goethe-Instituts ist eng mit der jüngeren deutschen Geschichte und globalen Umbrüchen verwoben. Wie die Interviews mit ehemaligen und aktuellen Mitarbeiterinnen zeigten, die Marie-Christin Gabriel und ich 2020 und 2021 für unser Buch zur Geschichte des Goethe-Instituts geführt haben: Impulse für Innovationen entspringen nicht nur aus Anforderungen aus der deutschen Innen- und Außenpolitik oder aus in der Münchener Zentrale konzipierten Reformprojekten. Mindestens ebenso wichtig waren und sind die vielfältigen Initiativen aus den Einzelinstituten in aller Welt, die wiederum Ideen aus ihrem Austausch mit den verschiedenen lokalen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Szenen aufnehmen. Und generell zeigte sich: Das Goethe-Institut reflektiert gesellschaftspolitische Veränderungen nicht nur, sondern gestaltet diese mit.

Ursprünglich 1951 in München gegründet, ging das Goethe-Institut aus personellen und institutionellen Kontinuitäten der Deutschen Akademie hervor, die während des Nationalsozialismus eine Rolle in der Verbreitung der deutschen Sprache und eines völkisch-nationalen Kulturverständnisses gespielt hatte. In der frühen Nachkriegszeit konzentrierte sich das Goethe-Institut – auch aus finanziellen Gründen – zunächst auf Deutschunterricht für ausländische Studierende in Deutschland sowie die Fortbildung von ausländischen Deutschlehrern. Im selben Jahr wie das Goethe-Institut öffnete übrigens in der DDR das Herder-Institut seine Türen für ausländische Sprachschüler.⁷

Ziel der westdeutschen Außenpolitik war vor allem, Deutschland zu rehabilitieren und weltweit für neues Vertrauen zu werben. Um sich von der zentralistischen Kulturpolitik des nationalsozialistischen Regimes abzugrenzen, setzte die Bundesregierung auf Föderalismus für die Kulturarbeit im Inland. Die kulturpolitische Repräsentation im Ausland legte sie in die Verantwortung nicht-staatlicher Akteure, sogenannter Mittlerorganisationen – ein Prinzip, das schon nach dem Ersten Weltkrieg in der Weimarer Republik eingeführt wurde. An der Spitze des Goethe-Instituts stand 1951 mit Präsident Kurt Magnus ein Mann, der unter dem Nationalsozialismus von seiner Leitungsfunktion im Reichsrundfunk zurücktrat und dann wegen angeblicher Korruption inhaftiert wurde. Magnus war sicher kein Sympathisant der Nationalsozialisten. Andere führende Akteure des Goethe-Instituts hatten sich allerdings dem Regime angedient und viele ideologische Versatzstücke übernommen, schafften es aber, sich 1946 oder 1947 als „unbelastet“ einstufen zu lassen. Wieder andere begriffen sich als dezidiert

⁷ Eine ausführliche Analyse der verschiedenen Phasen der Entwicklung der Programmatik und Tätigkeit des Goethe-Instituts sowie der spannungsreichen Beziehungen zum bundesdeutschen Auswärtigen Amt findet sich in Lentz und Gabriel, *Das Goethe-Institut*, a.a.O.

„unpolitisch“ und fokussierten während des Nationalsozialismus und danach ganz auf die Spracharbeit.⁸

Ab Ende der 1950er Jahre erfolgte ein rascher Ausbau des Institutsnetzes im Ausland, ermöglicht durch eine enge Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, das dem Goethe-Institut die zuvor staatlich betriebene deutschen Kulturinstitute im Ausland übertrug. Diese Entwicklung war geprägt durch die Ost-West-Konkurrenz des Kalten Kriegs, in der Kulturpolitik als Mittel internationaler Anerkennung an Bedeutung gewann. Mit der Ausweitung des Netzwerks des Goethe-Instituts ging eine inhaltliche Erweiterung einher: Neben der Sprachförderung wurde Kulturarbeit zu einem zentralen Aufgabenfeld. Damit entwickelten sich auch erste Konflikte mit dem Auswärtigen Amt oder einzelnen Politikern über das im Ausland vermittelte Deutschlandbild, insbesondere dann, wenn Goethe-Institute zeitgenössische Kunst und kritische Perspektiven auf die Bundesrepublik präsentierten.

Ein Einschnitt ergab sich Ende der 1960er Jahre mit den gesellschaftlichen Umbrüchen in der Bundesrepublik und der Neuausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik unter der sozialdemokratisch geführten Regierung. Kultur wurde nun als „dritte Säule“ der Außenpolitik verstanden. Der Fokus verlagerte sich vom Kulturexport hin zu Austausch, Partnerschaftlichkeit und Gegenwartsbezug. Viele dieser Ansätze waren im Goethe-Institut bereits zuvor erprobt worden und wurden nun politisch legitimiert. Das Goethe-Institut sah sich deshalb als Pionier, der die Neuausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik angestoßen hatte. Mit seinem Ansatz, internationale Stimmen aus verschiedenen Kulturszenen hörbar zu machen und auch Deutschlands Schattenseiten zu thematisieren, trug das Institut zur Liberalisierung der politischen und kulturellen Szene in Deutschland bei. Zugleich wurden interne Reformen umgesetzt; die Organisationsstrukturen wurden professionalisiert und das Verhältnis zum Auswärtigen Amt vertraglich neu geordnet. Die Ambivalenz zwischen Autonomie und politischer Steuerung blieb aber weiterhin und bis heute bestehen.

Das Ende des Kalten Kriegs und die deutsche Wiedervereinigung markierten den nächsten Wendepunkt. Die kulturelle Doppelrepräsentation Deutschlands im Ausland endete, und das Goethe-Institut übernahm eine zentrale Rolle beim kulturellen Austausch mit und in Mittel- und Osteuropas. Diese Phase war von Aufbruchsstimmung, aber auch von erheblichen finanziellen Belastungen geprägt. Die Integration der neuen Bundesländer in die auswärtige Kulturpolitik blieb dabei unvollständig und ist bis heute ein kritisch reflektierter Punkt, etwa mit Blick auf personelle Repräsentation und institutionelle Erinnerung.

Nach den Terroranschlägen in New York vom 11. September 2001 verschoben sich die kulturpolitischen Prioritäten erneut. Konfliktprävention, Dialog mit der islamisch geprägten Welt und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure rückten in den Vordergrund. Ein regionaler Schwerpunkt lag nun auf Ländern im Nahen und Mittleren Osten, aber auch auf den sich rasant entwickelnden Schwellenländern wie China und Indien. Zunehmende globale Verflechtung erforderte verstärkt multilaterale Zusammenarbeit und transnationale Vernetzung. Speziell auch die europäische Zusammenarbeit gewann an Bedeutung. All dies bedeutete aber keine Absage an den nationalen Bezugsrahmen; es sollte der auswärtigen Kulturpolitik nach wie vor auch um die Förderung der deutschen Sprache und die kulturelle Repräsentation

⁸ Angeregt von meinem und Marie-Christin Gabriels Buch, das ausführlich, aber nicht erschöpfend die Kontinuität nationalsozialistischer Eliten in der Nachkriegsgeschichte thematisiert, hat das Goethe-Institut zum bevorstehenden 75. Jubiläum seines Bestehens eine umfassendere Studie in Auftrag gegeben, die die Biografien seines Führungspersonals bis in die 1960er und 1970er Jahre hinein untersucht.

Deutschlands gehen. Doch insgesamt entwickelte sich das Institut zunehmend vom Kulturexporteur zum globalen Netzwerker und spielte eine aktive Rolle in der europäischen Zusammenarbeit, auch etwa durch die Mitbegründung von EUNIC (European Union National Institutes for Culture).

Gleichzeitig litt das Goethe-Institut unter jahrelangen Sparmaßnahmen, die zu Institutsschließungen führten. Die durch die hohen Kosten der Wiedervereinigung bedingte Sparpolitik der rot-grünen Regierung traf das Goethe-Institut besonders hart. Erschwerend kamen häufige Personalwechsel auf der Führungsebene des Instituts hinzu. Erst nach dem Regierungswechsel 2005 – unter Außenminister Steinmeier – spürte das Goethe-Institut wieder politischen Rückenwind. Das Auswärtige Amt erkannte an, dass eine Mittelaufstockung unerlässlich sei, um das weltweite Institutsnetzwerk aufrechtzuerhalten. Das Goethe-Institut wiederum musste Reformen in Angriff nehmen und zum Beispiel die Zentrale in München verkleinern. Reformen wie Dezentralisierung, Regionalisierung und Budgetierung stärkten die Autonomie der Auslandsstrukturen.

In den kommenden Jahren, bis zum Beginn der Pandemie, war die Arbeit des Goethe-Instituts von Konsolidierung und thematischer Erweiterung geprägt. Angesichts globaler Herausforderungen – Migration, Populismus, die weltweite Zunahme illiberaler Demokratien und autoritärer Regime – rückte die Unterstützung von Zivilgesellschaften und die Schaffung geschützter kultureller Freiräume stärker in den Fokus. Das Goethe-Institut verstand und versteht sich dabei nicht nur als Seismograf und Beobachter, sondern auch als Akteur, der gesellschaftspolitischen Wandel begleitend unterstützen kann. Zugleich wurden die Grenzen zwischen Innen- und Außenkulturpolitik durchlässiger, etwa in der Arbeit mit Geflüchteten und exilierten Kulturschaffenden in der Diaspora oder durch Formate, die internationale Diskurse nach Deutschland zurückspiegeln.

Insgesamt lässt sich die Geschichte des Goethe-Instituts sowohl als Spiegel innen- und außenpolitischer Entwicklungen Deutschlands als auch als Zeugnis einer aktiven Mitgestaltung dieser Prozesse lesen. Das Handeln des Instituts war und ist dabei nicht nur von staatlichen Rahmenbedingungen in Deutschland geprägt, sondern auch von internen Organisationslogiken sowie von den unterschiedlichen lokalen und regionalen Kontexten der Auslandsinstitute. Daraus ergeben sich bis heute zentrale Spannungsfelder seines Handelns: das Verhältnis von institutioneller Autonomie und staatlicher Steuerung, die Rolle nationalstaatlicher Kulturpolitik in einer globalisierten Welt, die Balance zwischen Zentralisierung und lokaler Verankerung sowie der Anspruch, flexibel und kreativ zu agieren, ohne den Zwängen einer bürokratischen Großorganisation zu erliegen.⁹

Die Präsidenten und Präsidentinnen des Goethe-Instituts

Welche Rolle spielen die Inhaber des Präsidentenamts in der Geschichte des Goethe-Instituts und für die Entwicklung der internationalen Kulturpolitik der Bundesrepublik? Macht es einen Unterschied, wer die in der Vereinssatzung festgelegten Aufgaben ausfüllt? Diese Frage habe ich mir schon vor der Amtsübernahme gestellt und kann sie bis heute nicht eindeutig

⁹ Zur Entwicklung dieser Spannungsfelder und den multiplen weltpolitischen Krisen und Umbrüchen während meiner Amtszeit vgl. das 2024 von mir verfasste Nachwort zu Lentz und Gabriel, *Das Goethe-Institut*, a.a.O., im Anhang dieses Arbeitspapiers.

beantworten. Als nüchtern analysierende Soziologin und Ethnologin tendiere ich dazu, der personellen Besetzung von Ämtern keine große Bedeutung zuzusprechen. Als engagierte Staatsbürgerin schaue ich dagegen mit großem Interesse auf die Frage, welche Führungspersönlichkeiten in Politik und Kultur zu „Gesichtern“ von Institutionen werden. Offenbar bin auch ich, wie viele Journalisten und andere Zeitgenossen, intuitiv davon überzeugt, dass es durchaus darauf ankommt, wer ein leitendes Amt innehat.

Max Weber stellt bekanntlich dem Idealtypus des Amtes als einer Institution legaler Herrschaft den Idealtypus einer Führung qua Charisma gegenüber. Eine auf ein Amt berufene Person übt ihre Funktion kraft der Legalität von Satzungen und Regeln aus, während charismatische Herrschaft auf der außergewöhnlichen Ausstrahlung einer Einzelperson beruht, der ihre Anhänger aus Hingabe folgen. Die Entwicklung moderner Gesellschaften, so Weber, zeichnet sich durch einen Wandel der Herrschaftsformen vom Charisma hin zum Amt aus. Welche Person das Amt ausübt, ist in einem modernen Institutionengefüge letztlich gleichgültig. So weit, so eindeutig.

Allerdings konzidierte Weber, dass charismatischen Elementen in einer Amtsführung auch bürokratischer Erstarrung entgegenwirken können. Die Gefahr, dass das Charisma populistisch gewendet und antidemokratisch wird, müsse durch die Verantwortungsethik der Amtsträger gebannt werden. In der jüngeren politikwissenschaftlichen Diskussion wird im Anschluss an Weber die Personalisierung von Ämtern generell als eher problematisch bewertet – als Krisensymptom und Zeichen der Aushöhlung von Demokratien. Aber gerade mit Blick auf die Resilienz demokratischer Gesellschaften wird auch über die Relevanz unterschiedlicher persönlicher Führungsstile diskutiert. Personalisierung erleichtere die Legitimation des Amtes und erhöhe die Handlungsfähigkeit durch Komplexitätsreduktion; das Charisma eines Politikers oder einer Politikerin gewährleiste Übersichtlichkeit und Verbindlichkeit, so jedenfalls eine Argumentationslinie.¹⁰

Wie gestaltet sich diese Spannung zwischen persönlichem Charisma und entpersonalisierter Amtsführung auf dem Feld der Präsidentschaft des Goethe-Instituts, deren Inhaber nicht dem staatlichen Beamtenapparat angehören, sondern ehrenamtliche Vorsitzende eines gemeinnützigen Vereins sind? Inwiefern spiegeln sich in den Profilen der Amtsinhaber die verschiedenen Phasen der Institutsgeschichte, und wie haben die Präsidenten das öffentliche Gesicht des Instituts in der Bundesrepublik und in der Welt geprägt?

Die Biografien und Profile der Amtsinhaber bis zu den 1990er Jahren kann ich hier nur kurz skizzieren. Der schon erwähnte Gründungspräsident des Instituts, der Verwaltungsjurist und Rundfunkpionier Kurt Magnus (Amtszeit 1951-1962) zeichnete sich vor allem durch seine Distanz zum Nationalsozialismus aus; er stand damit für einen Neubeginn der auswärtigen Kulturpolitik. Der auf Magnus folgende Max Grasmann (Amtszeit 1962-1963), ein Münchener CSU-Politiker, füllte das Amt nur für eine Übergangsperiode von einem Jahr aus, gefolgt von Peter H. Pfeiffer (Amtszeit 1963-1971), einem pensionierten Diplomaten. Dessen frühere NSDAP-Mitgliedschaft und Dienste für das Auswärtigen Amt während des Zweiten Weltkriegs geriet in die Kritik, doch stand inzwischen der anfänglich verlangte klare Bruch mit den nationalsozialistischen Eliten offenbar nicht mehr im Zentrum der Erwägungen zur präsidialen Eignung. Auch der nächste Präsident, Hans Herwarth von Bittenfeld (Amtszeit 1971-1977),

¹⁰ Vgl. hierzu Agathe Bienfait, „Amtscharisma und Amtsethos. Das Zusammenspiel von Personalisierung und Versachlichung“, in: Matheus Stachura et al (Hg.), *Der Sinn der Institutionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, 287-307.

war während des NS-Regimes Diplomat und in der Nachkriegszeit teils im Auswärtigen Amt, teils im Bundespräsidialamt tätig gewesen. Beide, Pfeiffer und von Bittenfeld, die jeweils nach ihrer Pensionierung aus dem Politikapparat in das Amt des Goethe-Präsidenten wechselten, waren die vom Auswärtigen Amt für dieses Amt favorisierten Kandidaten.

Erst mit Klaus von Bismarck (Amtszeit 1977-1989), einem Journalisten und ehemaligen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, gewann das Goethe-Institut personell größeren Abstand zum Auswärtigen Amt. Von Bismarck verteidigte diese Unabhängigkeit auch ganz explizit, etwa anlässlich des Regierungswechsels von einer SPD- zu einer CDU-geführten Regierung 1982, als er betonte, dass „die Liberalität unserer auswärtigen Kulturpolitik [...] über jeden Regierungswechsel hinweg erhalten bleiben“ müsse.¹¹ Von Bismarck wehrte die von Helmut Kohl ausgerufene „geistig-moralische Wende“ ab und stellte sich der scharfen Kritik von Franz Josef Strauß an der auswärtigen Kulturpolitik der sozialliberalen Bundesregierung entgegen. Strauß warf dem Goethe-Institut vor, eine links-orientierte Kulturpolitik zu betreiben, die den in der DDR praktizierten Vorbildern autoritärer Kultursteuerung nahekäme. Von Bismarck setzte mit seinem Plädoyer für Pluralität und ein differenziertes Deutschlandbild und mit seinem entschiedenen Eintreten für die Freiheit der Meinungsäußerung für lange Zeit den Maßstab für die Grenzen inhaltlicher Beeinflussung des Goethe-Instituts durch die Regierung.

Hans Heigert (Amtszeit 1989-1993), der auf von Bismarck folgte, war wie dieser zuvor Journalist. Als Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung und CSU-Mitglied war er im Politikbetrieb gut vernetzt. Im Institutionengedächtnis spielt Heigert aber, anders als von Bismarck, keine Rolle—jedenfalls nicht in den Gesprächen, die wir zur Institutsgeschichte geführt haben. Die enorme Dynamik des Goethe-Instituts in der Zeit der Wiedervereinigung und Neugründung von Instituten in Osteuropa wurde jedenfalls nicht mit seinem Namen verknüpft, sondern vielmehr mit dem des langjährigen, energischen Generalsekretärs Horst Harnischfeger.

Der 1925 geborene Hilmar Hoffmann, der von 1993 bis 2001 als Präsident des Goethe-Instituts amtierte, hatte bis 1990 zwanzig Jahre lang als SPD-Kulturdezernent in Frankfurt am Main gewirkt. Mit ihm wird das Motto „Kultur für alle“ verbunden, und er galt als „Meister der Psychologie, der Tricks und Kniffe“ in der praktischen Kulturpolitik.¹² Damit ging, trotz allen Anspruchs, Kulturarbeit zu demokratisieren, wohl auch ein gewisser grandseigneuraler Auftritt und jedenfalls ein stark personenzentrierter Politikstil einher. Die praktische Umsetzung seiner Kulturvisionen konnte er in Frankfurt dank seines Machtinstinkts und vielfältiger Netzwerke voranbringen; dazu kam ein Quantum Glück, nämlich eine gute konjunkturelle Phase der Stadtfinanzen. Seine Erfolge in Frankfurt konnte er für das Goethe-Institut aber nicht replizieren und dessen finanzielle Krise nicht abwenden. Sein kulturelles und politisches Beziehungskapital und seine Machtstrategien entfalteten in den neuen Konstellationen einer rot-grünen Bundesregierung und angesichts einer äußerst angespannten Finanzlage nicht die erhoffte Wirkung. Auch seine Rücktrittsandrohung konnte keine Umkehr im politischen Raum bewirken, und eine mit Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich und am Parlament vorbei ausgehandelte finanzielle Spritze für das Goethe-Institut war letztlich nicht nachhaltig.

¹¹ Goethe-Institut, Jahrbuch 1984-85, S. 6.

¹² Claus-Jürgen Göpfert in der *Frankfurter Rundschau*, 4.1.2019. Vgl. auch den Nachruf von Michael Köhler im Deutschlandfunk, 2.6.2018; <https://www.deutschlandfunk.de/zum-tod-von-hilmar-hoffmann-kultur-fuer-alle-100.html> (letzter Aufruf 16.1.2026).

Als Präsident des Goethe-Instituts tauchte er in den Erinnerungen der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Marie-Christin Gabriel und ich befragten, selten auf. Überfällige interne Reformen des Vereins und andere organisationsinterne Umstrukturierungen waren auch nicht seine Priorität. Doch mit seinem „Kultur für alle“-Motto verkörperte er nach innen und außen die kulturpolitische Wende, die das Goethe-Institut seit den 1990er Jahren genommen hatte. Der breite Bildungsbegriff und ein nicht auf „Hochkultur“ allein fokussiertes Verständnis von Kulturaustausch sind ein bleibendes Vermächtnis. Inwiefern Hoffmann die Osterweiterung – eine der wichtigsten Neuerungen des Goethe-Instituts während seiner Amtszeit – aktiv vorangetrieben hat, ist schwer zu beurteilen; wie schon bei Heigert wird auch Hoffmanns Name im institutionellen Gedächtnis nicht mit diesem Thema verknüpft.

Die 1932 geborene Jutta Limbach – auch sie wie Hoffmann SPD-Mitglied – hat dagegen interne Organisationsreformen und die Neuordnung der Beziehungen des Goethe-Instituts zum Auswärtigen Amt angestoßen und aktiv begleitet. Sie war Rechtswissenschaftlerin, Professorin an der Freien Universität Berlin, Justizsenatorin in Berlin und schließlich Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Unmittelbar nach ihrem Amtsende dort wurde sie zur Präsidentin des Goethe-Instituts gewählt. Dieses Amt übte sie von 2002 bis 2008 aus; eigentlich hatte sie nach ihrer ersten vierjährigen Amtszeit ausscheiden wollen, blieb dann aber weitere zwei Jahre, bis ihr Vizepräsident Klaus-Dieter Lehmann bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) pensioniert wurde und ihre Nachfolge im Goethe-Institut antreten konnte.

Limbach stand besonders für die Themen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freiheitliche Werte, engagierte sich im Goethe-Institut aber auch besonders für den Bereich deutsche Sprache. Sie war als Wissenschaftlerin und vor allem Richterin an kollegiales Arbeiten gewöhnt. An sie erinnerten sich – so zeigte sich bei unseren Recherchen zur Institutsgeschichte – viele Mitarbeiterinnen sehr positiv, als warmherzige und zugewandte Präsidentin, mit einem offenen Ohr für ihre Belange. Limbachs öffentlichen Reden lässt sich entnehmen, dass sie sich als erfahrene Rechtspolitikerin und Verfechterin der Gewaltenteilung und richterlichen Unabhängigkeit auch für die Unabhängigkeit des Goethe-Instituts besonders stark gemacht hat. Sie amtierte teilweise in einer Zeit, in der das Auswärtige Amt unter grüner Leitung den Kulturaustausch politisieren wollte und seine Instrumentalisierung für Konfliktprävention und andere strategische Ziele voranzutreiben versuchte. Limbach sah das kritisch. Ab 2005 konnte sie dann in den ersten Jahren von Frank-Walter Steinmeiers Amtszeit eine finanzielle Stabilisierung des Goethe-Instituts aushandeln. Mit Steinmeier kam erstmals seit langem ein Außenminister ins Amt, der die strategischen Möglichkeiten des Goethe-Instituts zu schätzen wusste.

Limbachs Ressourcen für das Amt der Goethe-Präsidentin dürften neben ihren Erfahrungen mit richterlicher Unabhängigkeit und der gleichberechtigten Arbeit in Kollegialorganen vor allem ihr enormes politisches Standing in Deutschland gewesen sein. Sie hatte wenig internationale Erfahrung, aber als Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts stand sie an fünfter Stelle der protokollarischen Rangfolge; damit war sie bei Journalisten und Bundestagesabgeordneten und allen, die für das Goethe-Institut wichtig sein konnten, gut bekannt. Beide, Hoffmann wie Limbach, waren durch ihre SPD-Mitgliedschaft parteipolitisch verortet und in den kulturpolitischen bzw. allgemeinen politischen Netzwerken in Deutschland gut verankert und potenziell einflussreich. Bei beiden wird aber auch deutlich, dass selbst eine hervorragende innenpolitische Vernetzung das Goethe-Institut nicht vor Haushaltskürzungen und politischer Marginalisierung schützen konnte.

Limbachs Nachfolger Klaus-Dieter Lehmann, 1940 geboren, hatte Physik und Mathematik studiert und anschließend eine Ausbildung zum Bibliothekar durchlaufen. Er wurde Leiter der Universitätsbibliothek Frankfurt am Main und war später als Direktor der Deutschen Nationalbibliothek zuständig für die Wiedervereinigung mit der Nationalbibliothek in Leipzig (und dem Musikarchiv in Berlin). Anschließend war er zehn Jahre lang Präsident der SPK. Goethe-Präsident wurde er nach seinem Ausscheiden aus der SPK und amtierte dann drei Amtszeiten lang, von 2008 bis 2020. Durch seine Arbeit in der SPK war Lehmann in internationale kulturpolitische Netzwerke eingebunden, die auch für das Goethe-Institut von Interesse waren. Und er war ein erfahrener Kulturmanager und Leiter von Großorganisationen, die allerdings intern anders—nämlich weitaus bürokratischer und hierarchischer—strukturiert waren und sind als das Goethe-Institut. Sein wichtigstes Kapital war sicherlich sein großes kulturpolitisches Netzwerk in Deutschland und speziell in der Hauptstadt Berlin (wo weder Hilmar Hoffmann noch Jutta Limbach zu Hause waren), das er für die Belange des Instituts mobilisieren konnte.

Lehmann stand nicht von Anfang an für bestimmte Themen wie die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus oder einen Fokus auf Afrika. Das Humboldt Forum, so wie er es um die Jahrtausendwende noch als SPK-Präsident propagiert hatte, wollte die Kulturen der außereuropäischen Welt in der Mitte Berlins gleichberechtigt präsentiert sehen; dagegen wurden koloniale Gewaltverbrechen, Restitutionsproblematiken oder Rassismus damals noch nicht thematisiert. Wenn der *Tagesspiegel* zu Lehmanns 80. Geburtstag schrieb, „Humboldt, Kolonialgeschichte und Kooperation sind seine Themen“, so stimmt das also nicht ganz, jedenfalls nicht für die Zeit vor Mitte der 2010er Jahre.¹³ Aber Lehmann machte sich mit diesen Themen vor allem auf seinen Reisen zu Goethe-Instituten in Afrika vertraut. Auch die organisationsinternen Reformen des Goethe-Instituts in Richtung Dezentralisierung und Regionalisierung machte er sich zu eigen und verkörperte so den Übergang von einer kulturexportierenden Institution zu einer Plattform des multilateralen Austauschs. Dabei erlebte er—nach der durch Krisenbewältigung geprägten Präsidentschaft von Jutta Limbach—eine zwölfjährige Amtszeit mit einem kontinuierlichen Aufwuchs der Mittel und einer sehr positiven Haltung von Bundestag und Außenminister gegenüber dem Goethe-Institut. Das sollte sich in meiner Amtszeit, vor allem, was die Finanzen betrifft, mit der Corona-Pandemie und neuen Prioritäten durch den offenen Krieg in der Ukraine wieder ändern.

Meine Eingangsfrage, wie wichtig für die Entwicklung des Goethe-Instituts die Personalie der Präsidentschaft überhaupt ist, kann dieser Rückblick nicht eindeutig beantworten. Ins Auge fällt aber die thematische Passung der Amtsinhaber mit bestimmten programmatischen Entwicklungen des Goethe-Instituts. Insofern verliehen sie der Arbeit des Instituts durchaus ein spezifisches Gesicht, sowohl in der medialen Öffentlichkeit wie auch nach „innen“, gegenüber den Mitarbeitenden des Instituts. Doch auch gut vernetzte Amtsinhaber waren nicht in der Lage, sich gegen die haushaltspolitischen Zwänge und Mittelkürzungen zu stemmen. Spielräume und Sympathien seitens des Auswärtigen Amts klug zu nutzen, um bestimmte Themen und Aktivitäten des Instituts zu stärken—das können Amtsinhaber allerdings und haben es auch getan.

Ein weiterer Aspekt scheint mir bedenkenswert: Mit dem enormen Wachstum des Instituts und der Professionalisierung und Dezentralisierung des Kulturaustauschs hat die Organisation nicht mehr nur ein öffentliches Gesicht, sondern mehrere, zu denen auch etwa der

¹³ Rüdiger Schaper, „Klaus-Dieter Lehmann zum 80. Ein praktischer Visionär“, *Der Tagesspiegel*, 28.2.2020, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/ein-praktischer-visionar-4149502.html> (letzter Aufruf 16.1.2026).

Generalsekretär und –jedenfalls im Ausland– die einzelnen Instituts- und Regionalleiterinnen gehören. Generell beobachte ich in der Präsidentschaftsgeschichte einen Trend hin vom Einzelspieler zum Netzwerker und zur Teamplayerin. Eine Präsidentin kann inhaltliche Impulse setzen und die Organisation kritisch beraten. Und punktuell verkörpert sie „das Institut“ in der medialen Öffentlichkeit und den politischen und kulturellen Netzwerken – aber eher als Aufsichtsratsvorsitzende und Teil eines Teams, nicht als einzelne Führungsperson. In jedem Fall geht es dabei um Einfluss, nicht Macht.

Die Ressourcen einer Ethnologin in der Kulturpolitik

In seiner Rede zum Ende meiner Amtszeit im November 2024 bedankte sich Generalsekretär Johannes Ebert für die „Haltung“, die ich im Goethe-Institut vermittelt hätte und für die ich auch nach außen stünde – eine Haltung des Zuhörens. „Die Grundlagen der Ethnologie und eines erfolgreichen Kulturaustausches à la Goethe-Institut sind identisch“, so Ebert, „zuhören, zuhören vor Ort; zuhören, um zu verstehen. Und dabei das offene Gespräch führen, das die Basis von allem ist. Das verlangt Respekt und sogar einen Schuss Demut vor dem Gegenüber. Sie haben von Anfang an diese Parallelität erkannt und hochgeschätzt. [...] Es geht darum, eine gemeinsame Diskussion über Herausforderungen, Themen und auch Werte zu initiieren und eine gemeinsame Zukunft zu bauen. [...] Belehrung ist fehl am Platze, wenn wir unsere Ziele von Verständigung, Glaubwürdigkeit, Vertrauen ernst nehmen.“¹⁴

In der Tat waren dies Leitgedanken meiner Amtsführung. Doch es gab auch pragmatische und konzeptuelle Aspekte, in denen mein ethnologischer Hintergrund meine Arbeit prägte. Dazu gehörte erstens, wie schon erwähnt, die Methode der teilnehmenden Beobachtung und die daraus erwachsende forschende, reflexive Haltung. Besonders meine langjährigen Forschungserfahrungen im Bereich der Ethnologie des Politischen erwiesen sich als nützlich, um die in den verschiedenen Handlungsfeldern wirksamen sozialen Praktiken, Macht- und Austauschdynamiken zu verstehen und mich strategisch positionieren zu können.

Zweitens war für meine Amtsführung der offene, prozessuale Kulturbegriff wichtig, der sich in der Ethnologie inzwischen weitgehend durchgesetzt hat.¹⁵ Auch wenn Ethnologen „Kultur“ meist viel breiter verstehen als Kulturpolitiker, gewissermaßen als Kürzel für die spezifischen Prägungen einer ganzen Lebensweise, ist ihr nicht-substanzielles Kulturverständnis anschlussfähig für die Arbeit im Kultursektor oder -betrieb im engeren Sinn der künstlerischen, ästhetischen Produktion. Die meisten Ethnologen verstehen Kultur nicht identitär – gebunden an die Zugehörigkeit zu einer fest umgrenzten (nationalen) Gemeinschaft – und als abgeschlossene Systeme, als „Kulturen“ im Plural, die sich erst durch einen „interkulturellen Dialog“ untereinander verstehen und austauschen könnten. Vielmehr sehen sie Kultur als grundsätzlich relationales, dynamisches und konflikthafte Gefüge, das für unterschiedlichste

¹⁴ Rede von Johannes Ebert anlässlich des Wechsels im Präsidentinnenamt, 21.11.2024, <https://www.goethe.de/de/uun/prs/int/gen/26348706.html> (letzter Aufruf 16.1.2026).

¹⁵ Ich habe selbst verschiedene Essays zur Debatte um verschiedene Kulturkonzepte geschrieben. Während manche Ethnologen den Begriff wegen seiner Unschärfe am liebsten ganz abschaffen wollten, hatte ich für seine Nützlichkeit als eine Art Kontaktzone in der Begegnung von Wissenschaft und praktischer Kulturpolitik geworben. Vgl. dazu z.B. Carola Lentz, „Kultur vs. Kulturen? Debatten in der Ethnologie“, in Dietmar Treichel und Claude-Hélène Mayer (Hg.), *Lehrbuch Kultur. Lehr- und Lernmaterialien zur Vermittlung kulturellen Kompetenzen*. Münster: Waxmann 2011, 40–50; sowie Carola Lentz, „Culture: the making, unmaking and remaking of an anthropological concept“, *Zeitschrift für Ethnologie* 142 (2), 2017: 181–204

Begegnungen und Austauschprozesse offen ist—auch wenn in bestimmten politischen Interessenskonstellationen manche Kulturakteure Grenzen ziehen und Zugehörigkeiten enger definieren wollen. Die vielen multilateral ausgerichteten Projektformate des Goethe-Instituts, die internationalen Kooperationen zur gemeinsamen (künstlerischen) Bearbeitung globaler Herausforderungen fördern, konnte ich darum voll und ganz nachvollziehen und unterstützen.

Allerdings, und das war der dritte Transfer aus der Ethnologie in meine Amtsführung, operiert auch offener, flexibler Kulturaustausch in machtsstrukturierten Feldern, über die es nachzudenken gilt. Bei aller Unabhängigkeit ist die Arbeit des Goethe-Instituts Teil der deutschen Außenpolitik und in internationale Machtbeziehungen eingebunden. Dazu gehört auch das Erbe der Geschichte des Nationalsozialismus und des europäischen Kolonialismus, und mir war es wichtig, diese Themen in meine Arbeit einzubringen.

Ich will im Folgenden die Frage nach der „Passung“ von Amt und beruflichem Hintergrund anhand der einzelnen Aufgabenbereiche der Präsidentschaft durchdeklinieren, denn die Herausforderungen und Ressourcen der Präsidentin variieren in den drei großen Handlungsfeldern—dem der Vereinsvorsitzenden, der Integrationsfigur einer internationalen Organisation und des öffentlichen Gesichts der deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Für viele Aspekte der Amtsführung hatten meine Erfahrungen als ethnologische Forscherin und meine Arbeit in Wissenschaftsinstitutionen einen spezifischen Mehrwert.¹⁶

Die Präsidentin als Vereinsvorsitzende

Die Vereinssatzung steckt die Aufgaben der Präsidentin an der Spitze des von der Mitgliederversammlung gewählten Präsidiums in großen Zügen ab. Das Präsidium—und damit auch die Präsidentin—bestellt den Vorstand, überwacht seine Tätigkeit und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich gegenüber dem Vorstand. Außerdem fasst es Beschlüsse über die Richtlinien für die Institutsarbeit und über die vom Vorstand vorbereiteten und in der Mitgliederversammlung beratenen langfristigen konzeptionellen Planungen für das Gesamtinstitut.¹⁷ Diesen allgemeinen Bestimmungen folgt eine Liste von einzelnen Aufgaben, inklusive der Entgegennahme des Wirtschaftsplans und der Bilanzen sowie dem Vorschlag an die Mitgliederversammlung zur Entlastung des Vorstands—allesamt klassische Funktionen des Vorsitzes eines Vereins, der als quasi-Aufsichtsrat des Betriebs Goethe-Institut fungiert. Über die Präsidentin heißt es im Einzelnen, dass sie den Verein „unbeschadet der gesetzlichen Vertretungsmacht des Vorstandes“ repräsentiert¹⁸, die Sitzungen des Präsidiums einberuft und leitet, das Präsidium zwischen den Sitzungen vertritt und Entscheidungen an seiner Stelle treffen kann sowie an allen Vorstands-, Ausschuss- und Beiratssitzungen teilnehmen kann.

Tatsächlich bedeutet diese scheinbar schlanke Liste an Aufgaben, wenn man sie ernst nimmt, ein Arbeitspensum, das einer vollen Berufstätigkeit gleichkommt. Nicht zuletzt wegen dieser

¹⁶ Erste Überlegungen dazu finden sich in einem Interview vom Frühjahr 2021, das die damalige Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie (DGSKA) Dorle Dracklé sowie der Schriftführer und Herausgeber der DGSKA-Mitteilungen Martin Gruber mit mir führten; vgl. DGSKA Mitteilungen Mai 2021, <https://www.dgska.de/dgska/mitteilungen-pdf-archiv/> (letzter Aufruf 16.1.2026).

¹⁷ Vgl. dazu §7 der unter meiner Leitung reformierten Satzung, <https://www.goethe.de/resources/files/pdf339/satzung-vom-03.07.2024.pdf> (letzter Aufruf 16.1.2026).

¹⁸ In diesem kurzen Passus sind Möglichkeiten von Konkurrenzkonflikten zwischen Vorstand und Präsidentin vorgeplant, anhand derer man auch eine interessante Geschichte des Goethe-Instituts schreiben könnte, was aber hier nicht mein Anliegen ist.

hohen Arbeitsbelastung, aber auch generell wegen der umfangreichen Befugnisse des ehrenamtlichen Präsidiums wurde über die Sinnhaftigkeit der Rechtsform des gemeinnützigen Vereins mit einem ehrenamtlichen Vorsitz im Lauf der Institutsgeschichte immer wieder gestritten.

Dass hinter solchen wiederholt vom Auswärtigen Amt vorgebrachten Überlegungen zur Änderung der Rechtsform auch machtpolitische Erwägungen stehen dürften, vermittelte sich mir gleich in den ersten Gesprächen im Büro des Außenministers im Herbst 2019, als mich das Präsidium noch gar nicht zur neuen Amtsinhaberin gewählt hatte. Als Ethnologin, die jahrelang über zivilgesellschaftliche Vereine, Politikerkarrieren und Machtpolitik zuerst in Ecuador und dann in Ghana geforscht hatte, brachte ich ein ausgeprägtes Sensorium für „hidden agendas“ und die politischen Implikationen von rechtlichen Regelungen mit. Dass die Kulturabteilung im Auswärtigen Amt hoffte, mit einem Wechsel im Präsidentenamt ihre Kontrolle über die weisungsunabhängige Mittlerorganisation zu stärken—jenseits der vertraglich festgelegten und schon beträchtlichen Veto- und Einflussmöglichkeiten¹⁹—war fast mit Händen zu greifen. Nach Dutzenden von Interviews mit hochrangigen Politikern und Amtsträgern in Afrika konnten mich die rhetorischen Manöver einiger meiner deutschen Gesprächspartner, die mich nicht zuletzt gegenüber dem Vorstand des Goethe-Instituts misstrauisch machen sollten, nicht wirklich beeindrucken. Mein Kompass war klar: meine praktischen Erfahrungen in Wissenschaftsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Vereinen hatten mir den Wert der Unabhängigkeit von direktem politischem Einfluss vermittelt. Für die Flexibilität und Handlungsfähigkeit einer Organisation wie das Goethe-Institut würde die Unabhängigkeit von allzu direkter Kontrolle seitens des Auswärtigen Amts und anderer Regierungsvertreter auch weiterhin wesentlich sein, und diese Unabhängigkeit zu schützen, war mir von Anfang an ein wichtiges Anliegen. Dass das Präsidium und die Präsidentin ehrenamtlich arbeiten, unterfüttert die Weisungsunabhängigkeit—eine rechtliche Konstellation, die auch psychologisch wirksam für die Selbstwahrnehmung und Amtsführung ist.

Kompetente juristische Freunde und Kollegen aus der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die ich um Rat bat, erläuterten, dass jede Rechtsformänderung kostspielig sein würde und Reibungsverluste hätte. Das Fazit meiner Erkundigungen war: Der Verein ist eine flexible Rechtsform, also auch für die Ziele des Goethe-Instituts nach wie vor bestens geeignet. Mir war wichtig, diese Überlegungen mit dem Vorstand des Goethe-Instituts weiter zu präzisieren, um gemeinsam eine Position gegenüber dem Auswärtigen Amt zu entwickeln. Das Gutachten zu einem Rechtsformvergleich, das der Vorstand dann in Auftrag gab, bestätigte, dass zwar unterschiedliche Rechtsformen möglich seien, ein Rechtsformwechsel aber aufwändig wäre. Damit der Verein Goethe-Institut e.V. zukunftsfähig bleibe, so das Gutachten weiter, müsste die Vereinssatzung allerdings modernisiert werden—etwa im Blick auf die Amtszeiten der Mitglieder und die Abgrenzung der Befugnisse zwischen Präsidium und Vorstand sowie im Blick auf die Eingriffsrechte des Auswärtigen Amts.

Damit war eine meiner ersten Aufgaben als Präsidentin klar: eine umfassende Satzungsreform, wie es sie seit der Zusammenlegung von Goethe-Institut und Inter Nationes im Jahr 2000 nicht mehr gegeben hatte. Ich will hier nicht auf die einzelnen Aspekte eingehen und auch nicht den konfliktreichen Weg beschreiben, auf dem es im Lauf der nächsten knapp zwei Jahre gegen zum Teil erheblichen Widerstand gelang, die meisten meiner Ziele in Sachen

¹⁹ Vgl. dazu den Rahmenvertrag, https://www.goethe.de/resources/files/pdf269/rahmenvertrag_de_15jan21.pdf (letzter Aufruf, 16.1.2026).

Satzungsreform umzusetzen. Mein übergeordnetes vereinspolitisches Anliegen war jedenfalls, den Verein zu einem lebendigen Gremium mit mehr Flexibilität und Diversität als bisher zu entwickeln.

Bei den Reformen ging es mir auch darum, die mir aus wissenschaftspolitischen Organisationen vertrauten Ansprüche an Transparenz und demokratisch legitimierten Verfahren zu etablieren, zum Beispiel bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern. Gerade als Ethnologin, die sich theoretisch und empirisch mit Machtprozessen beschäftigt hat, waren mir die Unterschiede zwischen „on stage“ und „off stage“-Techniken der Machtausübung und Beeinflussung des Feldes bewusst. Dass informelle Gespräche auch weiterhin ein wichtiges Mittel zur Vorbereitung von Präsidiumsentscheidungen sein würden, war mir klar. Dennoch war mir wichtig, die dreißig gewählten Mitglieder genuin in die Beratungen einzubinden und den Schritt hin zu demokratischen, offenen Verfahren zu bewerkstelligen. Mit der Einrichtung eines gewählten Zuwahlausschusses existiert nun ein transparentes Rekrutierungsverfahren; der Ausschuss hat auf Basis einer von mir erstellten Mitgliederstatistik klare Kriterien für Zuwahlen erarbeitet und sichtet dann entsprechend die Zuwahlvorschläge, zu deren Unterbreitung die Mitglieder eingeladen werden. Im Lauf meiner Amtsperiode wurden so immerhin zwei Drittel der bestehenden Mitglieder wegen der seit der Satzungsreform klar begrenzten Amtszeiten und reduzierter Wiederwahlmöglichkeit ausgetauscht. Ich bin überzeugt, dass der nun jünger, weiblicher und generell diverser gewordene Verein das Goethe-Institut besser als vorher beraten und Weichen für seine Zukunft stellen kann.

Dafür habe ich auch neue Formate des Austauschs zwischen Verein und Institut eingeführt, wie etwa ein jährliches eintägiges thematisches Treffen, in dem die Mitglieder ihre Erfahrungen zu bestimmten Themen einbringen und in einen intensiveren Austausch mit den Mitarbeiterinnen des Goethe-Instituts treten können. Abwechselnd stellen sich verschiedene Arbeitsbereiche des Goethe-Instituts den Mitgliedern vor, und die Mitglieder präsentieren ihre Erfahrungen aus ihren unterschiedlichen Arbeitsbereichen – etwa zu den Herausforderungen durch illiberale Trends im Kulturbetrieb. Für neue Mitglieder organisierte ich ein „Onboarding“, angefangen von einem ausführlichen Gespräch mit den vom Zuwahlausschuss vorgeschlagenen Kandidaten über die Überreichung einer Informationsmappe mit wichtigen Unterlagen zur Governance und Organisation bis hin zur Einladung zu kurzen Vorstellungsvorträgen der „Neuen“ beim gemeinsamen Abendessen vor dem Mitglieder-Thementag.

All dies mag banal erscheinen, aber es waren für das Goethe-Institut e.V. tatsächlich Neuerungen. Die Ideen dazu brachte ich allesamt aus meinen Erfahrungen als Mitglied in Wissenschaftsakademien und universitären Gremien und aus meiner ethnologischen Vereinsforschung mit. Wichtig war mir vor allem, dass diese Verfahren und Formate unabhängig von der Person der Präsidentin funktionieren. Dann kommt es auch nicht mehr nur auf ihre eigenen kulturpolitischen Netzwerke an, sondern der Verein kann von den gebündelten Kompetenzen und vielfältigen Beziehungen eines breiteren Personenkreises profitieren. Mein übergeordnetes Ziel war, die Unabhängigkeit des Vereins zu stärken und seinen Charakter als zivilgesellschaftlich verfasste Mittlerorganisation zu unterstreichen.

Als nüchtern analysierende Machtforscherin war und ist mir aber auch klar, dass nicht-hintergehbare Widersprüche und Spannungsverhältnisse bleiben. Da ist zum einen der Umstand, dass die Ideen und Vorschläge aktiver Mitglieder zwar wichtig sind, das Goethe-Institut aber zugleich auch ein auf Kontinuität und Betriebsroutinen basierendes großes Unternehmen ist, das nicht zu viel Basisdemokratie wünscht. Der Unterschied zwischen Aufsichts- und Strategiefunktionen des Vereins und der Leitlinienkompetenz und operativen Kontrolle seitens der

Organisation muss immer wieder ausgehandelt werden. Zum anderen gehören zu den Mitgliedern des Vereins und zum Präsidium auch Arbeitnehmervertreter, Mitglieder des Bundestags und vor allem Vertreter von Auswärtigem Amt und Bundesministerium für Finanzen als Zuwendungsgeber, die in den Gremien eigenen Interessen vertreten. Gerade hier gab es gelegentlich starken Widerstand, etwa gegen eine weitere Verschlankung der satzungsgemäßen Befugnisse des Präsidiums gegenüber dem operativen Geschäft. Bei Mittelknappheit sind Dauerkonflikte vorprogrammiert. Die Präsidentin steht hier – ganz unabhängig von ihrem beruflichen Hintergrund – in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen Vorstand/Unternehmen, Verein/Mitgliedern, Kunst/Kulturorganisationen und politischer Bürokratie.

Die Präsidentin als Integrationsfigur einer internationalen Organisation

Wie schon erwähnt, kam ich ohne vorherige engere Vertrautheit mit dem Goethe-Institut ins Amt. Doch nicht nur die Vereinsführung, auch die Frage, wie ich die Organisation intern unterstützen und mögliche Impulse setzen konnte, bedurften umfangreichen Wissens über ihr Funktionieren, ihre spezifischen Leistungen und ihre speziellen Probleme. Auch hier war mein Vorgehen das einer Forscherin. Neben den Recherchen für das Buch zur Geschichte des Goethe-Instituts waren es vor allem intensive Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, einzeln und in Gruppen, mit denen ich so schnell wie möglich, aber auch gründlich das Institut kennenlernen konnte.

Vor dem Hintergrund meiner bisherigen organisationsethnologischen Forschungen zu industriellen Großunternehmen und staatlichen Bürokratien – wie etwa Zuckerrohrplantagen in Ecuador oder die ghanaischen Planungsstäbe für Nationalfeiern und Staatsprotokoll – drängten sich mir bei diesen Recherchen verschiedene Fragen auf. Wie zum Beispiel gelingt es dem Institut mit seinen über viertausend Mitarbeitenden, vielen von ihnen mit beeindruckenden kosmopolitischen Biografien und meist ohne deutsche Staatsangehörigkeit, eine „corporate identity“ zu entwickeln, also ein Gefühl von Zusammenhalt und gemeinsamem Engagement für die Vision und den Auftrag der Institution? Wie werden dezentrale Spielräume einerseits und die notwendige Homogenisierung von Produkten und Programmen andererseits ausgehandelt? Wie kommen neue Programme und Projekte zustande, wie entstehen zum Beispiel innovative Ideen an einem Ort und „reisen“ dann mit den mobilen Mitarbeitern an andere Standorte, wo sie adaptiert und weiterentwickelt werden, bis sie eventuell in der Zentrale aufgenommen und „ausgerollt“ werden? Oder auch: Wie werden die in München erarbeiteten Haushaltprozesse, die auf doppelter Buchführung und modernen Budgetierungsverfahren beruhen, in die in Berlin im Ministerium noch üblichen kameralistischen Ansätze übersetzt?

Dieser Auszug aus einer ganzen Liste von Fragen, die ich in den ersten Monaten erkundet habe, mag genügen. Ich fand es ungemein spannend, eine Art „Crash-Kurs“-Ausbildung in Sachen Goethe-Institut zu erhalten. Dabei bin ich so systematisch vorgegangen, wie es mein eng getakteter Zeitplan, mit notwendigen Sitzungsteilnahmen und Lobby-Treffen mit Politikern in Berlin, erlaubte. Im Lauf der Zeit habe ich ausführliche Gespräche mit allen Regional- und Abteilungsleitern einzeln geführt, in gemeinsamen digitalen Runden alle Institute in den zwölf Regionen kennengelernt, in denen das Goethe-Institut seine Arbeit organisiert, und nach dem Ende der Corona-Beschränkungen auch sämtliche Institutsabteilungen und Arbeitsbereiche in München und Berlin in ausführlichen Sitzungen und Begehungen kennengelernt. Dazu kamen informative Treffen mit den Betriebsräten der Zentrale, dem Europa-Betriebsrat,

den Gremien für die weltweiten Vertrauensleute und mit der Frauenbeauftragten sowie der Zuständigen für Behinderte.

Eine Erkenntnis aus meinen Gesprächen war die Einsicht, wie wichtig die dezentrale und lokal verankerte Arbeitsweise des Goethe-Instituts für seine Akzeptanz und den Erfolg seiner Arbeit in unterschiedlichen kulturellen und politischen Umwelten ist. Zugleich gewannen im Lauf meiner Amtszeit angesichts von zunehmender Mittelknappheit die Rechenschaftspflichten des Instituts gegenüber Auswärtigem Amt und Parlament, inklusive Forderungen nach weltweit durchzusetzenden Compliance-Standards, an Bedeutung. Als Ethnologin, die jahrzehntelang internationale kooperative Forschungsprojekte in Umwelten managen musste, die die Abrechnungsstandards deutscher Geldgeber nicht verinnerlicht hatten, waren mir viele dieser Problematiken vertraut. So konnte ich für Institutsleiter und Mitarbeitende vor Ort, aber auch in der Zentrale als verständnisvolle Gesprächspartnerin fungieren; zugleich waren mir die Verteidigung von Handlungsspielräumen und die Stärkung der Möglichkeit, weiterhin dezentral und lokal sinnvoll zu arbeiten, ein wichtiges Anliegen.

Bei meinen Erkundungen haben mich die Intelligenz und Resilienz des Netzwerks des Goethe-Instituts und das Engagement der Mitarbeitenden immer wieder beeindruckt. Umgekehrt wurden meine Neugier und die aus meiner Forschungserfahrung resultierende Haltung des Zuhörens und aufmerksamen Nachfragens und Mitdenkens, so glaube ich jedenfalls, als genuines Interesse und Anerkennung positiv wahrgenommen. Insofern war schon das aktive Kennenlernen Teil der Rolle, die eine Präsidentin für das Goethe-Institut intern spielen sollte: nämlich als Integrationsfigur für einen durchaus heterogenen Betrieb zu dienen. Zu den konstruktiven Beziehungen in das Institut hinein gehörte auch die Bereitschaft, Ratschläge anzunehmen und mir keine Expertise anzumaßen, wo ich sie nicht hatte. Tatsächlich profitierte ich von kompetenter Beratung und Vorbereitung meiner Auftritte im politischen Raum, bei Medien und bei Kulturpartnern. Auch wenn ich letzte Entscheidungen selbst getroffen habe, war es mir wichtig, die Erfahrungen meiner Gesprächspartner kennenzulernen; oft brachten sie für meine Aktivitäten wichtige Gesichtspunkte ein, an die ich allein nicht gedacht hätte. Meine Grundüberlegung war hier auch: die Konsequenzen meiner Entscheidungen, Äußerungen und möglichen Fehler müssen am Ende (auch) die Mitarbeitenden des Instituts aushalten und kompensieren, nicht nur ich.

Besonders aufschlussreich waren die Hinweise, die mir eine erfahrene Regionalleiterin bei meiner ersten Auslandsreise zum Sinn von Präsidentenreisen gab. Erstens ist die Präsidentin das Gesicht (und die Stimme) des Goethe-Instituts gegenüber den Kultur- und Bildungspartnern vor Ort, mit denen das lokale Institut zusammenarbeitet; ihr Besuch verleiht der Arbeit des Instituts Gewicht und unterstützt sie im Idealfall. Zweitens verkörpert die Präsidentin das globale Netzwerk des Goethe-Instituts nach innen, gegenüber den lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ja meist nicht viele andere Institute und oft auch nicht die Münchener Zentrale kennen. Tatsächlich waren meine Institutsbesuche immer mit einer ausführlichen Mitarbeiterversammlung, Treffen mit den Vertrauenspersonen und intensiven Rundgängen durch die verschiedenen Arbeitsbereiche verbunden, die den Mitarbeitenden signalisierten, wie wichtig ihre Arbeit für das Gesamtinstitut ist. Zugleich habe ich bei diesen Mitarbeiter-treffen von den Herausforderungen und Erfolgen des Goethe-Instituts im politischen Raum in Deutschland berichtet und die allgemeine außenpolitische Weltlage erörtert, wie sie sich in Deutschland darstellt. Dabei habe ich dann auch Erfahrungen von meinen Besuchen in anderen Instituten eingebracht. Ziel war es, den Mitarbeitenden zu vermitteln, dass sie Teil einer weltweit arbeitenden Organisation sind.

Drittens schließlich bringt die Präsidentin Themen und Anliegen der lokalen kulturellen Szenen und der lokalen Mitarbeiterschaft in die Zentrale nach München zurück – das reichte von Unzufriedenheit mit den Gehältern und Problemen mit der an vielen Orten galoppierenden Inflation über Sorgen über Bedrohungen durch politische Zensur bis hin zur Freude über gelungene Kooperationen mit lokalen Künstlern in Projekten, deren Formate andernorts „kopiert“ werden könnten. Die Präsidentin trägt damit zur Zirkulation von Informationen innerhalb der Organisation bei, die auch schon durch die regelmäßigen Instituts- und Regionalleitertreffen fließen, die aber, wenn sie von der Präsidentin berichtet werden, ein anderes Gewicht bekommen können. Hatte ich früher als Forscherin nach den Strategien der Integration einer dezentral arbeitenden Organisation gefragt, so war ich hier als Präsidentin beobachtende Teilnehmerin und zugleich Akteurin dieses Prozesses.

Als biografische Ressourcen für die Aufgabe der internen Integration brachte ich mehrere Voraussetzungen mit, die sich als hilfreich erwiesen. Dazu gehörte mein internationaler Lebenslauf mit zahlreichen längeren Auslandsaufenthalten, vor allem außerhalb Europas und der USA, gepaart mit den entsprechenden Sprachkenntnissen. Als erste in der Nachkriegszeit geborene Präsidentin des Goethe-Instituts und als Ethnologin, die über längere Strecken im Ausland gelebt hat, ähnelte mein beruflicher Werdegang dem vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts. Das machte mich zu einer möglichen Identifikationsfigur – so vermute ich jedenfalls – und erleichterte den Austausch über institutionelle und nationale Grenzen hinweg. Mein germanistischer Hintergrund wiederum war für eine aktive Begleitung des Sprachunterrichts und der Deutschlehrerfortbildung nützlich.

Schließlich erwiesen sich ethnologische Kompetenzen wie die über Jahrzehnte eingeübte Methode der teilnehmenden Beobachtung sich auch für ein besseres Verständnis des Goethe-Instituts als diverser, intern multikultureller und durchaus spannungsreicher Organisation als ausgesprochen nützlich. Meine Neugier auf die Prioritäten der Gesprächspartner und meine Fähigkeit, implizite Dynamiken wahrzunehmen und unterschiedliche Perspektiven ernst zu nehmen, prägten meinen Führungsstil. Ich verstand Führung nicht als hierarchische Steuerung, sondern als beratende, kritisch begleitende Tätigkeit, die Reflexion ermöglicht und Eigenverantwortung stärkt. Das ist sicher kein Alleinstellungsmerkmal einer Ethnologin, und auch meine Vorgänger dürften ihre Rolle so gesehen haben. Dennoch glaube ich, dass meine berufliche Übung, solche auch intern im Goethe-Institut oft interkulturellen Kommunikationsprozesse systematisch zu beobachten und analysieren, schon eine besondere Qualifikation für meine Amtsführung war.

Zugleich ging es nicht nur um Zuhören, Beobachten und Verstehen, sondern mir war auch wichtig, einige Themen aktiv einzubringen. Zu den Formaten, in denen die Präsidentin in der Organisation ihre eigenen Impulse setzen konnte, gehörten die Grußworte und Ansprachen bei den weltweiten digitalen Mitarbeiterversammlungen und der Austausch mit den Mitarbeitenden bei analogen und digitalen Veranstaltungen wie etwa einer neu konzipierten Reihe „Im Gespräch mit der Präsidentin“. Alle paar Monate führte ich hier vor Ort in München oder im Netz Podiumsdiskussionen mit einzelnen Mitarbeitern zu Themen durch, die mir mit Blick auf die Zukunft des Goethe-Instituts am Herzen lagen – etwa zu Dekolonisierung, Kunstfreiheit, Kulturarbeit in illiberalen und autoritären Regimen, die Unabhängigkeit des Goethe-Instituts oder auch Erinnerungspolitik im Spannungsfeld von Nationalsozialismus und Kolonialismus. Das Interesse an diesen Gesprächen war groß, und ich hatte den Eindruck, dass ich einige meiner ethnologischen Forschungsergebnisse, aber auch frische Eindrücke von meinen Dienstreisen zu Goethe-Instituten im Ausland hier konstruktiv einbringen konnte.

Mein Buchprojekt zur Geschichte des Goethe-Instituts war nicht zuletzt vom Wissen um die Bedeutung von historischer Erinnerung für institutionelles Selbstbewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt angetrieben.²⁰ Im Zuge meiner Recherchen für dieses Buch stellte sich mir daher auch die Frage, wie das Institut selbst mit seiner Vergangenheit umgeht und welches historische Selbstverständnis es pflegt. Zum einen entdeckte ich, dass bei vielen Mitarbeitenden nur wenig historisches Wissen über das Goethe-Institut vorhanden war. Das Buch sollte darum das Institut nicht nur in einer breiteren Öffentlichkeit bekannter machen, sondern auch die internationale Belegschaft mit der Geschichte ihrer eigenen Organisation vertrauter werden lassen; als E-Book auf Englisch ist es inzwischen auch für die internationalen Mitarbeitenden und Kulturpartner zugänglich, die kein Deutsch können.

Zum anderen wurde mir bei der Arbeit am Buch deutlich, dass viele historisch interessante Unterlagen des Instituts bislang kaum systematisch gesammelt, gepflegt und reflektiert wurden. Das Institut verfügt über kein eigenes Archiv, sondern lagert Materialien in unterschiedlichen externen Einrichtungen. Insbesondere die Frage, wie Dokumente aus dem dezentralen Netzwerk aufbewahrt werden und wie mit digitalen Materialien umzugehen ist, gewann angesichts des Rückgangs analoger Schriftquellen zunehmend an Bedeutung. Diese Fragen verlangten nach einer strategischen institutionellen Antwort. Auch wenn ich als Präsidentin nicht in laufende Prozesse operativ eingreifen wollte, setzte ich hier bewusst einen Schwerpunkt meiner Beratung und konnte das Thema institutionelles Gedächtnis stärker verankern. Der Vorstand richtete eine zunächst befristete Stelle zur Entwicklung eines Archivkonzepts ein, und inzwischen widmet sich eine dauerhafte Stabsstelle der Betreuung und Weiterentwicklung des internen Archivs bzw. dem Thema Archivierung.

Diese Aktivitäten entsprangen nicht im engeren Sinne meinem ethnologischen Hintergrund, wohl aber meinen langjährigen Erfahrungen mit historischer Forschung in Kolonialarchiven. Und sie entstanden aus der Perspektive einer Wissenschaftlerin, für die Erinnerungspolitik, institutionelles Wissen und historische Selbstvergewisserung zentralen Themen sind. In diesem Sinne konnte ich ethnologisches und kulturwissenschaftliches Wissen produktiv in die institutionelle Praxis des Goethe-Instituts einbringen.

Die Präsidentin als öffentliches Gesicht des Goethe-Instituts

Das Buch war nicht nur für ein internes Lesepublikum, sondern auch als Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung des Goethe-Instituts intendiert, und es traf bei meinen Gesprächspartnern in der Kulturlandschaft und politischen Entscheidungsträgern auf Interesse. Und auch in der Öffentlichkeit konnte ich in verschiedenen Veranstaltungsformaten etwa auf der Buchmesse ebenso wie in zahlreichen Interviews, Podcasts und Grußworten Themen aktiv einbringen, die mir wichtig für die Zukunft des internationalen Kulturaustauschs erschienen.

²⁰ Das Buchprojekt hatte ich vor meiner Amtszeit weitgehend fertiggestellt; die Herausforderung, als amtierende Präsidentin nicht ganz frei als Wissenschaftlerin agieren und über die Geschichte der eigenen Institution schreiben zu können, war mir durchaus bewusst. Um hier gegenzusteuern und weil mir eine unabhängige und vertiefte Erforschung der Institutsgeschichte wichtig erschien, habe ich den Anstoß zu einem am Historischen Seminar der Mainzer Universität angesiedelten und von der DFG finanzierten Drittmittelprojekt gegeben und die Projektmitarbeiterinnen mit meinen internen Kontakten unterstützt. Vgl. <https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/forschung/geschichte-des-goethe-instituts/>; <https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/start/jahn-lukas-hermann/#dissertationprojekt>, sowie <https://projektgi.uni-mainz.de/> (letzter Aufruf 12.2.2026).

Dennoch war mir stets bewusst: ein Buch zu schreiben oder in Grußworten Themen zu setzen, war noch kein politisches Kapital. Meine wissenschaftlichen Netzwerke und die Anerkennung, die ich in diesem Feld aufgebaut hatte, ließen sich nicht eins zu eins auf die politische Welt der Ministerien oder des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Bundestags übertragen. Die Aushandlungen mit dem Auswärtigen Amt oder Mitgliedern des Bundestags verlangten daher einen weiteren intensiven Lernprozess in Fragen des Funktionierens von politischen Strukturen und Machtprozessen.

Aber ethnologische Kompetenzen halfen durchaus, relevante Akteure zu identifizieren, rasch Kontakte zu knüpfen und informelle Machtmechanismen zu erkennen und gezielt zu nutzen. Mein ethnologischer Hintergrund – und meine Ausbildung als Germanistin und die umfangreichen Kulturerfahrungen – prägte auch thematisch die Wahrnehmung zahlreicher protokollarischer Aufgaben, wie etwa die knapp einhundert Grußworte, die in meiner Amtszeit anfielen, oder die Ansprachen zur jährlichen Verleihung der Goethe-Medaille. Auch diese Aktivitäten gehören sicher nicht speziell einer Fachwissenschaft an, sondern werden von jeder für das Präsidentenamt geeigneten Person abverlangt. Doch darüber hinaus gibt es die Dimension einer persönlich-biografischen „Verkörperung“ des Amts, gewissermaßen das Berufschisma, die man oder frau durch langjährige Erfahrung erwirbt und nicht punktuell neu erlernen kann. So hatte ich als Ethnologin mit umfangreicher Forschungserfahrung in Südamerika und Afrika umfangreiches Wissen und Erfahrungen in Themenfeldern wie Kolonialität und Dekolonisierung und eine kritische Reflexion von globalen Machtverhältnissen. Als ältere weiße deutsche Frau aus der oberen Mittelschicht, als Bildungsbürgerin mit künstlerisch, musikalisch und schriftstellerisch tätigen Vorfahren, stand ich zwar nicht selbst biografisch für Bildungsaufstieg oder Diskriminierungserfahrungen und transkulturelle Lebensweisen. Dennoch konnte ich in vielen Gesprächen und Medienauftritten meine Feldforschungserfahrungen und Vertrautheit mit außereuropäischen Lebensweisen einbringen.

Gleichzeitig wurde mir im politischen Raum in Deutschland schmerzlich bewusst, dass die Prioritäten der Innenpolitik die Möglichkeiten der Präsidentin, für die wichtige Arbeit des Goethe-Instituts zu werben, einschränken. Trotz zahlreicher außenpolitischer Krisen steht das Primat der innenpolitischen Entscheidungslogik nahezu immer im Vordergrund.²¹ Und in der aktuellen politischen Arena scheint die Zeit der Ethnologin, die zuhörend reflektiert und nicht vorrangig Werte verteidigt oder exportiert, an ein vorläufiges Ende gekommen – im Übrigen nicht nur der Ethnologin, sondern jeder Person, die aus den kulturellen „Inhalten“ heraus agiert.

Mein Anliegen, die Erfahrungen aus der weltweiten Kulturarbeit des Goethe-Instituts auch hierzulande fruchtbar zu machen und Kulturaustausch in beide Richtungen zu denken, war letztlich nicht erfolgreich. Ich engagierte mich für die an verschiedenen Goethe-Instituten in Deutschland neu gegründeten Zentren für Internationale Kulturelle Zusammenarbeit, in denen Kulturakteure und Projektideen aus den Auslandsinstituten mit lokalen Initiativen etwa zu Rassismus zusammenarbeiten wollten. Aber schon bald musste hier angesichts knapper Ressourcen priorisiert werden, und das Auswärtige Amt bremste Möglichkeiten der Kooperation mit dem Amt der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien aus – nicht zuletzt, weil es Rügen des Bundesrechnungshofs befürchtete, wenn das Goethe-Institut auch im Inland Kulturarbeit betreiben würde.

²¹ Vgl. dazu auch im Anhang das Nachwort von 2024 zu Lentz und Gabriel, *Das Goethe-Institut*, a.a.O.

Auch bei anderen Projekten wurden mir die begrenzten Machtressourcen des Goethe-Instituts und seiner Präsidentin im politischen Gefüge immer wieder deutlich. Bündnispartner in befreundeten Kulturinstitutionen oder in den Medien können unterstützen, reichen jedoch nicht aus, um institutionelle Beharrungskräfte zu überwinden. Karriereinteressen einzelner Mitarbeitender, Beamter oder Abgeordneter und hierarchische Strukturen überlagern inhaltliche Agenden, insbesondere wenn Themen des internationalen Kulturaustauschs die Relevanz für das innenpolitische Konkurrenzspiel fehlt. Diese Grenzen waren auch meinen Vorgängern gesetzt, aber manchmal konnten sie sie dank parteipolitischer Bündnisse und übergeordneter politischer Konstellationen wenigstens in Teilen überwinden. In meiner Amtsführung war es vielleicht ein Nachteil, dass ich mich als engagierte Wissenschaftlerin keiner politischen Partei angeschlossen habe – und wissenschaftliche Netzwerke lassen sich kaum in politisches Kapital transformieren. Allerdings zeigt der historische Rückblick, dass selbst politisch bestens vernetzte Amtsinhaber finanzielle Engpässe für das Goethe-Institut nicht aushebeln konnten.

Auf internationaler Ebene, wenn ich bei Auslandsbesuchen das „Gesicht“ des Goethe-Instituts darstellte, waren meine wissenschaftlichen Netzwerke und ethnologischen Kompetenzen relevanter als im Inland. Meine Publikationen und Positionen, etwa in Debatten zu Rassismus, Kolonialismus und Erinnerungspolitik, waren einigen meiner Gesprächspartner bekannt, und meine Vertrautheit mit diesen Themen machte es mir leichter, die passende Tonalität in Gesprächen zu finden und komplexe Kontexte zu verstehen. Ich erinnere mich an viele anregende Gespräche mit Intellektuellen und Künstlerinnen in Osteuropa, Indien, Südafrika, Namibia und vielen anderen Orten, in denen wir mühelos gemeinsame Bekannte entdeckten, über geteilte Lektüren und Ausstellungsbesuche sprachen oder voneinander über die jeweils lokalspezifischen Aneignungen globaler Themen lernten. In Indien etwa war ich begeistert von meinem Treffen mit einem erfahrenen und bekannten Historiker, der auch als Kurator den britischen Pavillon auf der Venedig-Biennale bespielt hatte. Wir unternahmen in Delhi eine Tour zu den britischen Denkmalshinterlassenschaften, bei der er mir von kritischen indischen Perspektiven und Kunstprojekten erzählte und ich von meinen Erkenntnissen zum Umgang mit Monumenten und Kolonialgeschichte in Ghana, Nigeria und Kenia berichtete. Ich denke, ein solcher intellektueller und kultureller Austausch stärkte auch das Ansehen des Goethe-Instituts in den Augen seiner Kulturpartner – so jedenfalls meine Hoffnung. Ähnliches galt für viele eher heikle Gespräche, etwa mit palästinensischen Aktivistinnen in Jordanien, die ihre Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut wegen Deutschlands Haltung zu Israel abbrechen wollten, oder mit Preisträgerinnen, die deshalb die Goethe-Medaille zurückzugeben beabsichtigten.

Dies alles war nicht nur eine Frage meiner internationalen Erfahrungen, sondern vor allem eine Frage der Haltung. Meine Überzeugung war eben nicht, dass Deutschland eine moralisch-politische Mission in der Welt übernehmen müsse, sondern in erster Linie Vielfalt, Kooperation und Koproduktion zentrale Leitlinien der internationalen Kulturarbeit sein sollten. Diese Grundhaltung – die nicht nur Ethnologen haben – erwies sich als furchtbare Basis für die Interaktion mit ausländischen Partnern, und entsprach dem Bild, das das Goethe-Institut von sich vermitteln wollte.

Die Ethnologin als „Übergangspräsidentin“?

Ein freundschaftliches Gespräch mit einem Journalisten der Deutschen Welle während eines Besuchs im Senegal gewann für mich im Rückblick eine besondere Bedeutung. Wenige Tage

vor dem großen russischen Angriff auf die Ukraine—dessen Tragweite sich bereits andeutete—nahm ich in Dakar an der Grundsteinlegung für ein neues Gebäude des Goethe-Instituts teil. Nach dem Ende des offiziellen Programms besichtigten der Journalist und ich das „Monument der afrikanischen Wiedergeburt“, und während wir die Treppenstufen hinaufstiegen, sprachen wir über persönliche Zukunftsperspektiven und über die Frage, ob es für eine Organisation wie das Goethe-Institut einen Unterschied macht, wer an ihrer Spitze steht.

Angesichts des eine gerechtere Zukunft beschwörenden senegalesischen Monuments war meine spontane Antwort, dass ich mich als eine „Übergangspräsidentin“ verstehe. Ich stand wie meine Vorgänger für ein Verständnis von deutscher Kulturpolitik, das auf historischer Verantwortung beruht, insbesondere im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Als Ethnologin hatte ich einen internationalen Lebensweg eingeschlagen, der auf der Neugier auf und Offenheit für andere Gesellschaften, insbesondere auch in der außereuropäischen Welt, beruhte. Das Thema des Kolonialismus und der europäischen Verantwortung für koloniale Gewaltverbrechen konnte ich im Goethe-Institut stärken; damit einher gingen eine klare Haltung gegen Rassismus und die Überzeugung, dass wir uns den bereichernden kulturellen Austausch mit der Welt nicht durch westeuropäische Überheblichkeit oder missionarischen Werte-Eifer verstellen sollten. Zugleich war mir aber bewusst, dass ich die Tür zu mehr Diversität in der Besetzung hochrangiger kulturpolitischer Ämter in einer postmigrantischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik nur aufgestoßen hatte. Über kurz oder lang, so meine Vision, könnte die Präsidentschaft des Goethe-Instituts—das kulturpolitische Gesicht (und die Stimme) Deutschlands in der Welt—auch von einer Schwarzen Deutschen oder einem Präsidenten etwa mit türkischen oder syrischen Vorfahren verkörpert werden.

Aus heutiger Perspektive wirkt diese Erwartung allerdings wie der Ausdruck eines Moments, der bereits im Begriff war zu verschwinden. Russlands Krieg gegen die Ukraine, die Kriege im Nahen Osten und im Sudan sowie autoritäre Entwicklungen in den USA und vielen anderen Ländern haben die Rahmenbedingungen internationaler Kulturarbeit grundlegend verändert. Die Anforderungen an Institutionen wie das Goethe-Institut verschieben sich spürbar. An die Stelle von Zuhören, Offenheit, Dialog und pluraler Repräsentation tritt zunehmend der Anspruch, Kultur als Mittel der Selbstbehauptung und der Vermittlung nationaler Interessen einzusetzen.

Internationale Kultur- und Bildungsarbeit gerät damit unter einen wachsenden Rechtfertigungsdruck. In Zeiten geopolitischer und geoökonomischer Krisen wird ihr Eigenwert zunehmend infrage gestellt. Um öffentliche Mittel zu sichern, sieht sie sich gezwungen, ihre Bedeutung in einer Sprache zu begründen, die von außenpolitischen Zielsetzungen geprägt ist. Der Begriff der „Soft Power“, den ich lange gemieden habe, weil er kulturellen Austausch auf ein politisches Instrument reduziert, gewinnt in diesem Zusammenhang eine neue, ambivalente Rolle. In einer Welt, die immer stärker von Sicherheitsdenken und machtpolitischen Logiken bestimmt ist, erscheint es schon als Erfolg, wenn Kulturarbeit überhaupt noch als weniger konfrontatives Mittel der Politik anerkannt wird. Jedenfalls werden angesichts einer weltweiten neonationalistischen Kulturwende die Spielräume für eine liberale postnationalstaatliche und postkoloniale Kulturpolitik, für die ich als Präsidentin des Goethe-Instituts stand, enger. Der Spagat zwischen einer Verteidigung offener kreativer ästhetischer Formate „ohne“ Zweckbindung und beherztem Eintreten für Demokratie und die in der europäischen Aufklärung begründeten Werte wie Freiheit, Gleichheit, Vernunft, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit wird schwieriger.

Gerade unter diesen Bedingungen wird die Verteidigung der inneren Unabhängigkeit des Goethe-Instituts besonders wichtig. Diese Unabhängigkeit zeigt sich nicht nur in formalen Strukturen, sondern vor allem in der gelebten Praxis: in der Fähigkeit zur Selbstkritik, in dezentralen Entscheidungswegen, in einer konsequenten „bottom-up“-Arbeitsweise und im Erhalt von Freiräumen für offene, nicht vollständig planbare kreative Prozesse. Diese Prinzipien geraten zunehmend unter Druck, weil politische Erwartungen stärker auf Steuerbarkeit, Effizienz und unmittelbare Wirkung zielen. Wie sich neue politische Prioritäten—etwa die stärkere Gewichtung von Sicherheit gegenüber Freiheit und internationaler Gerechtigkeit—langfristig auf den Kulturaustausch auswirken werden, lässt sich noch nicht abschätzen.

Meine Hoffnung für das Goethe-Institut gründet sich weniger auf kurzfristige Reformen als auf die Resilienz seiner gewachsenen Strukturen. Dazu gehören zum einen seine weltweite Präsenz und dezentrale Organisation. Das über viele Jahre aufgebaute Vertrauen in lokale Expertise hat das Institut geprägt und ihm Glaubwürdigkeit verliehen. Gerade diese Erfahrungen ermöglichen es, kulturelle Arbeit nicht als bloße Verlängerung staatlicher Interessen zu betreiben, sondern als ernst gemeinten offenen Austausch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten. Zum anderen gehört dazu die rechtliche Form und Funktionsweise als unabhängiger zivilgesellschaftlich verankerter Verein. Diese Vereinsstruktur zu stärken, sie demokratischer, diverser und widerstandsfähiger zu machen, war mir ein wichtiges Anliegen.

Gerade in dieser dezentralen, zivilgesellschaftlich fundierten Arbeitsweise des Goethe-Instituts—der eigenen historischen Rolle bewusst, dialogisch, selbstkritisch, offen und nicht auf kurzfristige Zwecke ausgerichtet—sehe ich die eigentliche Stärke internationaler Kulturarbeit. Sie liegt nicht in ihrer strategischen Verwertbarkeit, sondern in ihrer Glaubwürdigkeit. Diese Form von Kulturarbeit hält Widersprüche aus, macht Differenzen sichtbar und schafft Räume für Verständigung. Darin besteht ihre demokratische Qualität—und, wenn man die Sprache der „Soft Power“ benutzen will, letztlich auch die überzeugendste Form der „Werbung“ für Deutschland und seine Demokratie. Diese Form der Kulturarbeit zu unterstützen und die Resilienz der Strukturen des Goethe-Instituts zu stärken, war mein Beitrag als Ethnologin auf dem Präsidentenamt.

ANHANG I

Ausgewählte Reden, 2020-2024²²

Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts? Hintergründe und Perspektiven Vorstellungsrede vor dem Präsidium des Goethe-Instituts e.V., Berlin, 27. September 2019

Erst vor sieben Wochen erhielt ich einen überraschenden Anruf von Klaus-Dieter Lehmann, ob ich mir vorstellen könnte, für die Präsidentschaft des Goethe-Instituts zu kandidieren. Ich zögerte, weil ich mich eigentlich als Wissenschaftlerin sehe und nach meiner Pensionierung weiter forschen und Bücher schreiben wollte. Doch rasch wuchs meine Neugier und das Interesse an diesem neuen Amt—an einer Arbeit im Kontext der Kulturpolitik, von der ich erwartete, dass sie nicht so kurzatmig ist wie die unmittelbar politische Außenpolitik.

Sie fragen sich: Wer ist Carola Lentz? Ein umfassend neugieriger Mensch, der sich mit großer Leidenschaft und Engagement in neue Wissensbereiche, Tätigkeitsfelder und Aufgaben einarbeitet. Das neue Feld Goethe-Institut knüpft in produktiver Weise an Themen an, denen ich mich als Forscherin seit vielen Jahren gewidmet habe: zum Beispiel Erinnerungspolitik und Museumsarbeit sowie Fragen der Dekolonialisierung und „Provinzialisierung“ Europas. Es lassen sich auch Verknüpfungen und Allianzen zum Thema internationaler Wissenschaftspolitik und -förderung vorstellen, mit der ich in jüngster Zeit viel zu tun hatte. Das neue Amt bietet mir aber auch eine einmalige Chance, viele Bereiche meiner Biografie und Interessensgebiete, die ich bisher aus meinem Beruf als Wissenschaftlerin gewissermaßen heraushalten musste, zu integrieren und fruchtbar zu machen. Ich bin eine passionierte Opern- und Theatergängerin, besuche viele in Ausstellungen, lese neuere Literatur, auch und gerade Weltliteratur. Ich habe früher bei Peter Zadek in Bochum ein paar Monate Dramaturgieassistentin gemacht, bei der Zeitschrift *Theater heute* gearbeitet, in studentischen Theatergruppen mitgespielt und singe seit Jahren in einem Chor. Und sogar mein Germanistikstudium und die Erfahrungen als Deutschlehrerin und der Lehrversuch mit Darstellendem Spiel sind plötzlich kein biografischer Umweg mehr, sondern können mir in meinem neuen Amt nützlich werden.

Außerdem habe ich Verwaltungserfahrungen, wenngleich nicht in einer Großorganisation mit über dreitausend Mitarbeitern wie dem Goethe-Institut. Im Kleinen habe ich aber durchaus sehr umfangreiche Leitungserfahrungen, und zuletzt als Vizepräsidentin der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften war und bin ich auch mit Leitungsaufgaben in einem durchaus konfliktreichen Feld betraut. Ich bin eine Teamspielerin, die sich auf die Unterstützung und Beratung durch das Präsidium sowie den Vorstand und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Goethe-Institut freut und sich darauf angewiesen sieht. Auf die Zusammenarbeit jedenfalls freue ich mich sehr.

Im Feld der Politik kenne ich mich noch nicht so gut aus, jedenfalls nicht als aktive Teilnehmerin. Politikethnologie, also die Erforschung komplexer Machtbeziehungen, strategischer Gruppen und politischer Organisationsformen, ist aber einer meiner Forschungsschwerpunkte. Ich habe staatliche Verwaltungen und nicht-staatliche Gesellschaften erforscht, NGOs und ethnische Bewegungen. Aber als Wissenschaftlerin liegt mir natürlich immer an der

²² Diese und weitere Reden (bis auf die Vorstellungsrede von 2019) sowie Links auf verschiedene Radio- und Fernsehsendungen stehen auch auf der Homepage des Goethe-Instituts; dort ist auch ein Link auf die englischsprachigen Reden; vgl. <https://www.goethe.de/de/uun/prs/int/len.html>.

Komplexitätssteigerung; unser Motto ist, dass die Dinge komplizierter sind, als man auf den ersten Blick denkt. Unsere Methode des Beobachtens und der Multiperspektivität, des Verstehenswollens aus unterschiedlichen Teilnehmerperspektiven, würde mir aber auch in meinem neuen Amt nützlich sein. Allerdings, und das ist mir durchaus klar, werde ich auch Komplexitätsreduktion lernen müssen, die dann Entscheidungen ermöglicht.

Sie erwarten jetzt hoffentlich kein ausgearbeitetes Programm für meine Amtszeit, die ja auch erst in einem Jahr, Ende 2020 beginnen wird. Aber ich habe mich in einigen Gesprächen und durch die Konsultation von Dokumenten auf der Webseite kundig gemacht und sehe für mich vier Herausforderungen.

Erstens die produktive Weiterentwickeln der internen Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen, mit der Herausforderung, dass eine Zentrale mit vielen teilautonomen Außenstellen in Verbindung bleiben und die Kommunikation gut und produktiv in beide Richtungen laufen sollte. Man könnte das vielleicht mit einem Orden vergleichen, der auch ein Mutterhaus und viele Außenklöster hat, die jeweils mit ihren unterschiedlichen Umwelten kommunizieren und sich partiell anpassen müssen, aber doch auch die Ordensregel des Mutterhauses vertreten sollen. Klaus-Dieter Lehmann hat hier Großartiges geleistet, in der Regionalisierung der Arbeit, und ich freue mich, die Regionalleiter und ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte kennenzulernen.

Zweitens. Eine Ethnologin auf das Amt der Präsidentin zu berufen, ist per se schon ein politisches Statement in Richtung auf Dekolonialisierung und Dezentrierung oder besser: Multilateralisierung der Kulturpolitik. Mein Fach hat schon immer einen produktiven Kulturrelativismus vertreten, also die Position der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Kulturen. Und es hat sehr früh, schon seit den 1960er Jahren, über die Problematik neuer Wissensordnungen in einer postkolonialen Welt nachgedacht. „Krise der Repräsentation“ war das Stichwort, unter dem die Debatten geführt wurden—eigentlich bis eigentlich heute, wenngleich auch unter teilweise neuen Begrifflichkeiten. Mir ist aber natürlich auch klar, dass das Goethe-Institut nicht nur im Globalen Süden unterwegs ist, sondern auch in Europa, Nordamerika, Zentralasien, Ostasien und vielen weiteren Gegenden, die niemals im klassischen Sinne kolonialisiert waren. Zu erfahren, wie hier die mir aus Afrika und Südamerika vertrauten Debatten geführt werden—darauf freue ich mich.

Drittens. Konkret wird sich in den nächsten Jahren die Herausforderung stellen, gemeinsame deutsch-französische Institute aufzubauen—und möglicherweise auch noch in größeren europäischen Netzwerken nachzudenken über eine europäische Kulturpolitik. Das sehe ich als große Herausforderung an, nicht zuletzt auch, weil verschiedene Verwaltungsstrukturen aufeinandertreffen und weil die Außenkulturpolitik in verschiedenen Ländern ganz unterschiedlich gehandhabt wird. Deutschlands Weg, Kulturpolitik wesentlich durch „zivilgesellschaftliche“ Träger durchführen zu lassen, ist recht einmalig. Wobei man durchaus über die Kennzeichnung des Goethe-Instituts als „Zivilgesellschaftsorganisation“ diskutieren könnte, denn klassischerweise würde man Institutionen, die staatliches Geld erhalten, nicht als zivilgesellschaftlich bezeichnen. Aber genau wie Kultur ist Zivilgesellschaft ein Begriff, den wir gerade in seiner Unschärfe und Deutungsoffenheit in der politischen Debatte als Kontaktzone brauchen.

Und viertens sehe ich die Herausforderung, dass uns in den nächsten Jahren genau wie schon in jüngster Vergangenheit ein schärferer politischer Wind entgegenwehen wird, was die Frage der Verpflichtung des Goethe-Instituts auf „Sprache. Kultur. Deutschland“ betrifft. Was ist

deutsche Kultur, die exportiert, außenpolitisch repräsentiert werden soll? Und nicht nur in Deutschland, in vielen Ländern der Welt werden die Freiräume für multilaterales und tolerantes, kulturoffenes Denken enger. Nationalismen älterer Prägung und Tendenzen der Schließung verschaffen sich vielerorts Gehör. Hier hat das Goethe-Institut auch im Inland eine wichtige Rolle zu spielen, indem es die kulturelle Vielfalt, mit der es in den auswärtigen Instituten zu tun hat, in die deutsche Diskussion zurückbringt—nicht nur in Berlin, sondern auch in den Bundesländern. Das geschieht zum Teil schon; das Humboldt-Forum bietet eine großartige Chance; aber auch über weitere organisatorische Formen wird nachzudenken sein. Hierzu würde ich gern beitragen

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken—und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, wenn ich denn als Präsidentin gewählt werde.

Kultureller Austausch und multiple Identitäten

Rede zum Amtsantritt, München, 13. November 2020

[...] Wer durch den Kaneshie-Markt in der ghanaischen Hauptstadt Accra schlendert, ist beeindruckt von den meterhohen Stapeln mit farbenfrohen Stoffen, die dort angeboten werden. „Come in“, rufen einem die Händlerinnen nach, „I have real wax for you“, die echten, das heißt durchgefärbten Batikstoffe. „Darin wirst du wie eine richtige Ghanaerin aussehen“, fügen sie hinzu, wenn eine Europäerin stehen bleibt. Manche Muster der von ihnen angepriesenen sogenannten Waxprints sind neue Kreationen. Andere gibt es schon seit vielen Jahren, und sie tragen Namen wie „Rücken der Schildkröte“ oder „Wenn du heiraten willst, frage mich“. Jede Frau in Ghana—und anderen afrikanischen Ländern—ist stolz darauf, viele unterschiedliche Stoffe und daraus geschneiderte Outfits für die verschiedensten Anlässe zu besitzen. Wer es sich leisten kann, trägt „real Dutch wax“. Eine preiswertere Alternative sind die bedruckten, nicht gebatikten „fancy prints“.

Waxprints gelten in Ghana als „traditionell ghanaisch“. In Zentral- und Südafrika werden sie als „westafrikanisch“, in Europa oder den Vereinigten Staaten als „typisch afrikanisch“ etikettiert. Sie sind aber eigentlich ursprünglich asiatisch und Teil einer langen, wechselvollen Geschichte von globalen Verflechtungen. Wirtschaftliche Profitinteressen und politische Machtverhältnisse sind in sie ebenso eingewoben wie eigensinnige Konsum-Entscheidungen und kreative Aneignungen.

Seit dem 16. Jahrhundert handelten zuerst die Portugiesen, dann die Niederländische Ostindien-Kompanie mit kunstvollen, handwerklich gefertigten Stoffen aus Nord-Indien und Java. Asiatische Batikstoffe und Kalikos wurden in Europa immer beliebter. Sie spielten aber auch eine wichtige Rolle als Währung im Sklavenhandel. Nicht nur Europäerinnen, auch vermögende Westafrikanerinnen wollten diese farbenprächtigen Stoffe tragen. Verschiedene britische und niederländische Firmen versuchten sich darum an industriell gefertigten Imitaten. Die fielen aber zunächst durch. Erst nach gründlicher Erforschung afrikanischer Vorlieben und mit verbesserten Produktionstechniken gelang es Textilfabrikanten in Manchester, ein in Westafrika akzeptables Produkt herzustellen.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts boomte die afrikanische Nachfrage, und Batikstoffe javanischen Stils wurden immer begehrt. Um 1900 schließlich gelang es der niederländischen Firma

Vlisco, die indische und javanische Batikkunst mit industriellen Verfahren überzeugend zu imitieren. Der „real Dutch wax“ wurde zum großen kommerziellen Erfolg – ein Erfolg, der auf der engen Zusammenarbeit europäischer Produzenten mit afrikanischen Konsumentinnen basierte.

Nach der Unabhängigkeit Ghanas entstanden lokale Textilfabriken, die „real wax“ und „fancy prints“ produzieren. Seit den 2000er Jahren drängen aber zunehmend Stoffe aus chinesischer Produktion auf die afrikanischen Märkte. Doch die Kundinnen bleiben eigensinnig und unterscheiden sehr genau zwischen unterschiedlichen Stoffqualitäten. Auch chinesische Produzenten haben nur Erfolg, wenn sie eng mit afrikanischen Designern, Importeuren und Kundinnen zusammenarbeiten, wie auch schon zuvor Vlisco und die Firmen aus Manchester.

Waxprints sind also Teil einer verflochtenen Geschichte mit unterschiedlichen Akteuren in der ganzen Welt – einer Geschichte der Asymmetrie und Gewalt, der wirtschaftlichen Ausbeutung und Konkurrenz, aber auch der selbstbewussten kulturellen Aneignungen und ästhetischen Werturteile. Kleidung setzt Zeichen im öffentlichen Raum und markiert soziale Zugehörigkeiten. Die javanisch-niederländisch-ghanaisch-chinesischen Waxprints können aber unterschiedliche Bedeutungen evozieren. Der nigerianisch-britische Künstler Yinka Shonibare etwa arbeitet in seinen Installationen mit Kleidung im europäisch-viktorianischen Stil, aber aus afrikanischen Stoffen, um den Kolonialismus anzuprangern; so stellen in „Scramble for Africa“ sechzehn kopflose Figuren in Waxprints die Berliner Kongokonferenz von 1884/85 nach. Ein ganz anderes Beispiel: zwei Kamerunerinnen in München entwerfen aus Waxprints gefertigte bayerische „Dirndl à l’Africaine“ – „ein kreativer, spannender Austausch der Weltkulturen“, wie die Designerinnen auf ihrer Webseite schreiben.

Warum erzähle ich Ihnen diese Stoff-Geschichten? Weil sie zeigen, dass sich kulturelle Traditionen aus vielen Quellen speisen und immer wieder neu angeeignet und umgedeutet werden. Kultur ist ein Gewebe aus Elementen unterschiedlicher Herkunft, mit vielfältigen Mustern und Farben. Viele Produzentinnen haben daran mitgewirkt. Unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen blenden aber manche Gemeinschaften diesen vielschichtigen Produktionsprozess aus. Sie reklamieren sein Resultat als ihre ureigenste Tradition, die sich deutlich von der ihrer nahen und fernen Nachbarn unterscheidet. Dann wird etwa von ghanaischer Identität, deutscher Lebensart, britischer Mentalität oder französischem Habitus gesprochen, oder die europäische Zivilisation wird der islamischen Welt gegenübergestellt. Gerade heute scheinen wir in einer Zeit der Vereinfachungen und Zuspitzungen zu leben. Die Grenzen zwischen Nationen und Religionen werden fester gezogen und als unverhandelbar markiert. Auch viele soziale Bewegungen reklamieren die Differenz, um die herum sie sich organisieren – sei es Gender, Hautfarbe, regionale Herkunft, Religion oder politische Ideologie – als ihre zentrale Identität. Gruppeninterne Vielfalt wird dann heruntergespielt oder sogar geleugnet.

Doch wir haben alle multiple Identitäten. Wir gehören immer unterschiedlichen Kollektiven gleichzeitig an. Nie teilen wir mit anderen Menschen alle denkbaren sozialen Merkmale. Nie unterscheiden wir uns in jeder Hinsicht radikal von anderen Menschen. Welche Zugehörigkeit, welche Ähnlichkeit und welche Differenz gerade im Vordergrund stehen, hängt vom Handlungsfeld ab. In der Schule etwa wird nach Alter sortiert, im Berufsleben nach Leistung, in der Liebe nach Attraktivität, im Heimatverein nach regionaler Herkunft, in den sozialen Medien nach politischer Orientierung. Außerdem variiert die Wichtigkeit unterschiedlicher Zugehörigkeiten in verschiedenen Phasen unserer Biografie. Und schließlich betonen wir in verschiedenen Situationen und gegenüber verschiedenen Publika jeweils andere Zugehörigkeiten. Wer eben noch in einer Fernseh-Talkshow den teamfähigen Unternehmer gab, wird zu

Hause vielleicht zum autoritären Patriarchen und in der Kneipe zum sentimental Karaoke-Singer. Typisch sind also Multiplizität und Ambivalenz. Hier eindeutig abgegrenzte Mitgliedschaften und eindimensionale Identitäten inklusive dazugehöriger Feindbilder herzustellen, ist enorm aufwändig. Das zeigt sich etwa in der Energie, mit der religiöse Sekten oder dogmatische soziale Bewegungen ihre Mitglieder von „verunreinigenden“ Kontakten fernzuhalten versuchen.

Hier sehe ich eine der großen Aufgaben, zu denen das Goethe-Institut durch seine weltweite Arbeit beitragen kann. Es gilt, die Kontingenz der Zugehörigkeiten offenzulegen und die Pluralität der Identifikationen zu verteidigen. Gerade angesichts der prinzipiellen Offenheit und Ungewissheit menschlicher Lebenserfahrung brauchen wir bereichernde grenzüberschreitende Begegnungen und kulturellen Austausch. Mehrsprachigkeit, wie sie das Goethe-Institut fördert, erweitert die Perspektiven auf die Welt. Künstlerische Produktionen öffnen spielerisch Möglichkeitsräume. Sie erlauben, sich die Welt auch anders vorzustellen und – im besten Fall – die gemeinsame Humanität zu entdecken.

Diese Vision von Kultur bedeutet nicht, die bedrückende Realität von Gewalt und Machtgefällen in unserer Welt zu leugnen. Immer wieder ziehen autoritäre Regierungen, intolerante Religionsführer oder skrupellose Kriegsherren rigide Grenzen, schließen Fremde aus und erzwingen unbedingte Loyalität. Die eindeutige Zuschreibung von Identitäten kann tödliche Folgen haben – man denke etwa an Racial Profiling, wie es die Black Lives Matter Bewegung brandmarkt, an antisemitische Überfälle rechtsradikaler Akteure oder die islamistisch motivierten Morde an Christen. Um in solchen Kontexten effektiv politisch zu agieren, setzen viele soziale Bewegungen und diskriminierte Gruppen temporär auf einen „strategischen Essentialismus“, um ein Konzept der Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak aufzugreifen. Im Interesse der politischen Handlungsfähigkeit werden dann die interne Heterogenität heruntergespielt und die gemeinsame Identität betont. Doch Spivak sieht dies als strategisch-taktische Option auf Zeit, nicht als langfristiges Ziel.

Um eine lebenswerte und friedliche Welt zu bauen, brauchen wir – davon bin ich überzeugt – eine offene Vision von Kultur. Wir sollten uns Kultur als farbenfrohes, vielfädiges Gewebe wie die Waxprints aus Ghana vorstellen, als vielstimmiges Gebilde, veränderbar, zukunfts offen und vor allem: die Menschen verbindend, nicht trennend. Ich freue mich darauf, das Goethe-Institut als Präsidentin künftig dabei zu unterstützen, solche Vielstimmigkeit zu fördern, Begegnungen zu ermöglichen und so an der Gestaltung einer demokratischen, gewaltfreien, toleranten Welt mitzuwirken. Das bedeutet, um mit Goethe zu sprechen, „das Unmögliche behandeln, als wenn es möglich wäre“.

Dabei geht es mir erstens um ein gemeinsames Überdenken der Rolle Deutschlands in einer postkolonialen Ära. Wir müssen lernen genau zuzuhören. Was haben uns Menschen in den ehemaligen Kolonien und generell im Globalen Süden zu sagen? Was können wir von unseren europäischen Nachbarn lernen? Wie können wir mit unseren Partnerinnen in aller Welt gemeinsam Sprach- und Kulturarbeit angehen? Wichtig sind dabei transparente Kommunikation und offene Auseinandersetzung mit den Asymmetrien, dem Machtgefälle, in dem solche transkulturellen und transnationalen Begegnungen stattfinden.

Am Herzen liegt mir zweitens der Rücktransfer der Erfahrungen, der Expertise und der kulturellen Produktionen aus den zahlreichen Standorten des Goethe-Instituts. Diese Schätze aus der ganzen Welt gilt es zu heben und hier, in Deutschland, bekannt und fruchtbar zu machen. In meiner Vorbereitung auf das neue Amt konnte ich schon einige der vielen außerordentlich

interessanten Projekte des Instituts kennenlernen. Sie geben mir die Gewissheit, dass wir in den nächsten Jahren auf diesem Weg gemeinsam ein Stück vorankommen können.

[...] Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts, auf regen Ideenaustausch und gemeinsames Lernen. Und last but not least freue ich mich auf die Begegnungen und Kooperation mit den Kollegen und Kolleginnen des Auswärtigen Amts; mit den Abgeordneten des Bundestags, die die Arbeit des Goethe-Instituts schon so oft unterstützt haben; und mit den kultur- und bildungspolitischen Partnerorganisationen im In- und Ausland, mit denen das Institut zusammenarbeitet. Gemeinsam können wir einen farbenfrohen, vielfädigen „Stoff“ produzieren, der schützt und schmückt – wie ein Waxprint.

Was Literatur kann: Resonanz, Perspektivwechsel, Reflexion

Grußwort zur Eröffnung der Deutsch-Israelischen Literaturtage, Berlin, 1. September 2021

[...] Ich bin eine begeisterte Leserin von Literatur, und darum freut es mich besonders, dass ich Sie heute Abend zu der diesjährigen Ausgabe der Deutsch-Israelischen Literaturtage begrüßen darf. Zurzeit lese ich gerade mit großem Interesse von Zeruya Shalev „Schicksal“. Shalev verwebt die Lebensgeschichten und Traumata zweier Frauen aus unterschiedlichen Generationen mit der Geschichte Israels. Die biografische Spurensuche von Rachel und Atara, ihre bruchstückhaften Erinnerungen und Reflektionen, springen zwischen konfliktbeladener Staatsgründung und gesellschaftspolitischen Zerwürfnissen der Gegenwart hin und her. Es geht um Liebe und Verrat, politische Visionen und gescheiterte Illusionen. Und darum, dass es keine eindeutigen, klaren Interpretationen, keine letzten Bewertungen geben kann.

Mein intensivstes Leseerlebnis während des ersten Lockdowns letztes Jahr war Amos Oz, „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“. Ob man es nun als Roman oder als Autobiografie liest: auch diese Lebenserinnerungen bieten tiefe Einblicke in die israelische Geschichte, die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern und die vielfältigen europäischen Netzwerke, in die sie eingespannt sind. Vor allem erzählt Oz von der Anziehungskraft von Büchern – von Literatur und Wissenschaft – die der kleine Amos durch seinen Bibliothekars-Vater und seinen gelehrten Großonkel Joseph Klausner kennenlernt. Bücher, aber auch die magischen Geschichten, die die Mutter erzählt, werden dem Jungen zum Überlebensmittel. Und das eigene Schreiben wird zur Annäherung an die Geschichte der Eltern und besonders der depressiven Mutter.

Literatur hat diese großartige Fähigkeit, komplexe Realitäten zu beschreiben. Sie kann in den individuellen, unverwechselbaren Geschichten die große Geschichte sichtbar machen. Sie arbeitet nicht mit holzschnittartigem Schwarz-Weiß; wenn sie uns zu packen vermag, dann weil sie ihre Personen nicht auf ideologisierte, unversöhnliche, eindimensionale Positionen reduziert. Literatur ist dadurch auch fähig, Bestehendes in Frage zu stellen und scheinbar Unlösbares weiterzudenken. Sie lotet Verschiedenheit aus, verbindet aber auch. Sie bietet Raum für Reflexionen über Geschichte, Gegenwärtiges und Zukünftiges.

Wir brauchen diesen Resonanz- und Reflexionsraum, den Literatur bieten kann, gerade in Zeiten der Krise. Tagtäglich strömt eine Flut von Nachrichten über unsere Bildschirme. Im Moment sind es bedrückende Bilder aus Afghanistan; vor kurzem standen die Proteste und

Repressionen in Belarus im Mittelpunkt. Vor drei Wochen war es die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, die auf dramatische Weise an die Realität der Klimakrise erinnerte. Dann gibt es bedrohliche schleichende Entwicklungen, die darüber fast in Vergessenheit geraten können: illiberale Diskurse und Verschwörungstheorien, die sich mit jeder Krise wie Corona verschärfen; der zunehmende Antisemitismus, der sich immer wieder auch in offener Gewalt manifestiert. Diese Nachrichten treffen uns mit solcher Geschwindigkeit, dass wir sie kaum verarbeiten können. Wir sind in Gefahr, abzustumpfen, den Kanal zu wechseln, den Fernseher, Computer oder das Smartphone auszuschalten. Ich glaube, gerade hier liegt eine besondere Chance von Literatur: Sie bietet uns an, einen Moment lang innezuhalten. Zu Lesen, zu Atmen, einen Text auf uns wirken zu lassen. Die Verhältnisse und Krisen anders zu beleuchten. Die Perspektiven zu vervielfältigen.

Die Texte und Gespräche der neun Autorinnen und Autoren aus Israel und Deutschland, die wir in den kommenden zwei Tagen erleben dürfen, können sicher keine einfachen Antworten auf die aktuellen Krisen geben. Aber sie können uns Wege eröffnen, um nicht nur die Welt, sondern auch unser Gegenüber—andere Gesellschaften—besser zu verstehen. Sie können uns Möglichkeiten aufzeigen für einen offenen, konstruktiven Umgang miteinander—etwas, was gerade für die deutsch-israelischen Beziehungen von großer Bedeutung ist.

Angesichts der rezenten Debatten über den israelisch-palästinensischen Konflikt, über Antisemitismus und wie damit umzugehen ist, über die aktuellen Verschiebungen im erinnerungspolitischen Diskurs müssen wir an offenem Dialog und lebendiger Begegnung festhalten. Die Deutsch-Israelischen Literaturtage—eine schon fünfzehn Jahre alte Tradition—zeigen eindrücklich, dass ein kontinuierlicher, neugieriger und respektvoller Austausch zu komplexen Problemen möglich ist. Für solche offenen Dialogräume müssen und wollen wir uns stark machen! [...]

Von der Osterweiterung zur zivilgesellschaftlichen Vernetzung. Das Goethe-Institut in Europa

Rede anlässlich der Eröffnung des neuen Institutsgebäudes in Riga, 9. September 2021

[...] Im August 2001 war ich zum ersten Mal in Riga, zehn Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands. Auf meiner Studienreise durch das Baltikum—übrigens teilweise mit dem Fahrrad—hat mich damals in Riga besonders die Aufsichtung der wechselvollen Geschichte in der Architektur fasziniert: das bauliche Erbe der baltisch-deutschen Elite, Jugendstil und Bauhaus, die Hinterlassenschaften der Sowjetzeit, die sorgfältige Restaurierung von Baudenkmälern in jüngerer Zeit.

Heute, zwanzig Jahre später, darf ich wieder hier sein, um gemeinsam mit Ihnen das neue Gebäude des Goethe-Instituts zu eröffnen. Auch „Bergs Bazaar“, in dem das Institut liegt, ist ein herausragendes architektonisches Zeugnis der komplexen Geschichte Rigas. Es zeugt von der ersten Partizipation ethnischer Letten an städtischen Handelskreisen um 1900, vom Verfall nach der sowjetischen Enteignung, von der ehrgeizigen Instandsetzung historischer Gebäude nach der Unabhängigkeit.

Dieser Abend ist auch für mich persönlich von besonderer Bedeutung. Denn es ist meine erste „echte“ Reise an ein Goethe-Institut im Ausland seit meinem Amtsantritt als Präsidentin im

November letzten Jahres. Bislang hat Corona das Reisen verhindert. [...] Das Goethe-Institut feiert dieses Jahr sein siebenzigjähriges Bestehen. Das war ein willkommener Anlass, mich mit der Institutsgeschichte zu beschäftigen und zu fragen, was wir daraus für die Zukunft unserer Arbeit, insbesondere im europäischen Kontext, lernen können. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam in aller gebotenen Kürze drei Stationen der Geschichte der Arbeit des Goethe-Instituts in und mit Europa abschreiten – eine Geschichte, die auch die sich wandelnde Bedeutung von Europa für die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spiegelt.

Die erste Station: Europa als wichtigstes Aktionsfeld in den 1950er und 1960er Jahren.

Das Goethe-Institut wurde 1951 als Nachfolger der Deutschen Akademie gegründet, einer Vereinigung aus der Weimarer Republik zur Erforschung und Verbreitung deutscher Kultur. Zu Goethes einhundertstem Todestag im Jahr 1932 richtete die Deutsche Akademie eine Goethe-Institut genannte Abteilung für den Sprachunterricht ein. Die Akademie arbeitete eng mit der staatlichen Außenpolitik zusammen, war aber ein unabhängiger Verein. Doch das nationalsozialistische Regime vereinnahmte dann die Akademie und ihre Kultur- und Spracharbeit, um seine gewalttätige Expansionspolitik ideologisch zu flankieren.

Davon wollte sich die westdeutsche Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg distanzieren. Nach Innen föderalisierte sie die Kulturpolitik, legte sie also in die Verantwortung der Bundesländer; mit der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beauftragte sie einen zivilgesellschaftlichen Verein, das wiedergegründete Goethe-Institut. Es sollte helfen, Deutschlands Ruf in der Welt wieder herzustellen.

Das Institut bildete zunächst ausländische Deutschlehrer im Inland fort. Aber schon bald wurde auch im Ausland Deutschunterricht erteilt. Das erste Auslandsinstitut öffnete 1952 in Athen seine Türen. Der regionale Schwerpunkt lag in den Anfangsjahren auf dem Nahen Osten und dem Mittelmeerraum, darunter vor allem Griechenland, aber auch Italien – westeuropäische Nachbarn, die im Zweiten Weltkrieg besonders unter dem Nationalsozialismus hatten leiden müssen. Ende der 1950er Jahre kam zur Spracharbeit die Kulturarbeit dazu, und das Institutsnetzwerk erweiterte sich rasant, als das Auswärtigen Amt seine gut einhundert Kulturinstitute im Ausland nun dem Goethe-Institut unterstellte. Das Goethe-Institut brauchte einen verlässlichen Geldgeber; die Bundesregierung sah im Goethe-Institut einen geeigneten Bündnispartner in der Ost-West-Konkurrenz.

In gewisser Weise war die Expansion des Goethe-Instituts also ein Effekt des kalten Krieges. Die DDR hatte 1951 das Herder-Institut in Leipzig zur Ausbildung von Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache gegründet. Und sie hoffte, durch eine attraktive Kultur- und Bildungspolitik im Ausland internationale Anerkennung als souveräner Staat zu erlangen. Die BRD war dagegen zunächst zurückhaltend, förderte dann aber das Goethe-Institut im Bestreben, sich in der Welt als „das bessere Deutschland“ zu präsentieren.

Die zweite Station: Ost-West-Annäherung in den 1970er Jahren und „Osterweiterung“ seit Ende der 1980er Jahre

Für das Goethe-Institut waren Mittel- und Osteuropa im Kontext des Kalten Krieges lange Zeit ein „gesperrtes Feld“. Hier war die DDR mit sogenannten Kultur- und Informationszentren vertreten, die auch Deutschkurse anboten. Erst mit der Entspannungspolitik der 1970er Jahre kam es zu Lockerungen. 1970 konnte das Goethe-Institut eine Zweigstelle in Belgrad eröffnen, 1971 Fortbildungskurse für Deutschlehrer*innen aus der Sowjetunion anbieten und 1979 ein Goethe-Institut in Bukarest gründen. Doch erst mit Michael Gorbatschow als Vorsitzendem der Kommunistischen Partei der Sowjetunion begannen tiefgreifendere Reformen. Die

Abschaffung der Breschnew-Doktrin im Sommer 1989 schließlich besiegelte den Zusammenbruch des Warschauer Pakts und ermöglichte die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands.

Die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands—und generell Westeuropas—sah in Mittel- und Osteuropa wichtige Bündnispartner. Um dies kulturpolitisch zu untermauern, beauftragte die Bundesregierung das Goethe-Institut mit der Gründung von Instituten in den ehemaligen Ostblockstaaten. Den Begriff „Osterweiterung“, mit dem auch das Goethe-Institut diese Politik damals bezeichnete, würde man heute wohl durchaus kritisch sehen. Der Begriff ist von Westeuropa aus gedacht; in ihm schwingen Assoziationen von Expansion eines Zentrums und von Beitritt oder Anschluss neuer Peripherien mit, die einer nachholenden Entwicklung bedürfen. Der Begriff vernachlässigt die Handlungsmacht der ehemaligen Ostblockstaaten, die ja das neue Europa ganz entscheidend mitgeprägt haben.

Zwischen 1989 und 1994 wurden jedenfalls zwölf neue Goethe-Institute gegründet, in Sofia, Moskau, Prag, Warschau, Krakau, Bratislava, Kiew, Minsk, Sankt Petersburg, Almaty und Tiflis—und 1993 in Riga. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Goethe-Instituts erlebten diese Zeit geradezu euphorisch als eine „zweite Gründungswelle“. „Wie früher“ wurden Institute „aus dem Nichts“ geschaffen, mit viel Improvisation und Kreativität, so erfuhren wir in Interviews mit ehemaligen Institutsleitern. In den ehemaligen Ostblockstaaten war damals die Nachfrage nach allem „Deutschen“ und „Westlichen“ ungebrochen. Schätzungsweise 15 Millionen Menschen lernten in der ehemaligen Sowjetunion Deutsch; in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas war Deutsch schon seit Jahrzehnten als erste oder zweite Fremdsprache an den Schulen unterrichtet worden und erfreute sich nun noch größerer Beliebtheit.

Allerdings hatte die Bundesregierung unter Helmut Kohl (1982–1998) ein eher geringes Interesse an der auswärtigen Kulturpolitik. Der Etat des Goethe-Instituts wurde drastisch gekürzt, und das Institut musste ein Mehr an Aufgaben mit weniger Finanzmitteln bewerkstelligen. Zwar brachten Sondermittel für die Osterweiterung nach der Wiedervereinigung etwas Aufwind, aber an der insgesamt prekären finanziellen Lage des Goethe-Instituts änderte sich wenig. In dieser Zeit überlegte das Goethe-Institut, ob es sein dichtes Institutsnetzwerk nicht in anderen Teilen Europas—besonders in Italien und Frankreich—reduzieren könnte. Dahinter stand der Gedanke, Europa würde „von allein“ zusammenwachsen und man sich deshalb angesichts knapper Mittel auf Ländern fokussieren sollte, in denen noch keine Goethe-Institute existierten. Dieser Gedanke setzte sich zwar nicht durch. Dennoch zwang die finanzielle Lage zu Institutsschließungen—ein Trend, der erst 2005 gestoppt werden konnte.

Die dritte Station: Von der Osterweiterung zur zivilgesellschaftlichen Vernetzung—Entwicklungen seit Mitte der 2000er Jahre.

Dass der europäische Zusammenhalt keineswegs ein Selbstläufer ist, wurde spätestens im Zuge der europäischen Finanzkrise immer deutlicher, die die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa vertieft hat. Das Erstarken autoritärer Regime und nationalistischer Bewegungen hat wiederum alte Trennlinien zwischen einigen ehemaligen Ostblockstaaten und Westeuropa verschärft. Aber populistische Kritik an Europa gab und gibt es auch in Nordwesteuropa, wie die Debatten um den Brexit nur allzu deutlich zeigen.

Nicht zuletzt, um auf diese vielfältigen Herausforderungen zu antworten, hat die Bundesregierung seit 2005 ihre staatlichen Ausgaben für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik erhöht, und Europa wurde für das Goethe-Institut wieder zu einer Schwerpunktregion. Nun ging es nicht mehr um „Osterweiterung“, sondern um die zivilgesellschaftliche Vernetzung

quer zu nationalen Grenzen und europäischen Subregionen. Die über fünfzig Goethe-Institute in Europa beschäftigen sich unter anderem mit Themen wie Meinungsfreiheit und der Frage, was Europa ausmacht und zusammenhält. Die Institute arbeiten dabei eng mit lokalen Kulturschaffenden zusammen, wobei die Kooperationen grenzüberschreitend oft mehrere europäischen Länder verbinden.

Seit 2006 engagiert sich das Goethe-Institut außerdem in Zusammenschlüssen von europäischen Kulturinstituten und -stiftungen wie More Europe oder EUNIC (European Union National Institutes for Culture). In seiner weltweiten Arbeit tritt das Goethe-Instituts heute also längst nicht mehr nur als deutsches Kulturinstitut auf, sondern auch als europäische Einrichtung.

Heute ist der europäische Zusammenhalt weiterhin herausgefordert. Autoritarismus, Illiberalismus und rechtsradikale und populistische Gruppierungen nehmen zu; Fragen des Klimaschutzes werden immer dringlicher; die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie treffen die europäischen Länder mit unterschiedlicher Härte. Die Zunahme weltpolitischer Konflikte wie in Belarus oder jetzt in Afghanistan – und die damit verbundene Flucht zahlreicher Menschen – stellen die europäische Solidarität auf eine harte Probe.

„Amerikas Verlässlichkeitsproblem, Chinas Dominanzstreben [und] Russlands Sabotagepolitik“ legen Europas Schwäche offen, so formulierte es Klaus-Dieter Frankenberger vor drei Tagen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Angesichts des Debakels in Afghanistan ist eine heftige Debatte um die Zukunft der europäischen und deutschen Außenpolitik entbrannt, die sich Prinzipienfestigkeit und Pragmatismus neu orientieren müsse, so jedenfalls Frankenberger.

In jedem Fall müssen wir die innere Einheit Europas festigen. Dieser Zusammenhalt, das zeigt die jüngste Geschichte überdeutlich, ist nicht gegeben, sondern muss aktiv erarbeitet werden. Zum anderen müssen wir die Rolle Europas in einer zunehmend multipolaren Welt überdenken. Amerika ist auf die chinesischen Dominanzbestrebungen fokussiert; in dieser neuen Ost-West-Konfrontation wird Europa zunehmend zur Peripherie. Genau darum darf sich Europa aber nicht abschotten, sondern muss selbstbewusst seinen eigenen Weg finden.

Welche Rolle kann Kulturpolitik in diesem schwierigen Prozess der außenpolitischen Neuorientierung spielen? Ich bin überzeugt, dass Kultur- und Spracharbeit, wie sie das Goethe-Institut und andere europäische Kulturmittler leisten, unverzichtbar sind, um die europäischen Zivilgesellschaften miteinander zu vernetzen. Um die europäische und nationale staatliche Außenpolitik gesellschaftlich zu unterfüttern, aber auch kritisch zu begleiten oder gar zu verändern, braucht es diese gesellschaftliche Vernetzung – das Mit- und Voneinander-Lernen, durch gemeinsame künstlerische Produktionen, intellektuellen Austausch, kooperative Erinnerungskulturarbeit und vieles mehr. Schon 1969 forderte Ralf Dahrendorf, damals Staatsminister im bundesdeutschen Auswärtigen Amt, wir müssten „von einer Außenpolitik der Staaten zu einer Außenpolitik der Gesellschaften kommen“. Das ist heute immer noch eine Vision, die unsere Kultur- und Spracharbeit anleiten kann. Nur wenn unser europäisches Projekt auch jenseits der politischen Eliten gelebt und vorangebracht wird, kann es gelingen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Dafür brauchen wir starke zivilgesellschaftliche Bündnisse zwischen den europäischen Ländern.

Und in diesem Sinn wünsche ich Ihnen allen, dass die europäisch-partnerschaftliche Arbeit in diesem beeindruckenden Gebäude des Goethe-Instituts Riga einen guten Neustart erfährt. Ich

bin überzeugt: dies ist ein sehr guter Ort, um die zivilgesellschaftliche Vernetzung voranzutreiben, die wir in dieser unsicheren und multipolaren Welt brauchen. [...]

On decolonisation and the Goethe-Institut in Africa

Speech on occasion of the 60th Anniversary of the Goethe-Institut Yaoundé, 21 October 2021

[...] I am delighted to be here in Yaoundé to celebrate with you the 60th anniversary of the Goethe-Institut in Cameroon and to present the Goethe Medal to Princess Marilyn Douala Manga Bell. This is also a special moment for me personally. I have been working as anthropologist since more than three decades in West Africa and established many personal and collegial relations, but this is my first visit to Cameroon. In fact, this is my first “real” travel to Africa since I have become president of the Goethe-Institut a year ago. Due to the Corona pandemic, I could only visit our branches all over the world in digital form. So, I am delighted to be here, get to know this wonderful country, and meet you personally!

Even though I have not been in Cameroon before, there are personal connections. Let me just mention two. You see me wearing a batik jacket. It has been designed and tailored by “Nohnee”, a fashion enterprise that two Cameroonian sisters, Marie Darouiche and Rahmée Wetterich, have established in Munich. The sisters became famous for their beautiful “dirndl à l’africaine” style, a typical Bavarian dirndl dress made from West African wax prints. But not every woman wants to wear dirndl, and so Nohnee also offers modern jackets and dresses, like the one I am wearing. Nohnee regularly presents at African fashion shows; business is expanding, and the sisters recently opened a production site in Northern Benin which also offers training programmes to local women. This is a great example of creative entrepreneurship. It links Cameroon, Benin and Germany, and it has merged different cultural traditions to create unique and attractive fashion styles.

My second, much more sombre connection to Cameroon is a photograph hanging in my office at our headquarters in Munich which shows a suspension bridge built by the German colonial forces in Western Cameroon. The photograph reminds me of Germany’s colonial past and of the importance to acknowledge our responsibility for a complicated and painfully entangled history. The photograph was shot by Andréas Lang, a German artist who travelled through Cameroon and neighbouring countries in search of traces of his family history. In his mother’s attic in a village near Berlin, Lang had discovered a diary and historical photos taken by his great-grandfather, who had served in the so-called protection force of the German colony of Cameroon. These historical photographs inspired Lang to travel to Africa to investigate the architectural legacy of German colonialism.

The hanging bridge on the photograph in my office was built around 1904. In that very year, the German colonial troops brutally put down an uprising of the Anyang people who lived not far from the bridge. We don’t know whether the bridge played a role in this repression, but in any case, its construction was part of the colonizers’ project to establish control. Today, the bridge has become rather wobbly, but it is still used by the local population which continues to call it “The German Bridge”. For me, Lang’s photograph is a reminder of colonial violence and of the challenge to cross over from the colonial past into an African European future of truly post-colonial, respectful and cooperative relations.

After many decades of silence, the colonial legacy and decolonisation have recently become much debated topics in Germany and Europe as well as in Africa. There seem to be promising advances. Germany will give back some of the Benin bronzes to Nigeria, and we all hope that the German and Namibian governments will sign the joint declaration and reconciliation agreement regarding the genocide of Herero and Nama committed by the German colonial troops. However, the intense critiques of the Humboldt Forum in Berlin suggest that there is still a long way to go towards recognition, healing, and future cooperation.

What role can the Goethe-Institut—with its 158 branches around the world and 15 institutes in Africa—play in all this? To offer some answers to this question, let me first take you back on a brief journey through the institute's history. I will zoom in on three periods: first, the 1960s and 1970s, when many Goethe-Institutes were established in the decolonizing world; second, the beginnings of bilateral cultural exchange and a growing interest in the host countries' artistic productions from the 1970s onwards; and finally the past two decades, when colonialism became an important theme in the institute's work, and new forms of multilateral cooperation between German, European and African culture makers and civil society activists developed.

The first period: After the Second World War, a wave of decolonisation set in. At the same time, the Soviet Union and the US with their respective European allies began competing for influence, also in the decolonising countries. Germany had already lost its colonies after the First World War, but all the same, in the context of the Cold War, the two German states, too, were vying for geopolitical alliances in the former colonies.

The Goethe-Institut was founded in 1951 and started training foreign teachers of German in Germany. Soon, it also opened institutes abroad which offered language courses. At the end of the 1950s, cultural work was added to language teaching. In the early 1960s, several institutes were opened in Africa's newly independent countries, among them the one in Yaoundé. To a certain extent, this expansion of the Goethe-Institut was a result of the Cold War. In 1951, the German Democratic Republic founded the Herder Institute in Leipzig to train teachers of German as foreign language. East Germany hoped to gain international recognition as a sovereign state through an attractive cultural and educational policy abroad. This, in turn, motivated West Germany's foreign office to support the Goethe-Institut financially and logistically. The institute was to help restore Germany's reputation in the world and represent "the better Germany", namely the democratic Federal Republic.

The second period: In 1970, the social-democratic chancellor Willy Brandt declared cultural policy as the "third pillar" of foreign politics, in addition to political diplomacy and economic policies. Meanwhile, the Goethe-Institut had broadened its understanding of culture to include a much wider variety of cultural activities than just classical concerts or readings of canonical literature. However, there were intense political debates about which image of Germany the institute was to present abroad. Conservative politicians accused the institute of featuring German artists, writers and film makers who were too critical their home country. But the institute insisted that it was an independent institution and that it should offer a "realistic" portray of German cultural life. At the same time, the institute now placed more emphasis on cultural exchange with local artists and intellectuals. However, these programmes were usually bilateral, involving Germans and citizens of the individual host countries. Furthermore, the support of local cultural scenes was not yet systematic.

This was to change in the *third period*, starting from the early 2000s. The end of the Cold War, together with German re-unification, and the terrorist attacks of September 2001 in New York were dramatic developments to which Germany's foreign policy had to respond. The world was becoming multipolar, increasingly insecure, and ridden by economic crises as well as mounting tendencies of illiberalism and authoritarianism. This also created new challenges for cultural politics. In the Goethe-Institut's work regarding the Global South, decolonisation eventually became a central topic. Furthermore, the institute initiated multilateral, transnational projects of cultural exchange and programmes that support the cultural scenes and creative industries in the host countries.

One important momentum was the "Aktion Afrika", declared by former Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier in 2008, that was to deepen the cooperation with Africa in the fields of culture and education. In this context, the Goethe-Institut was invited to establish additional branches or liaison offices in Africa, for instance in Burkina Faso, Rwanda, Angola, and the Democratic Republic of Congo. Some Goethe-Institut projects now also addressed Germany's colonial heritage. In Germany itself, too, colonialism eventually began to be discussed outside narrow academic quarters. In 2018, finally, the German government coalition agreement explicitly declared the self-critical engagement with the country's colonial past as integral part of the "basic national consensus".

In the Goethe-Institut branches in Africa, the regular tasks around language, cultural, and library and information work continued. But the institute also increasingly committed itself to support national and transnational networks among African artists and intellectuals, human rights activists, journalists, and bloggers. The institute offers an open space for debate, inviting exchange between different perspectives on the fraught relations between former colonizers and formerly colonized. Cultural exchange and dialogue, or rather: multilogue, has become ever more important in the face of repressive regimes and continued injustices in global relations.

Let me just mention two programmes that exemplify this approach. *Museum Futures Africa* supports the conceptual and practical development of museums throughout the African continent. It is curated by an African team and aims at facilitating peer-to-peer learning between and within African museums. It promotes intra-African dialogue, co-creation, and study-labs to help museums respond to changing local needs and demands.

The second example, *Burden of Memory*, started with an inventory of cultural productions on the legacies of colonialism in each of Germany's former colonies in Africa. The project culminated in an inspiring cultural week in Yaoundé in 2019, curated—together with a Kenyan and a South African—by our awardee Princess Marilyn Douala Manga Bell. The week brought together artists and intellectuals from Cameroon, Togo, Namibia, Tanzania, Rwanda, and Burundi who engaged in mutual interrogations of their quite diverse perspectives on their experiences with German colonial rule and on how to promote healing and future cooperation.

This brief journey into history shows that the Goethe-Institut has developed, over the past decades, from a focus on cultural export to one on cultural exchange. The institute eventually opened up to questions of colonialism and decolonisation. And it has learnt immensely from the cooperation with artists, intellectuals and civil-society activists in its host countries, and established relations of mutual respect and trust. Of course, we should be aware of our own origins and remain self-critical. Furthermore, cultural policies do not have the power to unsettle economic and political asymmetries. However, I believe that the institute's work, together

with the efforts of our partners in Cameroon and elsewhere, can greatly contribute to develop a world that is more just and more human. [...]

Krieg und Poesie

Grußwort zum Sommerempfang des Goethe-Instituts, 4. Juli 2022

Lassen Sie mich mit einem Moment des poetischen Innehaltens beginnen. Ich möchte Ihnen ein Gedicht von Marie Luise Kaschnitz (1901-1974) vortragen, das ich kürzlich gelesen habe und das mich sehr berührt hat. Es hat den Titel „Eines Tages“.

Es ist kein Garten so fernab gelegen,
Daß nächtens nicht der wilde Schrei der Welt
Gleich einem wunderbaren Feuerregen
Vernichtend auch auf seine Saaten fällt.

Und keinem ist der Kreis so fest gezogen,
Daß eines Tages nicht ein wilder Geist
Ihm mit der Urgewalt der Meereswogen
Furcht und Erbarmen aus dem Herzen reißt.

Ein wölfisch Wesen springt aus Lammesmienen,
Und keiner lebt, der nicht in sich entdeckte
Ein fremdes ungeheures Element.

Und weil er lebt, muß er dem Chaos dienen
Und einem Neuen, das die Zeit erweckte,
Und dessen Sinn und Ende niemand kennt.

Ich lese zum Sonntagsfrühstück gern die Frankfurter Anthologie in der FAZ, und dort stand dieses Gedicht zehn Tage nach Beginn des verheerenden Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Marie-Luise Kaschnitz, eine Offizierstochter, lebte in Frankfurt am Main im idyllischen Westend, als sie diese Zeilen während des Zweiten Weltkriegs schrieb. Die Geburtsstadt Goethes erlebte von Sommer 1940 an bis Kriegsende 75 Luftangriffe. Der nächtliche „Feuerregen“ war eine sehr reale, bedrohliche Erfahrung. Mich hat das Gedicht auch an Erzählungen meiner Mutter über den Bombenkrieg erinnert und daran, dass ich selbst nur neun Jahre nach dem Ende des Weltkriegs geboren wurde. Ich bin in Braunschweig noch mit zahlreichen Ruinen und mächtigen Bunkern im Stadtbild groß geworden.

Marie-Luise Kaschnitz' Sonett ist von bedrückender Aktualität. Das Wort Krieg kommt gar nicht vor, aber der Gedanke an den neuen schrecklichen Krieg mitten in Europa scheint doch bei uns allen sofort auf. Das Bild des kultivierten Gartens, der zerstört wird. Der „wilde Schrei der Welt“, der „wilde Geist“, das „wölfisch Wesen“, das vernichtet, das die Tugenden der Ehrfurcht und des Erbarmens aus den Herzen reißt. Gewalt und Chaos, die auch verlocken: „Und keiner lebt, der nicht in sich entdeckte ein fremdes ungeheures Element...“. Zugleich bannt die Dichterin den Schrecken durch die Schönheit der Verse, durch starke Sprachbilder, durch die strenge Form des Sonetts. Die Poesie stemmt sich dem Chaos und der Verrohung entgegen.

Kaschnitz' Gedicht ist eine Mahnung und eine Ermutigung. Was kann Kunst im Angesicht des Krieges, im Angesicht von autoritären Regimen, von zunehmender Repression, Gewalt

und Missachtung der Menschenrechte ausrichten? Ich bin zutiefst überzeugt: Wir brauchen klare Worte und moralische Haltungen, aber wir brauchen auch Schönheit, um unsere Menschlichkeit zu bewahren und die der anderen zu verteidigen.

Für das Goethe-Institut waren und sind die letzten Monate, ja die letzten zweieinhalb Jahre sehr herausfordernd. Wir mussten die Pandemie bewältigen, auf Homeoffice, digitale Teamsitzungen, digitalen Unterricht und digitale Kulturveranstaltungen umstellen und unsere Kulturpartner in aller Welt, die von ihren eigenen Regierungen wenig Unterstützung erfahren, stärken, so gut es ging. Das alles war, neben großen Belastungen, auch ein enormer Innovationsschub. Und viele neue Praktiken, die sich bewährt haben, werden wir weiterführen.

Die Herausforderungen durch den zunehmenden Autoritarismus in aller Welt, durch enger werdende Spielräume für Meinungsäußerung und Kunstfreiheit, durch Krieg und Verfolgung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen lassen sich sehr viel schwerer bearbeiten. Wir versuchen gemeinsam mit den anderen Mittlerorganisationen der internationalen Kulturpolitik, mit dem Auswärtigen Amt und mit der Staatsministerin für Kultur und Medien und ihrem Amt bedrohte Künstlerinnen und zivilgesellschaftliche Aktivisten in aller Welt zu unterstützen. Wir halten mit unseren Instituten in aller Welt geschützte Räume offen für freien Austausch und Reflektion und für künstlerische Produktion. Und wir helfen, in Deutschland und anderen Ländern Europas Orte und Strukturen von Kulturarbeit im Exil aufzubauen.

Eine große Herausforderung ist auch das rauer werdende Debattenklima in unserem Land. Die Auseinandersetzungen um die documenta fifteen sind nur ein Beispiel. Viele Themen, die uns umtreiben, wie Antisemitismus, Dekolonisierung, Geschlechtergerechtigkeit, scheinen so vermint, dass nuanciertes Argumentieren und respektvoller Umgang mit anderen Meinungen kaum noch möglich sind.

Um diesen vielfältigen Krisen und turbulenten Zeiten zu begegnen, brauchen wir Bündnispartner wie Sie! Und heute Abend haben wir eine Gelegenheit, unsere Partnerschaften und vertrauensvollen Beziehungen zu feiern. Zum ersten Mal seit 2019 kann das Sommerfest wieder stattfinden. Wir alle haben uns lange nach solchen Gelegenheiten gesehnt, Netzwerke und Gesprächsfäden wieder aufzunehmen oder auch neu zu knüpfen. [...] Und nun wünsche ich Ihnen und uns allen einen entspannten, fröhlichen Abend voller guter Gespräche!

Weiblicher, internationaler, vielfältiger – zur Geschichte der Goethe-Medaille und aktuellen Herausforderungen der internationalen Kulturpolitik

Rede anlässlich der Verleihung der Goethe-Medaille, Weimar, 28. August 2022

[...] Endlich können wir uns wieder in Präsenz gemeinsam die Verleihung der Goethe-Medaillen 2022 feiern – an diesem für die Geschichte der deutschsprachigen Kultur, aber auch für die politische Geschichte unseres Landes so symbolträchtigen und zugleich heiklen Ort. Ich freue mich sehr, dass wir in diesem Jahr an die 1992 etablierte Tradition anknüpfen, die Medaillen in einem Festakt in Weimar zu verleihen. Sie gehen an den Multimedia-Künstler und Maler Mohamed Abla aus Ägypten, an die Historikerin und Direktorin des Johannesburg Holocaust & Genocide Centre Tali Nates aus Südafrika und an die beiden Künstlerinnen und Kulturmanagerinnen des Sandbox Collective Nimi Ravindran und Shiva Pathak aus Indien.

Ich freue mich besonders, dass wir zur diesjährigen Preisverleihung auch die Außenministerin Annalena Baerbock begrüßen dürfen.

Für mich ist die Zeremonie heute eine Premiere, denn mein Amtsantritt Ende 2020 war von der Pandemie überschattet. Doch findet die Verleihung der Medaille auch in diesem Jahr vor einem besonderen Hintergrund statt, den wir nicht ausblenden können. Der brutale Angriffskrieg Russlands in der Ukraine hat bisherige westeuropäische Selbstverständlichkeiten erschüttert. Die neue geopolitische Weltlage stellt auch die internationale Kulturpolitik vor neue Herausforderungen; ich komme darauf noch zu sprechen.

Seit 1955 wird die Medaille verliehen, seit 1975 als offizielles Ehrenzeichen der Bundesrepublik Deutschland. Sie ehrt Persönlichkeiten aus aller Welt, die sich in besonderer Weise um die Vermittlung der deutschen Sprache und den internationalen Kulturaustausch verdient gemacht haben. Daran hat sich in den all den Jahrzehnten grundsätzlich nichts geändert. Aber die Galerie der Preisträger und Preisträgerinnen, bis dato insgesamt 379 Personen, hat sich ganz entschieden transformiert. Und darin spiegeln sich veränderte Auffassungen über die Aufgaben internationaler Kulturpolitik und folglich über preiswürdige Leistungen auf diesem Feld.

Beginnen wir mit zwei offensichtlichen Beobachtungen: über das Geschlecht und die geografische Herkunft der Preisträger. Unter den 256 Preisträgern bis 1989 gab es nur 8 Frauen, das sind gerade einmal 3 Prozent. In den folgenden Jahren stieg der Anteil zwar nur langsam, aber doch kontinuierlich, bis auf immerhin ein Drittel der Preisträger. Die Medaille ist also, so könnte man sagen, weiblicher geworden, und das zeigt sich auch bei der heutigen Verleihung.

Aus dem Globalen Süden, wenn man diese pauschale Etikettierung für eine Reihe sehr unterschiedlicher Länder verwenden will, kamen in den ersten fünfzig Jahren der Medaillengeschichte nur insgesamt gut 20 Preisträger, gerade einmal 6 Prozent. Die Medaille war nahezu exklusiv ein Ehrenzeichen für verdiente männliche Auslandsgermanisten und weitere Hochschulangehörige sowie einige Kulturpolitiker und Verleger aus Westeuropa und aus den USA, Japan und Australien. Über die Hälfte der Preisträger kam aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Skandinavien und den Beneluxstaaten. Nur ganz vereinzelt wurden Persönlichkeiten aus Indien, Korea oder Ägypten ausgezeichnet. Und erst 1996 ehrte man einen Schwarzen Preisträger aus Afrika für seine Verdienste um die deutsche Sprache—Dr. Sebastian Bemile, übrigens ein Mitglied meiner ghanaischen Adoptivfamilie. Seit 2005 hat sich das geografische Spektrum dann deutlich erweitert, und in den letzten Jahren kommt jede dritte Preisträgerin aus dem Globalen Süden oder aus dem Nahen Osten. Goethe-Institute gibt es dort überall schon seit über fünfzig oder sechzig Jahren, aber offenbar hatte die Medaillegen Jury die lokalen Akteure der Spracharbeit und des Kulturaustauschs noch nicht als preiswürdige Kandidaten im Blick.

Die auffälligste Veränderung ist die Verschiebung des professionellen Hintergrunds der Preisträger—von Professoren der Germanistik, Sprach- und Kulturwissenschaften hin zu Künstlern verschiedener Sparten, Kulturschaffenden und zivilgesellschaftlichen Akteuren außerhalb der Universitäten. Wurden vor 1990 nur ganz vereinzelt Lyriker, Übersetzer oder der eine oder andere Komponist geehrt, nahm ihre Zahl seit der Jahrtausendwende deutlich zu. Nun suchte man auch unter Theaterregisseurinnen, bildenden Künstlern, Choreografen, Filmemacherinnen, Fotografen, Bürgerrechtlern und Menschenrechtsaktivistinnen nach geeigneten Preisträgern. Seit 2005 sind schließlich nur noch 10 Prozent der Preisträger Wissenschaftler, und Auslandsgermanisten kommen so gut wie gar nicht mehr in den Blick. Aus einem Preis

für die erfolgreiche wissenschaftliche und institutionelle Vermittlung der deutschen Sprache und Deutschlands kultureller Leistungen im Ausland wurde also ein Preis für herausragendes künstlerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in den Herkunftsländern selbst und im internationalen Kulturaustausch – und dies nicht nur im bilateralen Austausch mit Deutschland, sondern oft auch in transnationalen Netzwerken. Der diesjährige Preisträger und die Preisträgerinnen bieten dafür gelungene Beispiele.

In diesen Transformationen spiegeln sich veränderte Auffassungen von den Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik. Für den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker stand die Vorstellung von „unverwechselbaren Nationalkulturen“ noch ganz fraglos im Mittelpunkt. Aufgabe des Goethe-Instituts sei, so Weizsäcker in seiner Festrede anlässlich der Verleihung der Goethe-Medaille im Jahr 1987, „Menschen in aller Welt so anzusprechen, dass diese eine vertiefte Begegnung mit unserer deutschen Kultur ... als Bereicherung empfinden“. Es ging also, in heutiger Terminologie gesprochen, um Kulturexport und nationale Kulturdiplomatie, auch wenn die Kommunikation nicht als Einbahnstraße gedacht war. Hilmar Hoffmann betonte anlässlich der Medaillen-Verleihung im Jahr 1995 den Beitrag der „Künste und Kultur“ zur „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ der Bundesrepublik und sah in der auswärtigen Kulturpolitik eine „Ressource“ zur Vermittlung „internationaler kommunikativer Kompetenz“. Einige Jahre später, kurz nach den Terroranschlägen in New York vom September 2001, betonte Jutta Limbach den Beitrag des Goethe-Instituts und der Preisträger zur Vermittlung der Leitideen „der Freiheit des demokratischen Rechtsstaats“.

Erst mit meinem Amtsvorgänger Klaus-Dieter Lehmann wurden die Maßstäbe für die preiswürdige Exzellenz der Medaillen-Empfänger weniger eurozentrisch, und der Blick weitete sich oder genauer: die Blickrichtung wechselte. Auch wenn das gar nicht explizit ausgeflaggt wurde: Die Jury zeichnet seit gut zehn Jahren nicht nur mehr Persönlichkeiten aus dem Globalen Süden aus, sondern auch ein viel breiteres Spektrum an Verdiensten, die die Preisträger vor allem in ihren jeweils eigenen kulturellen und gesellschaftlichen Kontexten erworben haben.

Doch wenn die Goethe-Medaille nicht mehr nur die besonders erfolgreiche Vermittlung der deutschen Sprache und Sympathiewerbung für unser Land prämiert, was sind dann die preiswürdigen Leistungen? Ein Versuch, die Auswahl der Preisträger anzuleiten und einen thematischen Zusammenhalt herzustellen, war eine Dekade lang ein jährlich wechselndes überwölbendes Motto, meist im Untertitel mit Bezug auf ein Goethe-Zitat formuliert, wie beispielsweise „Die Rolle des Übersetzers“, „Der Geist der Geschichte“, „Dichtung und Wahrheit“ oder „Widerspruch ertragen“. Allerdings schrieb ein solches Motto in gewisser Weise die dominante Orientierung an westeuropäischen Standards der Exzellenz fort. Die tatsächliche Praxis der Auswahl der Preisträgerinnen war und ist längst „weiter“.

Die Leistungen, die die Goethe-Medaille heute ehrt, die Themen, die sie heute sichtbar macht, werden von den Menschen in den verschiedenen Regionen der Welt generiert, nicht von der in Deutschland verorteten Jury. Die Goethe-Institute vor Ort nominieren die Kandidatinnen und Kandidaten, und aus diesen mit den Auslandsvertretungen abgestimmten Vorschlägen entwickelt die Kommission zur Verleihung der Medaille ihre Auswahl, über die dann das Präsidium des Goethe-Instituts die letzte Entscheidung trifft. Die Nominierungen basieren auf einem engen Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Goethe-Instituts mit den unterschiedlichen lokalen Kulturszenen und auf einer genauen Beobachtung zeitgenössischer kultureller und zivilgesellschaftlicher Entwicklungen in aller Welt. Hier ist also ein globaler Such- und Entdeckungsprozess am Werk, der unterschiedliche lokale und regionale Standards

der Exzellenz und thematischen Relevanzsetzungen ernst nimmt. So macht die Verleihung der Goethe-Medaille zukunftsweisende künstlerische Entwicklungen in aller Welt und relevante gesellschaftliche Debatten ausfindig. Zugleich macht sie diese Entwicklungen in Deutschland sichtbar und fördert so die Internationalisierung der deutschen Kulturlandschaft.

Mit der Verleihung der Goethe-Medaille laden wir also zu Neugier auf fremde Perspektiven ein, zu geduldigem Zuhören und genauem Hinschauen. Das erfordert Respekt für andere Standpunkte und Offenheit für die vielfältigen Facetten künstlerischer und zivilgesellschaftlicher Debatten in aller Welt. Dafür braucht es Freiräume—und unsere diesjährigen Preisträgerinnen stehen für eine solche Kulturarbeit, die für Freiräume der Kunst und offene gesellschaftliche Debatten kämpft. Mohamed Abla engagiert sich seit Jahrzehnten in der ägyptischen Kulturszene für Verständigung und Diversität und setzt sich für Meinungsfreiheit ein. Tali Nates hat das Johannesburg Holocaust & Genocide Centre als einen zentralen Ort der Erinnerung gegründet, der nach den Wurzeln des Holocausts und des Genozids in Ruanda fragt und auslotet, was wir daraus im Blick auf aktuelle Kriege und Menschenrechtsfragen lernen können. Nimi Ravindran und Shiva Pathak vom Sandbox Collective setzen sich immer wieder kritisch mit Konzepten von Identität, Inklusivität, Diversität und auch des Zugangs zu den Künsten auseinander; sie wenden sich gegen Zensur und Hasspolitik und kämpfen für eine freie, mitfühlende und gleiche Gesellschaft.

Internationaler Kulturaustausch, den das Goethe-Institut fördert und den die Verleihung der Goethe-Medaille exemplarisch sichtbar macht, kann langfristig Brücken schaffen und Netzwerke bauen. Damit kann er indirekt und auf lange Sicht für unser Land und seine demokratischen Werte werben. Das ist eine Erfahrung, die das Goethe-Institut in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gemacht hat.

Dabei lässt sich an den Genius loci Weimars anknüpfen, an Schillers ästhetischen Humanismus. Für Schiller hatte—vor dem Hintergrund seiner Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution—das Spielerische, Interesselose, Nicht-Instrumentelle der Kunst einen zivilisatorischen Wert. Nur im Spiel mit dem Schönen, also in der Kunst, erfährt der Mensch Freiheit, so Schiller. Hier eröffnen sich Möglichkeitsräume, die andere gesellschaftliche Formen des Zusammenlebens denkbar werden lassen. Dafür braucht es Orte der Freiheit von Gewalt und Sanktionen.

Internationaler Kulturaustausch ist politisch relevant, aber nicht durch messbare Zielvorgaben und instrumentelle Engführung oder hemdsärmeligen Werteexport und eine Politik der Belehrung. Er braucht und fördert Freiräume! Der notwendige offene Austausch ist allerdings fragil. Er ist risikoreich. Rote Linien müssen immer wieder ausgelotet und unsere Arbeit muss auf den Prüfstand gestellt werden. Gerade angesichts der sich verhärtenden geostrategischen Frontlinien werbe ich für die Verteidigung von Freiräumen für künstlerische Kreativität und für offene Debatten. Hier hat auswärtige Kulturpolitik, die von unabhängigen Mittlerorganisationen mit zivilgesellschaftlichen Partnern betrieben wird, besondere Chancen und kann teilweise freier agieren als Diplomatie, Sicherheitsstrategien oder Wirtschaftspolitik.

Das ist auch und gerade in der aktuellen Krise wichtig. Ja, wir Westeuropäer erfahren eine „Zeitenwende“. Aber Menschen in anderen Weltregionen, die seit Jahren und Jahrzehnten von Krieg, wirtschaftlicher Not, autoritären Regimen und Menschenrechtsverletzungen gebeutelt werden, nehmen dies oft anders wahr. Deutschland ist wie wenige andere Länder in globale Zusammenhänge eingebettet und von ihnen abhängig. Genau darum sollten wir uns für solche anderen Perspektiven intensiv interessieren. Um unser Zusammenleben heute und in der

Zukunft positiv zu gestalten, müssen wir die vielfältigen Herausforderungen gemeinsam in globalen Kooperationen bearbeiten. Und internationaler Kulturaustausch kann dabei helfen, andere Perspektiven, Wertehierarchien und Praktiken kennenzulernen und eigene Setzungen auch kritisch zu hinterfragen.

Freiräume für neue Perspektiven zu schaffen und zu verteidigen, in der eigenen Gesellschaft wie im internationalen Kulturaustausch: genau dieses Engagement zeichnet die diesjährigen Preisträgerinnen und den Preisträger der Goethe-Medaillen in besonderer Weise aus. Sie kommen aus Ländern, mit denen zeitweise große Hoffnungen verbunden waren—Hoffnungen auf eine wachsende Wirtschaftskraft, auf die Herausbildung einer globalen Mittelklasse und auf politische Reformen. Doch haben sich viele der Hoffnungen nicht erfüllt, die Jugendarbeitslosigkeit ist deprimierend hoch; die Pandemie hat gewütet; die politischen Repressionen, autoritärer Nationalismus und religiöse Intoleranz nehmen zu.

Vor diesem Hintergrund an angesichts der enger werdenden Spielräume für Kunst-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ist das künstlerische und zivilgesellschaftliche Engagement unserer Preisträgerinnen bewundernswert. Sie sind mutige Vorkämpferinnen in ihrer eigenen Gesellschaft, und sie stiften produktive Verbindungen mit engagierten Kulturakteuren in anderen Ländern. Sie stehen für die Hoffnung, dass internationaler Kulturaustausch auch in schwierigen Zeiten—unter Bedingungen der Machtasymmetrie, des wirtschaftlichen Ungleichgewichts und der kriegerischen Auseinandersetzungen—zu einer humaneren Zukunft beiträgt. Wir können von ihrem hartnäckigen Engagement und ihrer Zukunftszugewandtheit nur lernen! Ich wünsche mir sehr, dass die Verleihung der Goethe-Medaille ihre Arbeit ermutigt und beflügelt. Herzlichen Glückwunsch also, lieber Mohamed Abl, liebe Tali Nates und liebe Nimi Ravindran und Shiva Pathak!

Verbindungen. Für eine vielstimmige, zukunfts offene europäische Erinnerungskultur
Rede zum 70jährigen Bestehen des Goethe-Institut Athen, 12. Oktober 2022

[...] 1952, nur wenige Jahre nach Kriegsende, war Athen der erste Auslandsstandort, der nach der Wiedergründung des Goethe-Instituts in München ein Jahr zuvor eröffnet wurde. Wie so oft, brauchte es Menschen, die sich aktiv einsetzen. Für die Athener Neugründung war maßgeblich Werner Günther verantwortlich, ein ausgewiesener Kenner Griechenlands und Athens, der bereits für die 1925 in München gegründete Deutsche Akademie tätig gewesen war. Das Institut entwickelte sich rasch vom reinen Sprachkurs- und Prüfungsanbieter zu einem zentralen kulturellen Akteur, der neue künstlerische Trends aufgriff, sich aber auch offen der eigenen Vergangenheit stellte—das aktuelle Projekt in Athen zum Archiv des Goethe-Instituts und die für das Jubiläum erarbeitete Ausstellung sind lebendiger Ausdruck dieses Bemühens.

So wenige Jahre nach den entsetzlichen Kriegsverbrechen, die Deutschland in Griechenland verübt hat, in Athen ein Institut für die deutsche Sprache und den Kulturaustausch mit Deutschland zu eröffnen, war keine Selbstverständlichkeit! Und so möchte ich hier als erstes im Namen des Goethe-Instituts unseren griechischen Gastgebern und Partnern einen großen Dank aussprechen für ihre kritische Begleitung und freundschaftliche Unterstützung während der vergangenen sieben Jahrzehnte.

Ein Jubiläum lädt zu einem Blick auf die Vergangenheit ein. Ein solcher Blick kann aber nicht einfach historiographisch Geschichte vergegenwärtigen, im Sinne einer möglichst objektiven Darlegung dessen, „wie es eigentlich gewesen“ ist, um Leopold von Ranke, den Vater des Historismus zu zitieren. Jeder Blick auf die Vergangenheit ist zwangsläufig selektiv. Er ist geprägt von aktuellen Herausforderungen und von Visionen der Zukunft. Erinnerung findet in der Gegenwart statt und will aktiv Zukunft gestalten. Darum ist Erinnerung auch immer umstritten. Im Idiom der Geschichte wird über gegenwärtige Positionen und wünschenswerte Zukünfte gestritten. Das gilt für die Erinnerung jeder Familie, jeder Organisation und jedes Nationalstaats. Und es gilt erst recht für die transnationale Erinnerungspolitik zwischen Nationalstaaten, zwischen ehemaligen Kriegsgegnern oder zwischen Kolonialherren und Kolonisierten. Es wäre anmaßend, hier allzu schnell von gemeinsamer, geteilter Erinnerung zu sprechen. Wir müssen vielmehr anerkennen, dass die Perspektiven auf die Vergangenheit unterschiedlich, ja sogar konträr sein können. Und wir sollten darüber behutsam und respektvoll miteinander ins Gespräch kommen. Wir Deutschen müssen dabei vor allem zuhören. Wir müssen den Schmerz der anderen, die historischen Traumata respektieren und nach unserer eigenen Verantwortung fragen. Das ist die Voraussetzung dafür, gemeinsam mit unseren Partnern in aller Welt nach Verbindungen zu suchen und Brücken zu bauen. Und genau dazu möchte und kann das Goethe-Institut beitragen.

Ehe ich Ihnen einige Überlegungen zu einer europäischen Erinnerungskultur präsentiere, erlauben Sie mir einen Exkurs zu meinen eigenen Verbindungen mit Griechenland und griechischen Intellektuellen. Vor genau fünfzig Jahren, im Oktober 1972, begann ich mein Studium an der Universität Göttingen, in Germanistik und Politikwissenschaft. Schon bald schloss ich mich einer kleinen Gruppe von engagierten Studenten an, die die Seminare von Kosmas Psychopedis besuchten und sich dort intensiv mit den Klassikern der politischen Philosophie auseinandersetzen – Kant und Hegel, Marx und schließlich Max Weber. Kosmas Psychopedis, 1944 in Athen geboren, hatte zunächst in seiner Heimatstadt studiert und dann nach der Machtübernahme durch die Junta 1967 in Deutschland Zuflucht gesucht. Er studierte in Frankfurt bei Theodor W. Adorno und Iring Fetscher und kam nach seiner Promotion 1973 als wissenschaftlicher Assistent, später Akademischer Rat, nach Göttingen. Ich hatte das große Glück, über Jahre hinweg an dem engen intellektuellen Austausch mit ihm teilhaben zu dürfen, der nicht nur an der Universität stattfand, sondern auch in seiner Wohnung und den griechischen Kneipen der Nachbarschaft. Ein solch beglückendes Symposium eines akademischen Lehrers, der uns Studierende als gleichberechtigte Gesprächspartner ernstnahm und uns zu intellektuellen Höchstleistungen antrieb, ist an heutigen Universitäten fast unvorstellbar. Kosmas habilitiert sich dann 1981 und ging nach Athen zurück, aber unsere freundschaftlichen Bande blieben bestehen. Kosmas arbeitete zuerst an der Pantios-Hochschule für Politische Wissenschaften, später an der Kapodistrias Universität. Er war ein streitbarer, leidenschaftlicher Kämpfer für die Aufklärung und den Rationalismus und hat übrigens auch am Goethe-Institut Athen einige Konferenzen organisiert. Auch seine Frau Olympia Frangou-Psychopedis, eine herausragende Musikwissenschaftlerin, veranstaltete mit dem Goethe-Institut gemeinsam einen Kongress. Leider sind beide viel zu früh verstorben, Kosmas schon 2004, Olympia 2017. Doch ich erinnere mich mit großer Dankbarkeit dieser inspirierenden Verbindungen, auch zu weiteren griechischen Intellektuellen, die in Göttingen im Exil lebten.

Ebenfalls vor fünfzig Jahren, im März 1972, fand am Goethe-Institut in Athen bzw. seinem „Studio für Moderne Kunst“ eine legendäre Kunstaussstellung statt, mit Arbeiten einer Gruppe junger griechischer Künstler, der sogenannten „Jungen Realisten“, an der auch Jannis

Psychopedis teilnahm, der jüngere Bruder von Kosmas. Jannis ging erst 1971 nach Deutschland, an die Akademie der Bildenden Künste in München, kehrte später für den Militärdienst nach Griechenland zurück und pendelte dann zwischen Deutschland, Griechenland und Belgien. Die Athener Ausstellung von 1972 mit den Werken von Psychopedis und anderen jungen, regimekritischen Künstlern zog enorm viele Besucher an und soll ungläubiges Staunen der griechischen Sicherheitskräfte provoziert haben. Doch der Programmdirektor des Goethe-Instituts Johannes Weissert gewährte der Ausstellung und den beteiligten Künstlern besonderen Schutz—ein Beispiel für die Rolle als Schutzraum und Zufluchtsort, die das Goethe-Institut in autoritär regierten Ländern immer wieder spielte und heute mehr denn je spielen muss.

Heute stellt der russische Angriffskriegs auf die Ukraine Europa vor neue Herausforderungen. Die Solidarität zwischen den europäischen Staaten spielt in der neuen polarisierten geostrategischen Konfiguration eine noch wichtigere Rolle als bisher. Auch die Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland nehmen hier einen zentralen Platz ein. Den europäischen Zusammenhalt stärken: dazu will und kann auch das Goethe-Institut mit seinem Netzwerk in ganz Europa einen Beitrag leisten. Es tut dies, indem es insbesondere Verbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kunstschaffenden unterstützt—ein wichtiges Gegengewicht zu den diplomatischen und wirtschaftlichen Verflechtungen.

Belastbare und zukunftsfähige europäische Verbindungen können nur, davon bin ich überzeugt, auf der Basis einer offenen, zur Selbstkritik bereiten Auseinandersetzung mit der häufig traumatischen Geschichte dieser Beziehungen gelingen. Wie präsent diese Vergangenheit auch in der Gegenwart immer wieder ist, konnte man bei der Staatsschuldenkrise Griechenlands in den 2010er Jahren erleben, als man sich in Griechenland an Deutschlands Rolle als Besatzer erinnerte und in Deutschland alte Stereotypen über einen reformunfähigen Balkan aufgerufen wurden. Ähnliche Beispiele lassen sich für Deutschlands Beziehungen zu unseren polnischen und italienischen Nachbarn beobachten, und selbst die oft beschworene deutsch-französische Freundschaft verhindert nicht, dass alte Wunden anlässlich aktueller politischer Differenzen wieder aufbrechen. „Alles vergeht, außer der Vergangenheit“: dieser Titel eines Buchs des belgischen Soziologen Luc Huyse—er inspirierte auch den Titel eines europäischen Projekt des Goethe-Instituts zum kolonialen Erbe—verweist treffend auf die generationenübergreifende Macht der Vergangenheit.

Um diese potenziell zerstörerische Macht der Vergangenheit zu bannen, braucht es aktive Erinnerungsarbeit. „Ein Konsens über das, was das Projekt Europa und seine Zukunft ausmacht, bleibt so lange schwierig“, schreibt Aleida Assmann in ihrem Buch *Der europäische Traum* (2018), „wie es keine Verständigung oder Anerkennung der gemeinsamen Gewaltgeschichte gibt“. Zu dieser Gewaltgeschichte gehört, dass das deutsche imperiale Projekt, wie Mark Terkessidis bei einer Diskussionsveranstaltung am Goethe-Institut Athen im Oktober 2020 konstatierte, nicht nur auf überseeische Kolonien, sondern ebenso auf den Osten und Mitteleuropa gerichtet war. Wie schon in seinem Buch, *Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute* (2019), forderte Terkessidis in seinem Gespräch mit dem griechischen Historiker Kostis Papaioannou und der Sozialanthropologin Athena Athanasiou, dass insbesondere Griechenland und der Balkan im Hinblick auf die Verbrechen der Wehrmacht und Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg eine größere Rolle in der deutschen Erinnerungspolitik spielen müssten. Auch der Koalitionsvertrag der aktuellen deutschen Regierung fordert neben der weiterhin zentralen Erinnerung an den Holocaust eine intensivere Auseinandersetzung auch mit der deutschen Kolonialgeschichte und dem Vernichtungskrieg im Osten.

Doch wie können wir die miteinander verflochtenen gewaltvollen Geschichten der europäischen Gesellschaften und Staaten so erinnern, dass eine humanere, demokratische Zukunft möglich wird? Darüber sind sich Politiker, Historiker, Intellektuelle und Künstler keineswegs einig. Die transnationale Erinnerungspolitik ist umstritten, doch auch schon innerhalb der einzelnen Nationalstaaten ist der Umgang mit der Geschichte vielstimmig, wenn nicht kontrovers. So erleben wir in Deutschland gerade anlässlich der auf der documenta fifteen gezeigten teilweise antisemitischen Werke eine erbitterte Auseinandersetzung über den Umgang mit dem Holocaust und seine Beziehung zu Kolonialverbrechen. Manche sehen in der aktuellen Diskussion eine Neuauflage des ersten Historikerstreits von 1986 zur Frage der Einzigartigkeit des Holocaust in Bezug auf den Gulag, während andere eher die neuen Dimensionen der gegenwärtigen Diskussion betonen, wie sich im kürzlich veröffentlichten Sammelband mit Positionsbestimmungen unter dem Titel *Historiker streiten* (2022) nachlesen lässt.

Wie können wir Wege der Auseinandersetzung finden, die Vielstimmigkeit respektieren, ohne unfruchtbare Polarisierungen anzuheizen? Charlotte Wiedemanns anregendes Buch *Der Schmerz der anderen. Holocaust und Weltgedächtnis* (2022) macht das Konzept der Empathie stark. Sie fragt selbstkritisch, welchen Toten und welchen historischen Massenverbrechen wir unsere Empathie schenken, und plädiert für eine Universalisierung von Trauer und Empathie. Erinnerungen an den Holocaust und an Kolonialverbrechen dürften nicht miteinander konkurrieren—eine Forderung, die auch Michael Rothberg mit seinen Argumenten für die Möglichkeit einer „multidirektionalen Erinnerung“ vorgebracht hat. Die Universalisierung der Empathie setzt freilich voraus, kollektive Verdrängungsprozesse rückgängig zu machen und die scheinbar entfernten oder verdrängten Gräueltaten näher an unser Bewusstsein heranzurücken. Und das scheint mir nur auf der Basis von mehr Wissen möglich. Ein breites, transnational mitfühlendes Erinnern und die Entstehung eines „Weltgedächtnisses“ scheinen mir lohnende Ziele, doch sie sind voraussetzungsreich und schwierig. Ich würde darum zunächst nicht so sehr Einfühlung und Solidarität einfordern, als vielmehr die Suche nach Wissen und Verbindungen stark machen—die auch problembelastet sein und Trennendes aufrufen können.

Die südafrikanisch-israelische Historikerin Tali Nates, eine der Preisträgerinnen der Goethe-Medaille 2022, hat dieses Konzept der Verbindungen in dem von ihr 2008 gegründeten Johannesburg Genocide & Holocaust Centre umgesetzt. Das Centre betreibt vor allem eine auf südafrikanische Jugendliche zielende Bildungs- und Aufklärungsarbeit, dokumentiert aber auch jüdische Lebensgeschichten in ihren vielfältigen Bezügen zu Südafrika und weit darüber hinaus. Und es erinnert an den Genozid in Ruanda. 1961 in Israel als Kind von Holocaust-Überlebenden geboren, die von Oskar Schindler gerettet wurden, liegt Tali Nates eine Relativierung des Holocaust völlig fern. Aber sie will biografische und gesellschaftliche Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gewaltgeschichten aufspüren. In einer Podiumsdiskussion in Weimar im Rahmen der Preisverleihung erläuterte sie, wie eine solche Suche nach Verbindungen in ihrem Zentrum konkret aussehen könne. Nicht wenige der geflohenen Juden, die in Südafrika vor dem Nationalsozialismus Zuflucht gesucht hätten, so Tali Nates, seien zu Unterstützern der Apartheidpolitik geworden, von der sie als Weiße profitierten. Dagegen sähen viele junge schwarze Südafrikaner Israel—vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen mit dem südafrikanischen Apartheidregime—als einen Apartheidstaat und solidarisierten sich mit den Palästinensern in einer Weise, die auch antisemitische Züge annehmen könne. Bildungsarbeit zum Holocaust müsse in Südafrika diese unterschiedlichen Perspektiven miteinander ins Gespräch bringen und Zusammenhänge der verschiedenen Schicksale aufzeigen.

Außerdem könne man in Südafrika, so Tali Nates, eigentlich nicht über Holocaust und Völkermord sprechen, ohne den Genozid in Ruanda einzubeziehen, der genau in dem Zeitraum, als Südafrika das Ende des Apartheidregimes feierte, einer Million Tutsi das Leben kostete. Enge Verbindungen zu dieser und anderen afrikanischen Gewaltgeschichten würden sich nicht zuletzt durch die Präsenz von Flüchtlingen und Migranten aus afrikanischen Nachbarländern ergeben. Die xenophoben Ausschreitungen in Südafrika würden vor Augen führen, wie notwendig hier Bildungsarbeit ist, die die Lebensgeschichten der südafrikanischen Jugendlichen mit denen von Flüchtlingsfamilien in Beziehung setzt.

Hier wird also deutlich: die vielstimmige Erinnerungsarbeit entlang biografisch-historischer Verbindungen produziert keineswegs ein harmonisches Gesamtbild, sondern enthält viel Konfliktstoff. Den gilt es aber auszuhalten und durchzuarbeiten, wenn ein belastbares und in die Zukunft weisendes friedliches Miteinander entstehen soll. Von Tali Nates' großartigem Erinnerungsprojekt und ihrer Suche nach Verbindungen lässt sich, so glaube ich, viel lernen für die notwendigen Schritte auf dem Weg zu einer vielstimmigen europäischen Erinnerungskultur. Eine solche Erinnerungsarbeit braucht solides Wissen über die historischen Ereignisse, weit über den engen nationalen Rahmen hinaus. Es bedarf nicht nur der Empathie mit den Opfern, sondern auch des Wissens über die Täter und die Dynamiken der Ausgrenzung und Gewalteskalation. Und man sollte sich der Historizität von Erinnerungskulturen bewusst sein. Wenn mich meine Forschung zu afrikanischen Erinnerungspolitiken eines gelehrt hat, dann wie stark sich Erinnerungspraktiken und Gedenkkulturen im Lauf der Zeit verändern können. Denkmalsstürze und die Errichtung neuer Gedenkstätten wechseln sich ab; Feiertage werden eingerichtet und von der nächsten Regierung wieder abgeschafft. Dies geschieht vor allem, weil neue politische Konfliktlinien den Blick auf die Geschichte verändern und weil neue Visionen einer wünschenswerten Zukunft ein anderes Erbe aufrufen wollen. Wenn sich Erinnerungspraktiken in der Vergangenheit immer wieder verändert haben, können wir sie auch jetzt und zukünftig verändern!

Generell brauchen wir vielleicht erst einmal mehr „Geschichtskultur“ als „Erinnerungskultur“. Wir brauchen eine neugierige und offene Erinnerungsarbeit, die auf Wissen basiert und Ambivalenzen ebenso wie Streitgespräche aushält, zugleich aber auch Brücken zu bauen sucht. Und dafür wiederum bedarf es offener Räume und vielfältiger Netzwerke, in denen solcher Austausch stattfinden kann. Hierzu nun kann das Goethe-Institut mit seinem weltweiten Netzwerk einen Beitrag leisten – und hat das auch schon getan, nicht zuletzt in Griechenland und gemeinsam mit griechischen Intellektuellen und Künstlern. [...]

Das Werk von Jannis Psychopedis zum Beispiel, den ich eingangs erwähnte, hat sich immer wieder in vielfältiger Weise mit dem Thema des kulturellen Erbes und der griechischen Geschichte im europäischen Raum auseinandergesetzt. Zu den im März 1972 im Goethe-Institut gezeigten Werken gehörte etwa die Reihe „Seminars“, die sich kritisch vom damals offiziell propagierten Dogma des „Griechentums“ absetzte und auf kluge Weise den gewaltsam unterbrochenen gesellschaftspolitischen Wandel im Land ansprach. Dem Thema der kritischen Auseinandersetzung mit Ideologien und Mythen Griechenland blieb Psychopedis auch in den folgenden Jahrzehnten treu. Und er wurde durch seine kosmopolitische Biografie und engen Kontakte zu deutschen Künstlern und Intellektuellen auch zu einer der wichtigen Stimmen bei der Documenta 14, die Verbindungen zwischen Deutschland und Griechenland stiften wollte – zu einer Zeit, in der die massiven Verwerfungen durch die Schuldenkrise noch spürbar waren. Fruchtbare Verbindungen zwischen den Perspektiven griechischer und deutscher Intellektueller und Künstler entstanden in den 1970er Jahren übrigens auch dadurch, dass das

Goethe-Institut Athen der Ausstellung der griechischen „Jungen Realisten“ im Herbst 1972 eine Ausstellung von zwölf Berliner Künstlern und Künstlerinnen unter dem Titel „Kritischer Realismus“ folgen ließ.

Ich freue mich sehr, dass Maria Stefanopoulou nachher sprechen wird. Sie hat mit ihrem Roman *Athos der Förster* (auf Griechisch 2015, auf Deutsch 2019 erschienen), den ich mit großer Begeisterung gelesen habe, ein zentrales Werk zur notwendigen und schmerzvollen Erinnerungsarbeit in Bezug auf die deutschen Verbrechen in Griechenland geschrieben. Sie reflektiert nicht zuletzt die besondere Rolle der Kunst und Literatur für diese Erinnerungsarbeit. „Über den Krieg sprach ich nie, weder über den gegen die Deutschen noch über den griechischen Bürgerkrieg—schon allein, weil mich lange Jahre Erinnerungslücken quälten. Dann kehrte die Erinnerung durch Bilder zurück, ausschließlich durch Bilder, die—obwohl sie mich heimsuchten und meine Gedanken überschatteten—meinen Alltag nicht beeinträchtigten“, so lässt Stefanopoulou ihren Protagonisten Athos sprechen. Besonders aufschlussreich fand ich, wie unterschiedlich sie die Erzählerinnen aus verschiedenen Generationen auf das Verbrechen von Kalavryta schauen, wie verschieden sie es in Worte fassen und beurteilen lässt. Während Athos im vom Partisanen- und Bürgerkrieg zerrissenen Land keine Partei ergreifen wollte, nehmen andere im Roman klarer Stellung, und von Athos Enkelin Lefki heißt es: „Obwohl sie erst zwölf Jahre danach geboren wurde, spürte sie, dass es ihre Pflicht und Schuldigkeit war, dem Toten zu seinem Recht zu verhelfen und ihn wieder ins Leben zurückzuholen“. Es geht im Roman um die vielen Facetten einer generationenübergreifenden posttraumatischen Erinnerungsarbeit. Während die erste Generation ihre Kraft dem Überleben widmet und die zweite sich den historischen Wunden durch Vergessen zu entziehen zu versucht, leistet erst die dritte Generation die explizite Erinnerungsarbeit. Doch erst die vierte Generation schließlich, Lefkis Tochter Iokaste, bricht aus dem bedrückenden Kreislauf der Opfer-Täter-Narrative aus. Mich hat fasziniert, wie Stefanopoulou dabei in die vielschichtige Romanhandlung auch Verbindungen mit deutschen Akteuren eingeflochten hat—mit einem Wehrmachtsdeserteur und späteren Kameraden von Athos in einer gemeinsamen Haltung des Antiheldentums, und mit der Deutschen Inge Brahms, die sich als Nachfahrin der Täternation auf historische Spurensuche begibt (eine Anspielung auf die Historikerin Ehrengard Schramm-von Thadden, die sich schon in den 1950er Jahren für die Überlebenden von Kalavryta einsetzte).

Die schmerzhafteste Erfahrung des Erinnerns steht auch im Mittelpunkt der vom Goethe-Institut Thessaloniki koordinierten Ausstellung „Gespaltene Erinnerungen. Griechenland 1940-1950. Zwischen Geschichte und Erfahrung“. Dieses Ausstellungsprojekt steht für eine beispielhafte Kooperation von deutschen und griechischen Partnern—vom Jüdischen Museum Thessaloniki, dem Makedonischen Museum für Zeitgenössische Kunst Thessaloniki und dem Deutschen Historischen Museum Berlin. Zuerst 2016-17 in Thessaloniki gezeigt, gibt es aktuell ein digitales Rückspiel nach Deutschland in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum in Köln, der Partnerstadt von Thessaloniki. „Gespaltene Erinnerungen“ widmet sich einem der bedrückendsten Kapitel in der deutsch-griechischen Geschichte, stehen die 1940er Jahre doch für Besatzung, Holocaust und Bürgerkrieg. Verschiedenen Geschichten und persönlichen Erfahrungen Raum zu geben und damit zu einer neuen, differenzierteren Perspektive auf dieses schwierige Jahrzehnt beizutragen, war und ist Ziel der Ausstellung. Die Erarbeitung der Ausstellung legte Asymmetrien in der Erinnerungsarbeit offen, wie die Redner in der Eröffnung der digitalen Ausstellung darlegen. Dabei geht es den Ausstellungsmachern nicht um eine wissenschaftliche Dokumentation, sondern darum, mit der Symbolik von Artefakten aus Kunst, Poesie und anderen ästhetischen Medien neue Kontexte zu eröffnen. Das

Mosaik an künstlerischen Perspektiven erlaubt auch, dominante Mythen, zu denen Geschichte mittlerweile geronnen ist, kritisch zu hinterfragen. So wird die Ausstellung auch zu einem Beispiel für die Kraft der Kunst, staatliche verordnete Erinnerungspolitik zu hinterfragen, Ambivalenzen auszuhalten und verflochtene Biografien ebenso wie traumatische Erfahrungen zu thematisieren.

„Geschichte ist kein Gefängnis, Geschichte muss Schule sein“, hatte Außenminister Nikos Kotzias bei der Eröffnung der Ausstellung in Thessaloniki im Dezember 2016 gesagt – und er verwies damit auf die befreienden Zukunftsperspektiven, die eine solche reflektierte und vor allem kooperative Erinnerungsarbeit eröffnen kann. Ich verstehe alle drei genannten Beispiele – die Kunst von Psychopedis, der Roman von Stefanopoulou und die Ausstellung „Gespaltene Erinnerungen“ – als Bausteine auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur, derer wir heute und in den kommenden Jahren mehr denn je bedürfen. Es geht darum, Räume für Debatten und Auseinandersetzungen offenzuhalten und zugleich Verbindungen zu stiften, statt Opferkonkurrenzen zu betonen – in einzelnen Gesellschaften, aber vor allem auch transnational. Die besondere Chance der Kunst ist dabei, Vielschichtigkeit zu zeigen, leise Töne zu erlauben und Ambiguitäten auszuhalten, ohne die eine gemeinsame Erinnerung nicht entstehen kann. Hierzu hat das Goethe-Institut auf seine Weise einen Beitrag geleistet und wird auch in Zukunft Beiträge leisten. Und in diesem Sinne wünsche ich dem Goethe-Institut in Athen und Griechenland noch viele weitere produktive Jahre!

Navigieren in einer multipolaren Welt. Zu Geschichte und aktuellen Herausforderungen des Goethe-Instituts

Vortrag an der Villa Kamogawa vor der Japanisch-Deutschen Gesellschaft, Kyoto, 25. Oktober 2022

[...] Wir leben in einer durch Ungleichheit und Machtgefälle geprägten Welt. Der Aggressionskrieg Russlands in der Ukraine führt uns auf dramatische Weise vor Augen, dass wir die Friedensordnung in Europa zu selbstverständlich vorausgesetzt haben. Aber auch jenseits des manifesten Kriegs beobachten wir nicht nur in Europa, sondern weltweit eine Zunahme von Autoritarismus, Totalitarismus und Illiberalismus. Das fordert die Außenpolitik demokratisch-freiheitlich verfasster Staaten und den internationalen kulturellen Austausch auf neue Weise heraus. Meinungsfreiheit, aktive Kulturszenen und starke Zivilgesellschaften sind zentrale Voraussetzungen für einen gleichberechtigten globalen Austausch.

Auch die Asymmetrie zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden ist noch längst nicht überwunden. Die kulturellen und politischen Eliten der ehemaligen Kolonien thematisieren zunehmend das koloniale Erbe und die Kolonialgeschichte, fordern die Rückgabe von in kolonialen Kontexten erworbenen und geraubten Kulturgütern und verlangen eine umfassende Dekolonisierung – Forderungen, die sich auch verschiedene Diaspora-Gruppen und Minderheiten im globalen Norden zu eigen machen. Die in den USA entstandene Black Lives Matter-Bewegung, die in Deutschland seit einigen Jahren eine intensivere Auseinandersetzung mit Rassismus angestoßen hat, schlägt auch thematische Brücken zur Kolonialgeschichte. Die Forderung, diese Geschichte aufzuarbeiten, hat zuletzt sogar in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung Eingang gefunden. Die erbitterten Debatten in

Deutschland um antisemitische Kunstwerke auf der documenta fifteen und um die Frage des Gewichts von Holocaust und Kolonialverbrechen in der deutschen Erinnerungspolitik zeigen allerdings auch, dass hier noch einen langen Weg vor uns haben.

Welche Rolle können internationale Kulturpolitik und die Arbeit von Organisationen wie das Goethe-Institut in einem solchen postkolonialen Kontext und in einer durch Krieg und Autoritarismus und Repression geprägten Weltlage spielen? Während manche Politiker deutsche Kultur- und Spracharbeit im Ausland als Instrumente von „Soft Power“ im nationalstaatlichen und europäischen Interesse betrachten, sehen postkoloniale Intellektuelle darin eher neue Formen des Kulturimperialismus. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands und muss sich selbst immer wieder kritisch hinterfragen. Dabei sollte sie insbesondere zu mehr Austausch zwischen deutschen und europäischen Wissenschaftlern und kulturellen Akteuren und Kulturmachern und Intellektuellen aus außereuropäischen Weltregionen beitragen.

In meinem Vortrag möchte ich zum gemeinsamen Nachdenken über diese aktuellen Herausforderungen von Kulturpolitik beitragen. Fertige Antworten hat, so glaube ich, keiner, auch das Goethe-Institut nicht. Umso interessanter scheint mir ein kurzer Blick auf die Geschichte dieser Institution und seinen Erfahrungsschatz.

In der Geschichte des Goethe-Instituts, das 1951 gegründet wurde, spiegelt sich die Entwicklung der bundesrepublikanischen auswärtigen Kulturpolitik. Sie reagierte stets auf globale politische Herausforderungen, entwickelte sich aber auch im Kontext von Veränderungen der deutschen Gesellschaft – und in gewisser Weise, das ist jedenfalls meine Interpretation beispielsweise der massiven Budgetkürzungen, mit denen das Goethe-Institut aktuell konfrontiert ist, gibt es Primat der Innenpolitik. Zugleich reagieren die deutschen Kulturmittler, denen die auswärtige Kulturpolitik übertragen wurde, nicht auf externe Kontexte, sondern setzen selbst aktiv Impulse und stoßen selbst kulturelle und kulturpolitische Veränderungen an.

Entstanden ist das Goethe-Institut aus der 1925 gegründeten Deutschen Akademie, der bis 1945 größten deutschen Kulturorganisation im Ausland, die zur Förderung der deutschen Sprache 1932 eine „Goethe-Institut“ getaufte Abteilung einrichtete. Die Akademie wurde 1945 aufgelöst, aber ehemalige Mitglieder der Akademie gründeten 1951 das Goethe-Institut in Westdeutschland wieder. Erklärte Aufgabe blieb der Sprachunterricht und Fortbildungen für ausländische Deutschlehrer und Deutschlehrerinnen.

Die Bundesrepublik setzte in der auswärtigen Kulturpolitik zunächst auf Zurückhaltung. Doch im Kontext des Kalten Kriegs und weil die DDR durch Kulturaktivitäten im Ausland internationale Anerkennung zu erlangen versuchte, verstärkte Bonn massiv sein kulturpolitisches Engagement. Ab 1958 übertrug das Auswärtige Amt seine bis dahin im Ausland unterhaltenen Kulturinstitute dem Goethe-Institut, womit das Institut an Bedeutung gewann und sich ein neues Aufgabenfeld erschloss: die internationale Kulturarbeit. Im Inland markierte die Bundesregierung den Bruch mit der nationalsozialistischen propagandistischen Kulturpolitik durch Dezentralisierung; Kultur und Bildung wurden Länderaufgabe. Mit der Kulturarbeit im Ausland wurden unabhängige Mittlerorganisationen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst und eben das Goethe-Institut beauftragt. Erklärtes Ziel: Vertrauen in Deutschland wieder herstellen, Freunde in der Welt gewinnen, für das „bessere“ Deutschland werben, der Welt das „Gute, Schöne, Edle“ der deutschen Kultur zeigen.

Unter der ersten sozialdemokratischen Koalition Ende der 1960er Jahre lautete die Devise dann: kultureller Austausch. Internationale Kulturarbeit wurde als Außenpolitik der

Gesellschaften begriffen und aufgewertet. Neben Diplomatie und Wirtschaftspolitik galt Kulturpolitik nun als „dritten Säule“ der Außenpolitik – eine Formulierung, die 1970 der damalige Bundeskanzler Willy Brandt prägte. Zwar hatten kulturelle Begegnungen stets auch auf deutsche Künstler zurückgewirkt, doch nun wurde die partnerschaftliche Zusammenarbeit programmatisch. Außerdem sollte Deutschland in all seinen Facetten dargestellt werden, was für Kontroversen sorgte. Kooperationen des Goethe-Instituts mit Künstlern wie Günter Grass und Klaus Staeck, die konservativer Politiker für nicht repräsentativ hielt, provozierten jahrelang Konflikte zwischen dem Goethe-Institut und politischen Amtsträgern.

Mit dem Umbruch von 1989/90 taten sich neue Möglichkeiten auf. Zum einen galt es, der Wiedervereinigung Rechnung zu tragen. Zum anderen gründete das Goethe-Institut im ehemaligen Ostblock zahlreiche Institute. Die Bundesregierung fuhr zwar einen strengen Sparkurs, der auch das Goethe-Institut hart traf. Dennoch erlebte es die „Osterweiterung“ euphorisch als zweite Gründungswelle.

Die Terroranschläge in New York vom 11. September 2001 und generell die weltweite Zunahme von Kriegen und Konflikten beförderten um die Jahrtausendwende neue Schwerpunkte in der auswärtigen Kulturpolitik: Konfliktprävention und Friedenssicherung. Ein regionaler Fokus lag nun auf Nahost und den sich rasant entwickelnden Schwellenländern. Das Goethe-Institut sollte, so wollte es auch das Außenministerium, Dialog „auf Augenhöhe“ fördern, insbesondere zwischen „islamisch geprägten“ und „westlichen“ Ländern. Zugleich trieb das Goethe-Institut Projekte zur europäischen Integration voran. Und es verordnete sich umfassende interne Reformen: strategische Steuerung, Budgetierung und Regionalisierung der Arbeit. Das sollte nicht zuletzt erlauben, Themensetzungen und Impulse aus der weltweiten Arbeit mit lokalen kulturellen Partnern stärker aufzugreifen. Das Goethe-Institut arbeitet seither zunehmend multilateral, als globaler Vernetzer.

Kriege, Flucht- und Migrationsbewegungen und die Zunahme illiberaler Kontexte in vielen Weltregionen fordern die auswärtige Kulturpolitik auch weiterhin heraus. Das Goethe-Institut setzt darum auf europäische und generell multilaterale Zusammenarbeit und stärkt die Zivilgesellschaften. Mit Kultur-, Sprach- und Informationsarbeit gilt es auch, geschützte Frei- und Denkräume anzubieten. Neue Themen in der auswärtigen Kulturpolitik und am Goethe-Institut sind – neben dem schon seit langem bearbeiteten Thema des Antisemitismus – Rassismus und deutsche Kolonialgeschichte. Hier wird auch die enge Verflechtung von „Innen“ und „Außen“ in der Kulturpolitik deutlich. Um globale Diskurse und Impulse aus seiner weltweiten Arbeit in Deutschland sichtbar zu machen, hat das Goethe-Institut Formate wie das Kultursymposium Weimar etabliert und seit 2021 an mehrere Inlandsinstituten Zentren internationaler Kultureller Bildung eingerichtet. Mit besonderen Angeboten unterstützt es auch Migrantinnen und Flüchtende in Deutschland. Mit dem Krieg in der Ukraine, aber der andauernden Verfolgung von Künstlern und Intellektuellen in Afghanistan, Russland, Belarus und vielen anderen Ländern gewinnen auch neue Formate wie ein „Proxy-Institut“ oder das „Goethe-Institut im Exil“. Letzteres ist in Berlin angesiedelt, ein analoges Kulturzentrum, durch digitale Angebote ergänzt, das Kulturschaffende in der Diaspora zusammenbringt und eine Bühne für kulturelle Performances bietet, das Kontakthalten mit Kolleginnen in der Heimat unterstützt und Begegnungen mit deutschen Künstlern und Intellektuellen ermöglicht. Auch die aktuelle Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Coronapandemie und den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit zeigt: die neuen globalen Herausforderungen müssen auch als Chance genutzt werden, um die eigenen Arbeitsweisen immer wieder neu zu justieren.

Bei allen Veränderungen gab und gibt es Spannungsfelder, in denen sich die internationale Kulturpolitik Deutschlands und damit die Arbeit des Goethe-Instituts bewegt. Drei davon möchte ich kurz skizzieren.

Erstens: Die auswärtige Kulturpolitik in Deutschland wird von unabhängigen Mittlerorganisationen gestaltet, doch sind diese weitgehend abhängig von der Finanzierung durch die Bundesregierung. Die damit verbundenen Erwartungen sind teilweise in vertraglicher Form festgelegt und in jüngerer Zeit auch in Zielvereinbarungen konkretisiert. Inzwischen hat sich eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Goethe-Institut und der Bundesregierung etabliert, doch es gab und gibt durchaus gelegentlich Dissens über Ziele, Wertorientierungen und Vorgehensweisen. Und unsere weltweiten Partner nehmen uns manchmal sehr wohl als verlängerten Arm der Bundespolitik wahr. Zugleich bietet die Organisationsform Verein besondere Chancen: Das Goethe-Institut kann in vielen Bereichen freier agieren als es einer staatlichen Einrichtung möglich wäre. Damit verbunden ist die Frage nach der Autonomie des Künstlers: Gilt es, bestimmte Werte zu vermitteln, Künstlerinnen entsprechend auszuwählen und die dargestellte Kunst zu kuratieren? Oder sehen wir künstlerischen Kreationen als unzensurierte Seismografen der aktuellen Welt, inklusive Weltflucht und ganz anderer Schwerpunktsetzungen als der unsrigen?

Zweitens: Staatlich geförderter Kulturaustausch gründet auf dem Konzept der Nationalstaatlichkeit, und Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut sind den deutschen Steuerzahlern gegenüber rechenschaftspflichtig. Doch ist unsere Gesellschaft längst global verflochten, und Kulturarbeit braucht transnationale Konzepte und Begegnungen. Das Goethe-Institut hat sich verpflichtet, ein „umfassendes Deutschlandbild“ zu vermitteln. Doch was gehört alles dazu, und wer definiert das darzustellende kulturelle „Wir“? Auch die wichtige Kooperation europäischer Kulturinstitute (z.B. im Verbund EUNIC) steht vor solchen Fragen: Welche Vorstellungen von europäischer Kultur liegen ihr zugrunde, und wie sollte europäische Kulturpolitik in der Welt auftreten?

Drittens: Kulturarbeit findet in einer durch Ungleichheit und Machtgefälle geprägten Welt statt. Wie kann demokratisch-freiheitliche Kulturarbeit in autoritären Kontexten aussehen; wo ist die rote Linie bei Kooperationen mit illiberalen Regimen; wie können wir gefährdete Partner schützen? Bei der kulturellen Zusammenarbeit mit Akteuren im und aus dem globalen Süden müssen wir uns fragen (lassen): Wer kuratiert, wer bestimmt die Themen? Wie gehen wir mit Ungleichheit etwa bei Mobilitätschancen und Ressourcenausstattung um? Wie navigieren wir zwischen dem Vorwurf des Kulturimperialismus und der Verantwortung für Inhalte des Kulturaustauschs, wenn wir Kuratierungen aus der Hand geben und künstlerische Freiheit nicht beschneiden wollen?

Wir können diese Spannungsfelder nicht auflösen, sondern uns nur kontinuierlich damit auseinandersetzen. Für die Bearbeitung dieser Herausforderungen ist der große Erfahrungsschatz, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Partner des Goethe-Instituts in den letzten Jahrzehnten gewonnen haben, eine zentrale Ressource. Die Stärkung von Zivilgesellschaften und das Schaffen von Frei- und Denkräumen werden auch künftig wichtige Bausteine unserer Arbeit bleiben. Ebenso wichtig ist, vielfältige Perspektiven aus dem globalen Süden und generell den verschiedensten Weltregionen in Deutschland bekannter zu machen. In jedem Fall ist schon viel gewonnen, so meine ich, widersprüchliche Gemengelage und Herausforderungen offen zu thematisieren und zum Anlass zu nehmen, die Aufgabe des Goethe-Instituts (und anderer Mittlerorganisationen) kritisch zu befragen. Es gilt, wo es nottut, den Kurs immer wieder neu auszurichten. Der aktuelle Krieg, aber auch die massiven

Budgetkürzungen, unter denen das Institut derzeit leidet, fordern eine neue intensive Umstrukturierung und Neujustierung heraus. Ich bin aber zuversichtlich, dass das Institut auch diese Herausforderungen meistern wird. [...]

Schutz- und Freiräume bieten, Vernetzungen fördern, Sprache vermitteln

Rede vor dem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, München, 12. Dezember 2022

[...] Erlauben Sie mir eingangs eine kurze Erläuterung zu dem Gebäude, in dem wir heute tagen und in dem die Zentrale des Goethe-Instituts untergebracht ist. Es wurde von 1954 bis 1956 von den Architekten Eduard von der Lippe und Hans Maurer als Verwaltungsgebäude der Siemens AG geplant und ausgeführt. Es war auch damals schon ein städtebauliches Highlight! Hier befand sich übrigens in den 1960er Jahren im Keller das deutschlandweit, wenn nicht europaweit modernste, erste programmierbare Tonstudio für elektronische Musik. In diesem Studio arbeitete vor allem Josef Anton Riedl, der viel Filmmusik komponierte, zum Beispiel für Edgar Reitz; außerdem gingen hier Pierre Boulez, Mauricio Kagel und viele andere Vertreter der Neuen Musik ein und aus. Das Studio wanderte dann später an die Hochschule für Gestaltung in Ulm; heute ist es im Deutschen Museum zu besichtigen. 1998 zog die Siemens AG in das Nachbargebäude, und der Oskar-von-Miller Ring 18 wurde zwanzig Jahre lang von der MEAG [Munich Ergo Assetmanagement GmbH] genutzt. Die MEAG ließ das Gebäude umfassend renovieren, mit überdachtem Lichthof, neuer Inneneinrichtung und einer neuen Kantine im Erdgeschoss. 2001 erhielt das für diese Revitalisierung zuständige Architektenbüro den Münchener Denkmalpreis für Stadtbildpflege. 2018 erwarb dann die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BiMA) das Gebäude und vermietet es seit 2019 an das Goethe-Institut. Es ist wirklich ein großartiges Gebäude, das sich den unterschiedlichsten Nutzerbedürfnissen anpassen lässt und das dem Goethe-Institut vor allem auch erlaubt, spannende Konzepte von „new work“ umzusetzen.

Nun zu den Themen unserer heutigen Sitzung [...] Die wirtschaftliche Lage ist insgesamt für Deutschland und Europa herausfordernd, und das Goethe-Institut wird seinen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten müssen. Denn auch wenn die Reduktion des Mittelan-satzes zurückgenommen wurde, bleiben doch enorme, auch finanzielle Herausforderungen durch den Verfall des Eurokurses, Inflation und steigende Energiekosten und nicht zuletzt notwendige Gehaltssteigerungen.

Inhaltlich und strukturell ist die Arbeit des Goethe-Instituts vor allem durch die zunehmende geopolitische Polarisierung und die sich wechselseitig verstärkenden Krisen (Pandemie, Klima) gefordert. Der Krieg in der Ukraine wird uns noch lange begleiten, fürchte ich. Und nationalistische Bestrebungen, illiberale Einschränkungen von Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, autoritären Regime sind in vielen Teilen der Welt auf dem Vormarsch. Auch das Debattenklima in Deutschland ist spürbar rauer geworden (Stichworte: documenta fifteen; Wiedemann-Veranstaltung in Israel).

Ich bin allerdings überzeugt: auch wenn wir unser Aufgabenprofil überprüfen und schärfen müssen, muss sich das Goethe-Institut meines Erachtens keineswegs radikal verändern. Im Gegenteil: es leistet bereits jetzt schon zentrale und wichtige Beiträge in Auseinandersetzung mit diesen globalen Krisen und trägt aktiv zu Nachhaltigkeit und Diversität sowie zu Friedenssicherung und Demokratieförderung bei – und damit auch zur Sicherheit Deutschlands und Europas.

Wir haben dieses Jahr unsere Vision und Strategie verabschiedet, die die Ziele und Arbeitsweisen des Goethe-Instituts treffend zusammenfasst: „Im Austausch mit der Welt. Für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen.“ Genau darum geht es: kultureller Austausch und gemeinsames Lernen, nicht Belehrung. Vielfalt respektieren, ermöglichen und sichtbar machen, und auf diese Weise zu Verständigung und Vertrauen beitragen. Es kann meines Erachtens nicht um eine eng gefasste „Soft Power“-Politik gehen, nicht um einseitiges Werben für Deutschland oder ein bloßes „Übersetzen“ von deutschen Interessen. Die Welt wartet nicht darauf, von uns belehrt zu werden! Freunde für unser Land gewinnen wir durch Eintreten für unsere gemeinsamen europäischen Werte, aber vor allem auch durch Respekt für Vielfalt, durch geduldiges Hinschauen und Zuhören und durch die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Vertrauen entsteht nur durch langfristigen, verlässlichen Austausch. Insofern sollte das Goethe-Institut sein Netzwerk von Standorten immer wieder kritisch beleuchten und Synergien von physischer Präsenz und digitaler Arbeit prüfen, aber Flexibilität kann nicht heißen: bedingungslose Anpassung an tagespolitische Konjunkturen!

An drei zentralen Tätigkeitsfeldern möchte kurz ich die konkrete Umsetzung dieser Vision verdeutlichen:

Schutzräume für Kulturschaffende: Ob im Iran, in Russland, China, Belarus, Afghanistan, Myanmar oder Südamerika, die Liste der Länder, die demokratische Rechte unterdrücken, wird immer länger. Auch in vielen Ländern Europas und in den USA nehmen illiberale Kräfte zu. Das Goethe-Institut sucht im vertrauensvollen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nach flexiblen und bedarfsgerechten Wegen, um Freiräume offenzuhalten oder zu schaffen und Zensur zu umschiffen. Hier sind physische Räume relevant, in denen man sich geschützt treffen kann; manchmal ist es auch einfach nur die Bibliothek, in der es eine stabile Internetverbindung gibt. Das im Oktober eröffnete „Goethe-Institut im Exil“ in Berlin ist eine kreative Antwort auf die notwendig gewordene Flucht von Kulturschaffenden.

Vernetzung: Durch sein weltweites Netzwerk bringt das Goethe-Institut die unterschiedlichsten Akteure in Begegnungsformaten wie Residenzen, Jugendaustauschprogrammen oder Workshops miteinander ins Gespräch, die sich sonst nicht oder kaum begegnen würden, sowohl innerhalb einzelner Länder als auch transnational und transkontinental. Das fördert demokratische Haltungen, ohne zu belehren. Vernetzung heißt auch: internationale Stimmen nach Deutschland zurückspielen und damit die deutschen Diskussionen und Szenen bereichern. Hier gilt es, andere Perspektiven sichtbar zu machen Nuancen einzubringen, die in unserer hiesigen Diskurslandschaft oftmals fehlen. Dieses Rückspiel leistet das Goethe-Institut in den fünf Zentren für internationale Kulturelle Bildung, aber auch bei der Verleihung der Goethe-Medaille oder im Kultursymposium Weimar.

Vermittlung der deutschen Sprache: Das gehört zusammen mit der Fortbildung von Deutschlehrer*innen zur Kernkompetenz des Goethe-Instituts. Der Deutschunterricht ist partizipativ und ermächtigt; die Unterrichtsinhalte verweisen auf andere gesellschaftliche Modelle. Auch das fördert Demokratie. Und Sprachunterricht schafft außerdem Voraussetzungen für Mobilität.

Das Goethe-Institut wird auch weiterhin globale Verbindungen stiften und Vielstimmigkeit fördern, neue Themen erkunden und für hiesige Debatten fruchtbar machen und aktuelle Polarisierungen durch ein Ethos des Zuhörens bändigen. Das sind seine Stärken! Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist kein „nice to have“ — das wissen Sie alle — sondern Grundlage für eine kluge und ebenso veränderungsbereite wie kontinuierliche Positionierung Deutschlands in der Welt.

Music and African decolonisation

Welcome address at the “African Music Days”, Munich, 24 May 2023

[...] I am pleased to open the African Music Days together with you today here at Muffatwerk in Munich. We will enjoy cutting-edge musical talents that rock the African continent and are immensely popular there, but not yet sufficiently known in Germany and Europe. And we celebrate a jubilee, namely 10 years of existence of the Music in Africa Foundation, created in 2013 with the support of the Goethe-Institut and the Siemens Foundation.

Tomorrow is 25 May—an important date and jubilee in the political history of the continent. 60 years ago, in 1963, 30 leaders of the newly independent African states gathered in Addis Ababa to create the Organization of African Unity, a precursor of the African Union that was founded in 2002. Decolonisation, resistance to all neo-colonial aspirations, a continent-wide development effort, and the necessity to forge pan-African solidarity to reach all these goals: these were the dominant themes of the 1963 conference. But a few state leaders also mentioned the importance of culture. Most prominently, the Senegalese president Leopold Sédar Senghor, advocate of Négritude, declared: “The consciousness of our community of culture, our African-ness, is a necessary preliminary to any progress along the road to unity.” And he insisted: “We must forge a common soul!” In this vein, the president of the Côte d’Ivoire Houphouët-Boigny demanded that all present at the meeting should help “open the way for fruitful exchanges between men, and in particular between young people coming from the most varied horizons, thus allowing the establishment of bonds of friendships, the comparison of different experiences and realities, a reciprocal enrichment designed to develop the feeling of jointly belonging to one and the same culture: African culture”.

This appeal, made in 1963, could almost stand as an early founding document for the Music in Africa Foundation! The transnational, continental and transcontinental networks in the field of music that the Foundation has supported and inspired are such an important contribution to African unity! Music is indeed one of Africa’s strongest resources. It is aesthetically rich; it is economically potent; and it can be politically powerful—the Nigerian Fela Kuti immediately comes to mind, but there are many others, up to the present, and also among those who will perform here today and tomorrow.

When I started my research as anthropologist in Ghana in 1987, I remember how popular audio cassettes with local xylophone music were. The xylophone tunes were tape-recorded with the simplest technologies, copied over and over, circulated among friends and sold in ordinary markets by ambulant cassette vendors. These retailers also offered cassettes from Mali, Nigeria, Côte d’Ivoire, and many other places—Alpha Blondy and his reggae were just as popular as Ebo Taylor’s highlife and Afrobeat tunes, and the local Dagara dances. When labour migrants from North-Western Ghanaian villages travelled to Ghana’s South or neighbouring Côte d’Ivoire, they invariably brought back cassettes with the newest musical trends. And local musicians incorporated some of the “foreign” styles into their own repertoire. And I also remember that when I offered my interview partners cassettes with our recorded interview for them to replay and store, on my next visit to these village elders I would find that the young people in the house had appropriated my interview cassettes and used them to record their own music or copy the latest music cassettes from their peers.

The cassette industry created pan-African cultural networks and helped musical styles to travel widely. Later, of course, the technology changed; CDs came in, much later the internet arrived, and music was played from mobile phones. But in any case: music has been and

continues to be a most powerful resource that connects people across social classes and ethnic groups, across nation-states and across continents. And it has become a source of pride for Africa's musical youth who fuses tradition and modernity, and mixes African and European, Latin American and Asian musical styles in most innovative ways.

In the past ten years, the Music in Africa Foundation has become an important supporter and organiser in this field. It now connects musicians from all 54 African countries and is Africa's most active cultural platform, with over 260,000 users per month. It is so impressive to see how the Music in Africa network has grown from a small project into a full-fledged, African-directed pan-African organisation that strengthens the African music sector. It enables exchange and sharing of experiences, and it allows knowledge and persons to travel to other places.

The Goethe-Institut, together with the Siemens Stiftung, has accompanied Music in Africa from the beginning. It has been particularly involved in developing the Music in Africa information platform and the ACCES music conference, which annually brings together music industry actors to exchange ideas and discover new talent. It also supported the launching of the Sounds Connects Fund, which provides grants and comprehensive capacity building programs to creative and cultural industry organisations in Southern Africa.

Music in Africa is a brilliant example of the way how the Goethe-Institut works in a multilateral fashion, not only in Africa but worldwide. Together with local partners, we help identify needs and support the creation of horizontal networks, which then, as in the case of Music in Africa, develop autonomously. There are other Goethe-Institut projects supporting African musicians. In Senegal, I had the opportunity to visit the most popular project "Sunu talents" ("our talents"), that offers professional formation to young musicians and performers from the entire country; it supports a nation-wide talent competition that enhances the visibility of the "up-and-coming". Other Goethe-Institut programmes include a piano festival in Kinshasa, in which the classical European instrument is "Africanised", if you like, and international pianists work here with local musicians. There are many more examples. They all illustrate the power of networks, both within countries, across continents and globally.

And of course, the Goethe-Institut will continue to accompany the work of the Music in Africa Foundation in the future. I congratulate all those involved in this network, and wish it to continue to grow, to further strengthen the African music scene and to produce even more outstanding talents. [...]

Flucht, Exil und Kunst in der Diaspora

Grußwort zur Eröffnung des Afghanistan-Schwerpunkts am Goethe-Institut im Exil, Berlin, 30. Juni 2023

[...] Nadja Anjuman: Makes No Sense (1999)

Music makes no sense anymore – why should I compose,
I am abandoned by time whether I sing or am still.

When words are poison to the tongue, why taste?
Stifling songs is my abuser's strongest skill.

No one anywhere notices or cares whether
 I cry, whether I laugh, whether I die or am still,
 here, in this captive's cell with grief and remorse;
 why live, if my tongue is sealed, still.

Slow down, heart that leaps to greet sweet spring,
 my broken wings will temper this temporary thrill.

Though melodies drain from memory, stale with silence,
 songs waft up from soul—whispers still.

One thought of the day I will break the cage
 makes me croon like a carefree drunk until

they can see I am no wind-trembled willow tree—
 an Afghan woman wails and sings, and wail and sing I will!

Die junge afghanische Dichterin Nadja Anjuman hat dieses Gedicht mit gerade einmal neunzehn Jahren geschrieben, noch unter dem ersten Taliban-Regime, das das Leben der Frauen mit unerträglichen Verboten reglementierte. Nach Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in den ersten Versen drücken die letzten Zeilen vorsichtigen Optimismus und Kampfbereitschaft aus. Das Herz lässt sich nicht einzwängen, die Lieder nicht unterdrücken. Und am Ende steht die Hoffnung, den Käfig zu zerbrechen und die Stimme zu erheben: „klagen und singen werde ich“.

Nadja Anjumans Familie hatte schon früh ihre poetischen Ambitionen unterstützt, doch als die Taliban 1995 die Kontrolle übernahmen, musste sie ihre Schulausbildung abbrechen. Literatur wurde zu einem wichtigen Zufluchtsort. Nadja Anjuman traf sich im Geheimen mit anderen literaturbegeisterten Frauen, die mit Nähkörben zu ihren Treffen im Verborgenen gingen, um ihre Notizbücher darin zu verbergen. Diese „Schule der goldenen Nadel“, wie sie sich nannte, erhielt Unterricht von einem Literaturprofessor und tauschte sich über persische Literatur und wichtige Werke der Weltliteratur aus.

Nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 konnte Nadja Anjuman endlich an der Universität Herat studieren und veröffentlichte im Jahr 2005 einen ersten eigenen Lyrikband, *Gul-e-Dodi*—Dunkle Blüte. Doch scheint ihr Ehemann ihren literarischen Erfolg geneidet zu haben. Jedenfalls vermuten viele, dass es deshalb zu Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten kam. Im November 2005 starb Nadja Anjuman an Folgen der brutalen Gewalt ihres Ehemanns.

Die Geschichte von Nadja Anjuman erinnert an die Gefahren, der insbesondere Frauen, aber auch die allgemeine Zivilbevölkerung in Afghanistan ausgesetzt sind, besonders seit der erneuten Machtübernahme der Taliban im August 2021. Viele Afghaninnen und Afghanen mussten seither ihr Land verlassen und leben im Exil—in den Nachbarländern, in Europa und auch in Deutschland. Der Großteil der afghanischen Kulturszene musste fliehen und kämpft dafür, ähnlich wie damals Nadja Anjuman, dass ihre Stimme nicht verstummt. Leben im Exil bedeutet zwar eine gewisse Sicherheit, aber eben auch Trauma, Heimweh und eine ungewisse Zukunft. Dazu kommen auch praktische alltägliche Herausforderungen des Überlebens in der neuen Heimat oder besser: der Fremde. Umso wichtiger sind Literatur, Kunst, Film und Musik als Medien und Foren, um den Schmerz zu bewältigen und neue Verbindungen zu schaffen.

Ein Blick auf die heutige Welt zeigt: Kunst und Kultur finden immer häufiger im Exil statt. Das gilt für Afghanistan, die Ukraine, Iran, Sudan... die Liste der Länder, in denen Menschen

zur Flucht gezwungen sind, wird immer länger. Auch die Arbeit des Goethe-Instituts in diesen Ländern ist stark davon betroffen. So musste das Institut in Kabul nach einer wechselvollen Geschichte seinen Betrieb 2017 aus Sicherheitsgründen einstellen. Seit 2021 gibt es in Afghanistan keine Beschäftigten mehr vor Ort, und auch die meisten der langjährigen Partner*innen des Goethe-Instituts haben das Land seither verlassen. Ibrahim Hotak, der langjährige Leiter des Kabuler Instituts, der auch gleich sprechen wird, arbeitet seit 2020 im Berliner Hauptstadtbüro des Goethe-Instituts. Er ist nun als Kurator für den Länderschwerpunkt Afghanistan des „Goethe-Instituts im Exil“ mit verantwortlich.

Das „Goethe-Institut im Exil“ wurde im Herbst 2022 als Antwort auf die zunehmenden Fluchtbewegungen im Gefolge der weltweiten geostrategischen Polarisierungen gegründet. Es versteht sich als Plattform für den Austausch mit Partnerinnen und Kulturschaffenden aus Ländern, in denen das Goethe-Institut keine reguläre Kulturarbeit vor Ort mehr leisten kann. Das Goethe-Institut im Exil unterstützt den künstlerischen und diskursiven Austausch mit den Gastländern. Es bietet Schutzräume für Exil-Gemeinschaften in Deutschland. Und es macht Angebote für deren Vernetzung mit hiesigen Kulturszenen. Es geht es darum, den Austausch mit Kulturschaffenden und Partnernetzwerken aus Ländern im Krieg oder mit repressiven Regimen aufrechtzuerhalten. Das Goethe-Institut im Exil hat im Oktober 2022 mit einem großen Ukraine-Schwerpunkt eröffnet; von Januar bis März 2023 folgte eine Veranstaltungsreihe zum Iran. Mit dem Festival an diesem Wochenende wird bis zum Jahresende Afghanistan in den Mittelpunkt gerückt. [...]

Freiheit!

Rede anlässlich der Verleihung der Goethe-Medaille, Weimar, 28. August 2023

[...] „Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß! ... Solch ein Gewimmel möchte ich sehen, auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!“ Diese ermutigenden Worte legt Johann Wolfgang von Goethe, der heute vor 274 Jahren in der freien Reichsstadt Frankfurt am Main geboren wurde, seinem Protagonisten Faust im Schlussmonolog des zweiten Teils der Tragödie in den Mund.

Freiheit ist auch für unsere Preisträgerinnen und Preisträger ein hohes Gut, das täglich erobert werden muss. Sie kommen alle aus Demokratien. Aber sie arbeiten in Kontexten, in denen die Freiheit der Rede, der Kunst und der Wissenschaft zunehmend bedroht ist. In Taiwan gilt das nicht für die eigene Regierung. Doch der Blick auf den übermächtigen Nachbarn China und das Wissen um die Repression in Hongkong machen die Freiheit besonders wertvoll und schützenswert. In Ungarn und Georgien schränken die Regierungen die Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit „nur“ indirekt, aber doch massiv und spürbar ein—durch Entlassungen von kritischen Kulturmachern und die Besetzung wichtiger Leitungspositionen mit kulturfernen, aber regierungstreuen Politikern; durch die finanzielle Austrocknung der unabhängigen Kulturszene; durch Gesetze zum angeblichen Schutz der Jugend, die Bibliotheksbestände zensieren und die Thematisierung von LGBTQ und alternativen Lebensformen unterdrücken. Wir werden in den Filmporträts und Laudationes zu den Preisträgern noch einiges dazu erfahren.

Die Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ist aber keineswegs nur in Georgien, Ungarn und anderen Ländern des ehemaligen sowjetischen Machtblocks bedroht. Auch in Westeuropa und den USA, wo gewissermaßen die Geburtsurkunden der demokratischen Freiheitsrechte unterzeichnet wurden, werden diese schleichend eingeschränkt. Um die künstlerischen und intellektuellen Freiheiten stehe es so schlecht wie seit den Fünfzigerjahren nicht mehr, seit der Kommunistenverfolgung in der McCarthy-Ära, konstatiert Steven Lavine, der Vorsitzende des Advisory Board des Thomas Mann House in Los Angeles (Interview in der FAZ, 31.5.2023). In Italien versucht Giorgia Melonis rechte Regierung, die angebliche „linke Hegemonie“ der kulturellen Szene zu brechen und neue, nationalistische kulturelle Narrative zu etablieren—vor allem durch die systematische Neubesetzung wichtiger Posten in den Kulturinstitutionen. Und in Deutschland? Auch hier ist ein heftiger Kulturkampf entbrannt, mit offenem Ausgang. Wie frei darf Kunst sein? Wessen Rechte müssen respektiert, welche Stimmen—auch die toter Autoren—zensiert oder ediert werden? Hier geht es (noch) nicht um rechtliche Einschränkungen. Doch die Debatten um die documenta fifteen und den Antisemitismus, um verpflichtende Schullektüren, um die Legitimität kultureller Aneignung oder die Verbindlichkeit einer sogenannten deutschen Leitkultur wurden und werden so scharf geführt, dass viele Kulturschaffende und Veranstalter Vorsicht walten lassen und fast schon Selbstzensur üben.

Freiheitsrechte, das wird überall deutlich, sind nicht ein für alle Mal errungen. Sie müssen genutzt, bekräftigt und verteidigt werden—gegen gesetzliche Einschränkungen, gegen schleichende Aushöhlung und gegen stillen Konformismus. Wie denken unser Preisträger und Preisträgerinnen über Freiheit? Das habe ich sie vor unserer heutigen Festveranstaltung gefragt.

Yi-Wei Keng fasst seine Gedanken so zusammen: „Freiheit ist die Tätigkeit der Fantasie“. Und: „Freiheit bedeutet, den Mut zu haben, dem anderen zu begegnen“. Yi-Wei Keng betont also den Aspekt von Kreativität, Offenheit und Begegnung.

Gaga Chkheidze skizziert ein ganzes Programm der Selbstermächtigung und verbindet Freiheit mit Wahrheit und—ein schöner Gedanke—mit Glück. Erst der erfolgreiche Kampf gegen Selbstzensur, erst die Stärkung der eigenen inneren Freiheit, so verstehe ich ihn, gibt die Kraft, die „Festung der Freiheit“ in der gesellschaftlichen und politischen Welt zu erstürmen: „Freiheit ist der Anfang und die Vollendung des Glücks. Kampf um Freiheit ist die Verteidigung der eigenen Kindheit. Nur aufrichtige Menschen sind der Freiheit würdig. Freiheit ist: die Wahrheit zu denken und sie aussprechen zu können. Freiheit ist: den Sklaven in sich selbst bekämpfen. Alle Menschen sind im Innern frei. Es bedarf der Kraft, es auszuleben. Die Freiheit ist eine Festung, die erstürmt werden muss.“

Hajnalka Somogyi und Nikolett Eröss geht es vor allem um die gemeinsame Erarbeitung kollektiver Freiheitsräume. Und sie warnen vor den Einschränkungen der Freiheitsrechte durch einen zu starken Fokus auf Sicherheit, mit dem viele europäische Politiker auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine reagiert haben. „Im öffentlichen Diskurs in Europa scheint das Ideal der Sicherheit heute viel stärker im Vordergrund zu stehen als das der Freiheit. Wir möchten betonen, dass Freiheit und Sicherheit sich nicht gegenseitig ausschließen und deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sicherheit, die wir nicht kollektiv schaffen, ist teuer erkaufte, mit Regeln und Kontrolle von oben, mit Mauern und Drahtzäunen. Wir müssen unsere sicheren Räume selbst und gemeinsam schaffen, indem wir uns gegenseitig die Möglichkeit geben, zu wählen, zu lernen und Erfahrungen zu machen, und indem wir uns die ganze Zeit gegenseitig den Rücken freihalten.“

Voneinander zu lernen und kollektive Räume der Freiheit nach außen zu schützen; zugleich aber auch nach innen, in diesen Räumen, individuelle Freiheitsrechte zu respektieren: das scheint mir ein ganz zentraler Appell. Denn nicht nur nationalistische, rassistische, antisemitische Ideologien negieren Freiheitsrechte; auch rigide moralische Forderungen identitätspolitischer Bewegungen können Kreativität und Wahlfreiheit einschränken. Freiheit der Kunst, Wissenschaft und Rede wird—das habe ich schon eingangs angedeutet— nicht nur durch staatliche Eingriffe gefährdet. Auch soziale Bewegungen, rechte wie linke, wollen oftmals Kulturschaffende und Intellektuelle vereinnahmen. Die heftigen Debatten hierzulande darüber, wer über was schreiben und sprechen, welche Texte übersetzen, welche Worte benutzen und wovon schweigen soll, zeugen von solchen Bedrohungen der Freiheit.

Diese widersprüchlichen Aspekte von Freiheit erinnern an Isaiah Berlins einflussreiche Unterscheidung zwischen „negativer“ und „positiver“ Freiheit, die er 1958 vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus und des stalinistischen Terrors skizziert hat. „Negative Freiheit“ rekurriert auf die Erfahrung von totalitären Regimen und verweist auf die zentrale Bedeutung von Räumen, die nicht politisch und staatlich kontrolliert, sondern vom Individuum eigenständig gestaltet werden. „Positive Freiheit“ fragt dagegen nach den Zwecken, zu denen die Freiheit verwendet wird, und den Mitteln, die es für diese Gestaltung braucht. Mit einem positiven Begriff von Freiheit lässt sich aber auch die Einschränkung der negativen Freiheit begründen, so Berlin, und er warnt vor der „brutalsten Tyrannei“, in die die Beherrschung der Freiheitsräume im Interesse der Durchsetzung einer bestimmten Lebensform umschlagen kann.

Wir sollten, davon bin ich überzeugt, uns für beide Aspekte von Freiheit engagieren. Es gilt, die individuellen Freiheitsrechte der Künstler und Intellektuellen zu verteidigen, gegen staatliche Übergriffe, aber auch gegen moralische, gesellschaftliche Indienstnahmen. Zugleich gilt es, kollektive Räume zu gestalten und zu verteidigen, in denen Menschen frei denken und kreativ werden können—ohne jedoch im Namen der Freiheit ausschließend und freiheitsfeindlich zu agieren.

Ich freue mich, dass unsere Preisträger und Preisträgerinnen beherzt und engagiert für diese Freiheitsrechte eintreten! Und ich hoffe sehr, dass die Verleihung der Goethe-Medaille sie dabei unterstützt—indem sie die Wichtigkeit ihres Engagements ehrt, es sichtbar macht und dadurch hoffentlich auch zum Schutz der freiheitlichen Räume und Netzwerke beiträgt, die sie gemeinsam mit ihren Mitstreitern in ihren Gesellschaften geschaffen haben. [...] Und nun wünsche ich uns einen nachdenklichen, aber auch fröhlichen Festakt! Mit diesen Preisträgern und Preisträgerinnen haben wir allen Grund, gemeinsam zu feiern und optimistisch zu bleiben, dass wir Freiheitsräume

Orte der Freiheit. Türkisch-deutsch Beziehungsgeschichten

Grußwort zum Sommerfestival der Kulturakademie Tarabya, Istanbul, 16. September 2023

[...] Ich freue mich, heute mit Ihnen allen gemeinsam das Sommerfestival der Kulturakademie Tarabya feiern zu dürfen—für mich eine hochwillkommene Premiere, für viele von Ihnen eine liebgewordene Tradition! Doch ehe ich mich Tarabya zuwende, möchte ich einen Moment innehalten und der Opfer des schrecklichen Erbebens Anfang Februar gedenken. Mit

mindestens 50.000 Toten und unzähligen Verletzten, mit einer halben Million zerstörter oder beschädigter Gebäude, sind die Dimensionen dieser Katastrophe unfassbar groß. Ich denke mit Empathie an die Opfer und Betroffenen. Das Goethe-Institut hat im Rahmen seiner Möglichkeiten versucht zu helfen, wo es ging, und gemeinsam mit seinen Partnern in der betroffenen Region geschaut, wo es mittel- und langfristige Unterstützung anbieten kann. Dabei ging es insbesondere um kulturelle Bildungsangebote für Kinder- und Jugendliche und – mit den Projekten Culture Civic und Orte der Kultur – um die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen kulturellen Infrastruktur. Auch die Kulturakademie Tarabya leistet einen wichtigen Beitrag: sie stellt ihren Alumni-Fonds in diesem Jahr gezielt und ausschließlich für Projekte zur Verfügung, die betroffene Kunstschaffende und Institutionen fördern.

Vor zwei Jahren, im September 2021, durfte ich im Kunstraum Kreuzberg das „Festival Bosphorus“ eröffnen, mit dem wir in Berlin das zehnjährige Bestehen der Kulturakademie Tarabya gefeiert haben. Die Kuratorinnen Çağla İlk und Stéphane Bauer zeigten eine beeindruckende Auswahl von Arbeiten, die deutsche und türkische Stipendiatinnen in Tarabya geschaffen oder doch zumindest begonnen hatten. Besonders anrührend fand ich Mehtap Baydus filigrane Porzellanskulpturen, weibliche Körper, deren Fragilität die Verletzlichkeit und Bedrohtheit von Frauen evozierten. Fasziniert hat mich auch die Videoinstallation „Souvenirs“ von Hakan Savaş Mican: Seine Mutter hatte bei ihrer Rückkehr in die Türkei, nach einem Leben als Arbeitsmigrantin in Deutschland, ihr angesammeltes Geschirr in einem Berliner Keller deponiert, das der Sohn nun hochholte, um seine Mutter zur Geschichte einzelner Stücke zu befragen.

Das sind nur zwei Beispiele, in denen auch türkisch-deutsch Beziehungsgeschichten aufscheinen. Lassen Sie mich mit einem dritten Beispiel, einem Gedicht, die Magie anklingen lassen, mit der Tarabya und Istanbul seine künstlerischen Gäste in den Bann zieht. José F. A. Oliver – Präsident des PEN-Zentrums Deutschland und wie Mican ein Gastarbeiterkind, aber mit spanischen Eltern und nicht in Berlin, sondern im Schwarzwald aufgewachsen – verbrachte vor zehn Jahren, im Spätsommer und Herbst 2013, einige Monate in Tarabya. Eines seiner „21 Gedichte aus Istanbul“ (Matthes & Seitz, 2016) klingt so:

abendstimmung, august in T.

die kellner räumen die tischdecken ab
am kai sitzt ein liebespaar
aus kopftuch & kopftuch
in einem boot auf deck
schläft satt ein windmatrose
im schatten einer verstümmelten pappel
liegt schwer eine schwangere hündin, sie bellt nicht
daneben zerfallen villen wie träume
ein radfahrer schwimmt durch die luft
die toten angeln die zeit in die nacht.
Hier sind wir. Kein ich allein.

„Hier sind wir. Kein ich allein...“: Tatsächlich ist die Kulturakademie – 2011 als gemeinsames Projekt des Auswärtigen Amtes bzw. der Botschaft Ankara und des Goethe-Instituts gegründet – ein deutsch-türkischer Begegnungsort mit großer Strahlkraft. Sie erreicht mit ihren Veranstaltungen mehr als 15.000 Menschen diverser Zielgruppen in der Türkei und in Deutschland – etwa mit den Sommerfestivals in Tarabya, mit diversen Exkursionen und mit

Kooperationen auch außerhalb Istanbuls, so zum Beispiel mit der Mardin Biennale oder mit dem schon erwähnten Bosphorus-Festival in Berlin.

Die Kulturakademie Tarabya bietet einen geschützten Raum für kontemplatives Arbeiten, fernab vom Trubel der 18-Millionen-Stadt Istanbul, und ist zugleich ein idealer Ausgangspunkt, um dorthin aufzubrechen: zur Inspiration für die eigene künstlerische Arbeit, aber auch zu Begegnungen mit der ungemein lebendigen Kulturszene Istanbuls. Es herrscht keine Produktionspflicht, doch sind die Ergebnisse überzeugend—ich habe drei Beispiele erwähnt, und es gäbe unzählige mehr. Gerade die Kombination aus Abgeschiedenheit, Möglichkeiten zur Vernetzung und Ergebnisoffenheit scheint eine ideale Mischung zu ergeben. Und die künstlerischen Arbeiten der bisherigen und aktuellen Stipendiat:innen sind nicht nur für sich genommen beeindruckend, sie eröffnen auch neue Perspektiven auf das deutsch-türkische Verhältnis und thematisieren durchaus kritische Themen beider Gesellschaften.

Tarabya ist ein Ort der Freiheit und des ungebrochenen Austausches. Das Goethe-Institut sieht sich hier als glaubwürdiger Vermittler gefordert, der Dialog ermöglicht und künstlerische Freiheit garantiert. Solche Freiräume sind existentiell notwendig. Hier in Tarabya können Gespräche stattfinden, zwischen Künstlerinnen und Kulturmachern, Akademikern und zivilgesellschaftlichen Vertretern, in denen man voneinander lernt und sich gemeinsam weiterentwickelt. Die Kulturakademie—und insbesondere das türkisch-deutsche Koproduktionsstipendium—ermöglicht einen intensiven interdisziplinären und interkulturellen Austausch. Das schafft Raum für neue Perspektiven.

Intensiven Austausch ermöglicht auch das Sommerfestival, das nun schon zum vierten Mal stattfindet. Die Akademie öffnet ihre Türen für zahlreiche Gäste und präsentiert die Arbeiten der aktuellen Stipendiat:innen sowie Projekte von Alumni und ihren Koproduktionspartner:innen, die während ihres Stipendiums entstanden sind oder davon inspiriert wurden. Damit verwandelt sich die Parkanlage an verschiedenen Spielorten performativ, musikalisch und visuell in einen Schauplatz kreativen Schaffens. Ich wünsche Ihnen und uns allen beim Entdecken dieser Vielfalt Vergnügen und Inspirationen! [...]

Kunstfreiheit zwischen „Cancel Culture“ und „Staatsräson“

Impulsvortrag beim Treffen des Leipziger Kreises der Direktor*innen deutscher Kunstmusseen, Bremen, 6. Februar 2024

In den vergangenen Jahren gab es eine kaum noch überschaubare Fülle an Petitionen, offenen Briefen, Zeitungsartikeln und medialen Debatten zum Verhältnis von Kunstfreiheit und Antisemitismus—oft verbunden mit Fragen von Rassismus, Kolonialismus oder generell Identitätspolitik. Diese Debatten sind oft hochgradig emotionalisiert und polarisiert.

Einige markante Stationen der Kontroversen lassen sich benennen: die Auseinandersetzung um die BDS-Nähe von Achille Mbembe und seine (Nicht-)Eignung als Eröffnungsredner der Ruhrtriennale im Jahr 2020; die sogenannte Weltoffenheits-Initiative, ebenfalls 2020, als Reaktion auf die Folgen des Bundestagsbeschlusses zu BDS; die massiven Kontroversen um Antisemitismus auf der documenta fifteen im Jahr 2022; schließlich—nach dem Hamas-Terrorangriff vom 7. Oktober und pro-palästinensischen Solidaritätsbekundungen auch im Kunstbetrieb—die Einführung anti-antisemitischer Verpflichtungserklärungen für öffentlich

finanzierte Kulturinstitutionen im Jahr 2023. Hinzu kommt aktuell der internationale Boykottaufruf „Strike Germany“, der Deutschland pauschal Zensur vorwirft.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gemeinsam mit Ihnen versuchen, diese schwierige Gemengelage besser zu verstehen. Mein Ziel ist es nicht zu werten, sondern zu klären. Gleichzeitig ist mein Anliegen durchaus normativ: Es geht mir um die Bewahrung möglichst großer Freiheitsräume für Kunst und Kultur. Dabei will ich die Perspektive des internationalen Kulturaustauschs besonders in den Blick nehmen—jenes Feldes also, das Institutionen wie das Goethe-Institut fördern und gestalten sollen.

Ich möchte drei Ausgangspunkte skizzieren, die mir für das Verständnis der aktuellen Situation zentral erscheinen.

Der erste betrifft die Kunstszene selbst. Hier lässt sich seit Jahren ein deutlicher Trend zu Aktivismus oder „Artivismus“ beobachten. Kunst versteht sich zunehmend als Instrument gesellschaftlichen Wandels, häufig mit einer progressiven, „linken“ Ausrichtung: postkolonial, antirassistisch, feministisch, pro-LGBTQI. Dieser Aktivismus nimmt unterschiedliche Formen an. Zum einen gibt es Kunstwerke, die selbst politisch intervenieren wollen, teils bis hin zu agitatorischen Formen, wie im Fall von Taring Padi, oder in Gestalt künstlerischer Aufklärungs- und Rechercheprojekte, etwa bei Forensic Architecture. Zum anderen richten sich politische Forderungen zunehmend an die Kulturinstitutionen selbst, wie etwa eine Kritik von kultureller Aneignung; Fragen von Autorschaft, Repräsentation und Partizipation bestimmter Künstler*innen; Forderungen einer umfassenden Demokratisierung des Museums. Übergreifend lässt sich hier eine Verschiebung der Gewichtung von der Ästhetik zur Ethik beobachten. In einer Situation, die viele als Krise des Liberalismus deuten, soll Kunst verstärkt Rücksicht auf partikulare Interessen nehmen. Die Folge sind moralische Bewertungen, öffentliche Beschämung, Selbstzensur, und Vorwürfe wie „Cancel Culture“ fallen hier nicht zufällig.

Der zweite Ausgangspunkt ist die Kritik an Kunstfreiheit und liberalen Gesellschaftsmodellen von rechts. Diese zielt weniger auf den Schutz partikularer Interessen als auf die behauptete Verteidigung eines bestimmten Familien-, Moral- oder Gesellschaftsmodells, oft verbunden mit Vorstellungen von Nationalkultur. Diese Kritik tritt jedoch nicht selten ebenfalls im Gewand des Schutzes vulnerabler Gruppen auf, etwa von Kindern vor angeblicher Sexualisierung. Strategisch lassen sich hier zwei Ansätze unterscheiden: einerseits der Ruf nach Verboten „verletzender“ Werke—nicht selten in einer paradoxen Allianz mit linken identitätspolitischen Argumenten; andererseits das Pochen auf Meinungsfreiheit und Ausgewogenheit, um rechten Positionen Zugang zu Bibliotheken, Verlagen oder öffentlichen Debatten zu verschaffen. Meinem Eindruck nach ist diese rechte Intervention bislang weniger in der Bildenden Kunst oder im Museumsbereich sichtbar als auf dem Feld der Publikationen und Bibliotheken: in Gestalt rechter Verlage und Denkfabriken oder durch Kampagnen gegen aufklärerische Bücher und Veranstaltungen, etwa bei der Skandalisierung von Dragqueen-Lesungen für Kinder in Stadtbibliotheken.

Der dritte Ausgangspunkt betrifft Kontrollbedürfnisse und -strategien staatlicher Institutionen, häufig legitimiert durch den Rekurs auf „Staatsräson“. Wie ich an anderer Stelle (in einem Artikel im Spiegel) ausgeführt habe, führen sich häufende Krisen dazu, dass Bürokratien stärker regulierend eingreifen wollen—teils aus eigenem Antrieb, teils auf gesellschaftlichen Druck hin. Ziel ist Fehlervermeidung und die Verhinderung weiterer Eskalationen. Warum geschieht dies besonders im Kulturbereich? Zum einen ist Kultur ein „soft target“: Moralische Forderungen lassen sich hier vergleichsweise kostengünstig durchsetzen. Zum anderen ist

Kultur ein zentrales Feld symbolischer Selbstverständigung von Gesellschaften, also politisch hoch relevant. Nicht zuletzt hat die Kulturszene durch ihre eigene Politisierung und Moralisierung solchen Eingriffen selbst Vorschub geleistet.

Die Folgen dieser Entwicklungen sind deutlich sichtbar: eine umfassende Moralisierung, von der Kunst selbst ebenso wie von der Politik ausgehend; eine Tendenz zur Überregulierung jenseits der ohnehin bestehenden rechtlichen Grenzen der Kunstfreiheit; und nicht nur negative Kontrolle, sondern positiver Bekenntniszwang, etwa in Form von Verpflichtungserklärungen. Dies führt häufig zu Selbstzensur. Hinzu kommt eine starke Fixierung auf die deutsche Erinnerungskultur und auf eine bestimmte Auslegung von „Staatsräson“, bei gleichzeitig geringer Toleranz für international unterschiedliche Perspektiven und Kontexte. Auf meinen Reisen konnte ich beobachten, dass Antisemitismus eben nicht überall auf der Welt gleich gelagert ist, und diese Unterschiede sind relevant. Werden sie ignoriert, droht internationale Isolation – „Strike Germany“ ist dafür ein warnendes Symptom.

All dies wirft grundlegende Fragen auf: Wie steht es heute um das Verhältnis von Kunst und Politik? Ist das Ideal der autonomen Kunst, wie es sich im 19. Jahrhundert herausbildete, an sein Ende gekommen – oder war es vielleicht immer schon eine historisch und kulturell begrenzte Konstruktion? Auch das Recht auf in der Verfassung verbrieft Kunstfreiheit hat in Deutschland tatsächlich eine vergleichsweise junge Geschichte. Werden seine inneren Widersprüche unter dem aktuellen Druck lediglich sichtbar? Und schließlich: worauf zielen aktivistische oder auch staatliche Forderungen nach moralisch-politischer Unbedenklichkeit eigentlich – auf die Kunstwerke selbst oder auf die Biografien und politischen Äußerungen der Künstlerinnen und Künstler? Warum sollte etwa die Unterzeichnung einer Petition entscheidend sein, wenn sich im Werk kein Antisemitismus findet? Künstler sind ja nicht zwingend kundige politische Akteure, jedenfalls nicht jenseits ihrer künstlerischen Betätigung.

Besondere Verantwortung tragen in dieser Situation intermediäre Akteure: Kuratorinnen, Museen, Galerien – und Organisationen wie das Goethe-Institut. Gerade hier versucht der Staat regulierend einzugreifen, nicht zuletzt über den Hebel der Mittelzuweisung. Beim Goethe-Institut ist etwa die rechtlich nicht bindende BDS-Resolution des Bundestags Teil des Zuwendungsbescheids. Wenn wir aber staatliche Bekenntniszwänge ablehnen, müssen wir umso stärker auf Formen der Selbstregulierung setzen. Das Goethe-Institut hat hierfür interne Leitlinien zum Umgang mit dem Themenkomplex Israel/Palästina/BDS entwickelt. Sie betreffen sowohl die Wahl von Partnern als auch die Einladungs- und Programmpolitik, und sie werden von einem international besetzten internen Beratungsgremium flankiert. Diese Leitlinien definieren klare rote Linien, etwa die Negierung des Existenzrechts Israels, Gewaltverherrlichung oder kollektive Zuschreibungen gegenüber Israelis oder Palästinensern. Zugleich warnen sie vor Automatismen: eine Unterstützung von BDS impliziert nicht zwangsläufig Antisemitismus, auch wenn Organisationen, die sich explizit als Teil des BDS-Netzwerks verstehen, von der Förderung durch das Goethe-Institut ausgeschlossen werden. Gefordert wird eine plausible, pragmatische Prüfung: Niemand kann sämtliche öffentlichen Äußerungen einer Person lückenlos recherchieren. Entscheidend sind auch Zeit und Kontext: wie lange liegt eine Äußerung zurück, und handelt es sich um eine einmalige Unterschrift oder um eine dauerhaft vertretene Haltung?

Zum Schluss möchte ich wieder allgemeiner werden. Meron Mendel hat kürzlich in einem Festvortrag in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden für eine „Kultur der Kritik, nicht des Verbots“ plädiert. Ganz ähnlich argumentiert Carsten Brosda: Kulturpolitik – ja staatliche Politik insgesamt – dürfe keine inhaltlich-politischen Vorgaben für Kunst und

Kulturschaffende machen. Antisemitismus müsse bekämpft werden, aber durch Streit, Auseinandersetzung und Argumente, nicht durch bürokratische Vorschriften. Andernfalls öffnen wir die Tür für andere, weniger redliche Einschränkungen der Kunstfreiheit – auch von rechts.

Die Zukunft unseres Erinnerns

Einleitung zu einem kulturpolitischen Abend anlässlich des 70. Geburtstags der Präsidentin des Goethe-Instituts, Berlin, 13. Mai 2024

[...] Lassen Sie mich mit Versen beginnen aus dem *Rosenkavalier* von Richard Strauss, eine meiner Lieblingsopern. In einer bitter-süßen Arie singt die Marschallin, als sie sich von ihrem jugendlichen Liebhaber Octavian verabschiedet:

„Die Zeit, die ist ein sonderbares Ding.

Wenn man so hinlebt, ist sie rein gar nichts.

Aber dann auf einmal,

da spürt man nichts als sie:

sie ist um uns herum, sie ist auch in uns drinnen.“

Ich bin jetzt doppelt so alt wie die Marschallin. Aber der zwiespältige Blick auf die Zeit wird mit den Jahren eher stärker. Umso dankbarer bin ich, dass ich diesen Moment des Innehaltens und Rückblicks, aber auch eines Blicks in die Zukunft, mit Ihnen gemeinsam gestalten darf!

Lieber Herr Ebert, lieber Herr Beste, liebe Gesche Joost, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Wertschätzung und für das Erinnern einiger Wegmarken, die wir in den vergangenen Jahren gemeinsam bewältigt haben. Vor fünf Jahren habe ich meinen 65. Geburtstag recht ausgelassen im Kreis meiner Freunde und Familie gefeiert. Bald darauf konnte ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen an der Universität Mainz mit einem festlichen Symposium den Übergang in den Status der Seniorforschungsprofessorin ohne Lehrverpflichtungen zelebrieren. Große persönliche Freiheit in Sicht! Nichts deutete darauf hin, dass sich in den kommenden Jahren mein persönliche Lebenslauf so eng mit den Krisendynamiken der „großen Geschichte“ verknüpfen würde. Doch dann kam im August 2019 der Anruf von Klaus-Dieter Lehmann, ob ich mir vorstellen könnte, und nach kurzer Bedenkzeit sagte ich zu. Im September 2019 erfolgte die Wahl durch das Präsidium. Ich begann, mich auf das Amt vorzubereiten, und mir erschloss sich eine neue, spannende Welt! Die Pandemie erzwang, die Amtsübergabe im November 2020 nur im kleinen Kreis in München und mit größerem Publikum Online zu begehen. Und dann folgte eine Krise nach der anderen, die es bewältigen galt.

Dennoch: ich habe keinen Moment lang bereut, das Amt angenommen zu haben! Die zurückliegenden dreieinhalb Jahre waren außerordentlich interessant und voller erfüllender Begegnungen, Gespräche und Veranstaltungen. Nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit dem großartigen Team des Goethe-Instituts war und ist bereichernd, angefangen vom Vorstand über die Abteilungs- und Regionalleiter und -leiterinnen bis hin zu den vielen ausgezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Instituten im Ausland, die ich bei meinen dann endlich im Herbst 2021 startenden Reisen kennenlernen durfte. Meine Erfahrungen als Ethnologin und international engagierte Wissenschaftlerin haben es mir leicht gemacht, mit den Partnerinnen und Partnern des Goethe-Instituts in aller Welt in einen guten Austausch zu kommen,

und ich hoffe, dass ich damit auch dem Ansehen des Goethe-Instituts und Deutschlands gedient habe.

Dennoch war und ist diese Zeit, wie Sie alle wissen, auch durch die Zwänge eines kontinuierlichen, und auch kräftezehrenden Krisenmanagements geprägt. Die neue Fokussierungen der Auslandsarbeit, inklusive Institutsschließungen, und der noch anstehende Umbau der Zentrale in München – waren und sind notwendig. Nur so können wir die zukünftige Handlungsfähigkeit des Goethe-Instituts sichern, und ich stehe voll hinter dieser Transformation. Dabei war und ist mir auch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt stets ein wichtiges Anliegen. Belastend ist aber, dies alles unter Bedingungen von massiver Mittelknappheit und immer weiter sinkenden Zuwendungen und dem Damoklesschwert globaler Minderausgaben zu organisieren. Ich kann nur hoffen, dass hier ein Weg gefunden wird, um eine mittelfristige stabile, verlässliche Mittelzuweisung zu sichern – denn sonst werden alle möglichen Einsparungen, die die Handlungsspielräume für Programmarbeit erweitern sollen, aufgezehrt. Dass wir hier hoffentlich bald wieder optimistischer in die Zukunft blicken können, wünsche ich auch meiner Nachfolge.

Ein runder Geburtstag ist Anlass für persönliche Erinnerungen. Aber das Thema Erinnerung hat mich auch als Wissenschaftlerin lange begleitet. [...] Darum habe ich das Thema Erinnerung auch für unseren heutigen kulturpolitischen Abend gewählt. Fragen nach der „Zukunft unseres Erinnerns“ sind gerade in den letzten Wochen virulenter debattiert worden. Zwei rezente Stationen der Debatte möchte ich nennen.

Erstens die Forderung der Strike Germany-Bewegung: „Free Palestine from German Guilt“. Auch das Goethe-Institut ist in diesem Kontext Gegenstand von Kritik seitens seiner Partner. Ein Beispiel: die Rückgaben der Goethe-Medaille durch Zukiswa Wanner aus Südafrika und Mohamed Abla aus Ägypten Anfang März dieses Jahres. Die südafrikanische Verlegerin, Feministin und Kulturaktivistin Zukiswa Wanner begründet ihren Schritt wie folgt:

„I understand Germany’s guilt for the Holocaust. I do. That guilt is appropriate and has enabled Germany to face its unconscionable past. But ... that makes its position on a current genocide in Palestine all the more shameful. As an aside and as an African, I wish the German government exhibited the same regret for their history in Namibia with the Herero-Nama genocide and for the genocide during the Maji Maji Rebellion in Tanzania. Equally important, I wish that the German government ... would acknowledge that NEVER AGAIN should be for ANYBODY. Instead, what I see is Germany being on the wrong side of a genocide again“.

Ich kann hier nicht ausführlich auf die Problematik dieses aktuellen Genozid-Vorwurfs eingehen – das Goethe-Institut hat dazu eine Stellungnahme veröffentlicht, und ich habe mich in einigen Interviews dazu geäußert. Zukiswa Wanner spricht aber auch die Beziehung zwischen Erinnerung an Kolonialverbrechen und Erinnerung an den Holocaust an. Und das führt direkt zu einem zweiten Ausgangspunkt des heutigen Gesprächs, nämlich die höchst kontroverse Diskussion über das Rahmenkonzept zur Erinnerungskultur in Deutschland, das die Staatsministerin für Kultur und Medien vorgelegt hat und das von den Leitern sämtlicher Gedenkstätten und vielen anderen scharf kritisiert wird. Auch hier kann ich aus Zeitgründen nicht auf Einzelheiten eingehen. Nur so viel: Der erste, inzwischen zurückgezogene Entwurf des Konzepts schlägt vor, die staatlichen Förderrichtlinien für die Erinnerungskultur zu erweitern und künftig nicht nur zwei, sondern fünf Pfeiler der Erinnerungsarbeit in den Blick zu nehmen. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Shoah sollen ebenso wie die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und des SED-Unrechts weiterhin im Mittelpunkt staatlich

geförderten Gedenkens stehen. Dazukommen soll drittens die Erinnerung an die staatlichen Kolonialverbrechen. Bei dieser Erweiterung gehen auch die Kritiker des Konzepts grundsätzlich mit. Aber sie sehen den vierten und fünften Pfeiler als problematische Pluralisierung der Erinnerungsarbeit an, nämlich zum einen die stärkere Berücksichtigung der Erinnerungen von Vertriebenen, Flüchtlingen und Einwanderern und zum anderen die Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte.

Die Debatte wird leidenschaftlich, wenn nicht gar unversöhnlich geführt. Umso mehr freue ich mich, mit meinen Gesprächspartnern heute Abend in aller Ruhe zu fragen, wie sie die Zukunft unseres Erinnern sehen. [...] Zum Thema Erinnerung forsche ich selbst seit langem, vor allem mit Bezug auf nationalstaatliche Erinnerungspolitik in Afrika, aber auch zum Wandel von familiären Erinnerungspraktiken. Seit einigen Jahren begleite ich das Thema nun auch als Kulturpolitikerin, und es ist Gegenstand zahlreicher internationaler Projekte des Goethe-Instituts. Zum gemeinsamen Nachdenken eingeladen habe ich zwei kompetente Gesprächspartner, auf deren Perspektiven ich neugierig bin: die Soziologin und Gewaltforscherin Teresa Koloma Beck und den Philosophen Omri Boehm [...].

„Die Zukunft unseres Erinnerns“: dieses Thema ist natürlich viel zu breit, als dass wir es in einer Stunde erschöpfend diskutieren könnten. Ich möchte aber versuchen, gemeinsam mit meinen Gesprächspartnern einen Blick auf einige Dynamiken aktueller Erinnerungspraktiken und -politiken zu werfen. Dabei möchte ich den Fokus auf Erinnerungen im öffentlichen Raum richten, und zwar insbesondere auf Praktiken des Gedenkens und Erinnerns, die von staatlichen Akteuren organisiert oder zumindest mit staatlichen Mitteln subventioniert werden. Doch ehe wir einsteigen, erlauben Sie mir noch zwei Vorbemerkungen.

Erstens fokussiert der Titel des Gesprächs bewusst nicht auf Erinnerung oder die oft etwas pathetisch beschworene Erinnerungskultur, sondern auf Erinnern als Tätigkeit, oder genauer: als Bündel von unterschiedlichen Praktiken. Ich beziehe mich hier auf Erkenntnisse aus dem internationalen Forschungsfeld der „Memory Studies“, das in den letzten Jahren sehr gewachsen ist. Dieser aktivische Fokus legt den Blick frei auf die Erinnerungsakteure. Auch beim Erinnern im öffentlichen Raum und beim staatlichen Gedenken ist das eine Pluralität von Akteuren, angefangen von den unterschiedlichen staatlichen Körperschaften wie Parlamente auf Bundes- und Landesebene, Ministerien oder Kommunen über Institutionen wie Gedenkstätten und Museen bis hin zu einzelnen Interessenverbänden, individuellen Politikern oder Journalisten. Hier gibt es Kooperation ebenso wie Konkurrenz. Und auch wenn wir eine „Opferkonkurrenz“ von uns weisen, sind doch die Ressourcen begrenzt—sowohl die öffentliche Aufmerksamkeit wie die Finanzen, mit denen Erinnern organisiert wird, sind knappe Güter. Der aktivische Fokus lädt uns auch ein, die Pluralität von Erinnerungspraktiken im Blick zu behalten, die durch gewissermaßen unterschiedliche Härtegrade und Organisiertheit geprägt sind. Hier reicht das Spektrum von in Granit gemeißelten Denkmälern, Museen und Archiven über etablierte jährliche Feiertage und Gedenkrituale und Schulbuchtexte bis hin zu Podcasts, Fernsehserien, Theaterstücken oder gelegentlichen Zeitungsbeiträgen. Unterschiedliche Medien und Formate transportieren unterschiedliche Inhalte und haben unterschiedliche Adressaten. Das kann Vielstimmigkeit, aber auch Dissonanzen erzeugen.

Zweitens ist Erinnerung notwendig selektiv. Es gibt keinen „total recall“. Vergessen und Verschweigen gehören immer zur Erinnerung. Im öffentlichen Raum und beim staatlichen Gedenken rufen die Erinnerungsakteure bestimmte Aspekte der Vergangenheit auf, um die Gegenwart und vor allem die Zukunft zu gestalten. Daraus folgt, dass Erinnerung sich mit neuen

politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verändern kann und gestaltbar ist. Und es ist klar, dass Erinnerung in machtsstrukturierten Feldern organisiert wird.

Wir drei auf dem Podium haben unterschiedliche biografische und disziplinäre Hintergründe, und wir haben in verschiedenen Gesellschaften bzw. Nationalstaaten gelebt und geforscht. Ich möchte gern diese Kompetenzen nutzen, um die aktuellen deutschen Debatten über Erinnerungskultur auch „von außen“ zu betrachten, im internationalen Vergleich.²³

„Mixité, tolérance et respect“. Kulturaustausch für die Demokratie

Grußwort zum Sommerempfang des Goethe-Instituts, Berlin, 2. Juli 2024

[...] „Wir können etwas verändern!“ sagte der 25-jährige Kylian Mbappé, Kapitän der französischen Fußball-Nationalmannschaft, vor zwei Wochen in einem Interview vor der Partie Frankreichs gegen Österreich. Das Spiel sei extrem wichtig, aber es gebe Dinge, die eine noch weit größere Bedeutung hätten—nämlich die französischen Parlamentswahlen. Und Mbappé rief vor allem die jungen Menschen auf, zur Wahl zu gehen.

„Wir sind eine Generation, die einen Unterschied machen kann! [...] Dies ist ein wichtiger Moment in der Geschichte unseres Landes. Vielleicht ist er so wichtig wie noch nie. [...] Wir sehen heute, dass die Extremen vor den Türen der Macht stehen. Wir haben aber die Chance, die Zukunft unseres Landes zu bestimmen. [...] Ich bin gegen Extremismus, gegen spaltende Ideen. Wir müssen uns mit unserem Land, mit den Werten unseres Landes identifizieren, den Werten der Vielfalt, der Toleranz und des Respekts.“

Mbappé sprach von „mixité, tolérance et respect“. „Mixité“, wörtlich Mischung, betont noch stärker als etwa „diversité“ die soziale Mélange und kulturelle Buntheit der Gesellschaft—das Gegenteil der rechtspopulistischen Ideale einer kulturell homogenen Volksgemeinschaft. Mbappé selbst, mit einem kamerunischen Vater und einer algerischen Mutter, geboren und aufgewachsen in den Pariser Banlieues, ist ein Beispiel der „mixité“ und der Integrationschancen in der französischen Gesellschaft. Mbappés steile Karriere ist für viele Jugendliche ein Vorbild, nicht nur in Frankreich.

Das Spiel gegen Österreich hat Frankreich 1:0 gewonnen. In der ersten Runde der Parlamentswahlen allerdings haben sich Mbappés Hoffnungen nicht erfüllt. Die Wahlbeteiligung der jungen Generation lag deutlich unter dem nationalen Durchschnitt von fast 67%. Und die Jugend hat nicht die Mitte, sondern die Extreme gewählt—das linke Bündnis Nouveau Front Populaire oder das Rassemblement National. Bei den Stimmen für das rechtsradikale Rassemblement lagen die jungen Wähler nur einen Prozentpunkt unter dem nationalen Durchschnitt von 34%. Ich bin gespannt sein, wie sich das im zweiten Wahlgang entwickelt.

„Europa ist ein Hort der Demokratie und Menschenrechte, trotz aller Anfechtungen, die wir auch innerhalb der EU spüren!“ Dieses leidenschaftliche Bekenntnis zu Europa stellte

²³ Die Podiumsdiskussion mit Teresa Koloma Beck und Omri Boehm wurde in bearbeiteter Form veröffentlicht. Vgl. dazu „Die Zukunft unseres Erinnerns. Ein kulturpolitisches Gespräch“, *Merkur* 906 (78), 2024: 5-18, sowie auf Englisch „The future of remembering“, *Eurozine* 19 Feb. 2025 [<https://www.eurozine.com/the-future-of-remembering/>].

Bundeskanzlerin Angela Merkel im März 2019 in das Zentrum ihrer Regierungserklärung vor einem EU-Gipfeltreffen und im Kontext der Verhandlungen um den Brexit. Inzwischen sind die Anfechtungen noch weitaus spürbarer geworden. Immerhin haben die Aufmerksamkeit für die Europawahl 2024 und die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2019 insgesamt zugenommen. Über die Zukunft der Europäischen Union—über die europäische Haltung zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und zum Krieg in Gaza, die Migration, die Klimakrise und die Wirtschaftslage in Europa—wurde intensiver als je zuvor debattiert. Doch sind die demokratischen und pro-europäischen Kräfte im Europäischen Parlament nach der Wahl geschwächt, die Rechtsaußen-Fraktionen haben deutlich dazugewonnen.

Wir sollten diesen Weckruf hören! Es ist bitter nötig, überall die demokratischen Kräfte zu stärken. Für die Verteidigung liberaler Demokratien und die Stärkung des europäischen Zusammenhalts brauchen wir nicht nur die Spitzenpolitik, sondern auch enge Verbindungen und kulturellen Austausch zwischen den europäischen Gesellschaften. Die Kultur spielt dafür eine zentrale Rolle. Rechtsextreme Bewegungen richten nicht ohne Grund ihre Aufmerksamkeit besonders auf den Kulturbereich und versuchen, Personal in Kulturinstitutionen auszutauschen, missliebige Werke aus Bibliotheken zu entfernen, Finanzierungen für unerwünschte Kulturveranstaltungen zu kappen und vieles mehr. Dagegen braucht es mehr denn je gemeinsame europäische Anstrengungen—friedliche und die Menschen verbindende Sprach- und Kulturarbeit, die vielfältige Perspektiven miteinander in Austausch bringt. Es braucht eine gesellschaftliche Verbindungsarbeit, die die von Mbappé aufgerufenen Werte der „mixité, tolérance und respect“ fördert.

Hier spielen zum Beispiel Städtepartnerschaften und Jugendaustausch eine wichtige Rolle, und hier kann auch die Arbeit des Goethe-Instituts viel bewirken. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen. Das EU-finanzierte und vom Goethe-Institut umgesetzte Programm „Culture Moves Europe“ wird bis 2025 die Mobilität von über 7.000 europäischen Künstler*innen und Kulturschaffenden fördern, die frei gewählte internationale Kooperationsprojekte realisieren—sozusagen ein ERASMUS-Programm für den Kulturbereich. Hier entstehen inspirierende Begegnungen und viele langfristige grenzüberschreitende Arbeitsbeziehungen und Freundschaften. So wird europäische Integration mit Leben gefüllt.

Das Projekt „Perspectives: one Europe, many stories“ richtet sich an Journalisten und Journalistinnen aus Tschechien, Litauen, der Slowakei, Ungarn, Polen, der Ukraine und Deutschland. Was bewegt und verbindet junge Europäer*innen in Hinblick auf Themen wie Identität, Demokratie und Nachhaltigkeit? Was denken sie über den Krieg in der Ukraine oder im Nahen Osten? Zu diesen und ähnlichen Fragen arbeiten multinationale Teams in Workshops und gemeinsame Recherchen. Sie produzieren kollektive Artikel, Podcasts und Social Media-Beiträge. „Wir nehmen an *Perspectives* teil, weil es den Journalismus neu definiert“, so eine erste Bilanz des Teams vom ungarischen EPER-Radio: „Das Programm befreit uns von nationalen Medienblasen und bringt Redaktionen in ganz Europa zusammen“. Ein Team aus Prag schreibt: „Für uns ist *Perspectives* eine einmalige Gelegenheit zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern, weil wir glauben, dass Europäer-Sein nicht nur ein Zustand ist, sondern eine Denkweise“. Hier entsteht ein wichtiges Gegengewicht gegen Fake News und populistische Verschwörungstheorien. Hier wachsen solidarische Netzwerke, die die Presse- und Meinungsfreiheit ganz praktisch unterstützen.

Solche grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Netzwerke und multiperspektivische Kulturarbeit in Europa zu fördern, ist ein zentrales Anliegen des Goethe-Instituts. Allerdings werden die finanziellen Ressourcen knapper. Darum verändert sich das Goethe-Institut, um diese

Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen zu können—ich nenne hier nur die Stichworte Maßgabebeschluss und Transformationsprozess, inklusive der Neuaufstellung unseres Institutsnetzwerks, der Reorganisation unserer europäischen Regionen und der Neuaufstellung der Zentrale. Ich bin trotz vieler mit der Transformation verbundenen Härten zuversichtlich, dass das Goethe-Institut hier den richtigen Weg geht. Das Goethe-Institut hat ein starkes Netzwerk und treue Freunde und Partnerinnen, die sich für den internationalen Kultur- und Bildungsaustausch und damit auch die Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte einsetzen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken [...]

Ambivalenz und Unsicherheit aushalten, solidarische Netzwerke stärken

Grußwort bei der Veranstaltung „Die Kunst, Viele zu bleiben“ des Fonds Darstellende Künste, Weimar, 24. August 2024

[...] Bei der Vorbereitung auf den heutigen Nachmittag musste ich an den im Mai 2023 verstorbenen großartigen bosnischen Schriftsteller und Goethe-Medaillen-Preisträger Dževad Karahasan denken. Im Herbst letzten Jahres konnte ich in Sarajevo an einem Gedenkabend zu seinen Ehren teilnehmen. Ich hatte dafür seinen eindrucksvollen letzten Roman *Einübung ins Schweben* gelesen, der wie viele von Karahasans Werken die tagtägliche Dramatik des Jugoslawien-Kriegs und die Belagerung von Sarajevo vor dreißig Jahren schildert—diesmal aus den Perspektiven zweier höchst ungleicher Freunde, eines menschlich-mitfühlenden bosnischen Dichters und seines distanziert-intellektuellen englischen Übersetzers, der sich für Bombenhagel, Not und den Verlust moralischer Standards als eine Art existentielles Experiment begeistert. Ein irritierender Roman, und ohne seinen schwarzen Humor wäre er schwer erträglich. Karahasan sah Literatur als höchste Form der Erkenntnis, weil sie die Realität aus verschiedenen und sogar unversöhnlichen Blickwinkeln heraus zu beleuchten vermag. Auch in seinen Reden und Interviews vermittelte er erfahrungsgesättigte Weisheit, aber ebenso überbordende Spielfreude, Fantasie und Humor. Von all dem brauchen wir in heutigen Zeiten von Krieg, intoleranten Debatten und zunehmender Kritik an der Demokratie eine gehörige Portion. Eine Passage aus einem Interview, das Karahasan dem Deutschlandfunk Kultur im Februar 2019 gab, finde ich für die „Kunst, Viele zu bleiben“ besonders einschlägig:

„Man muss reden. Man muss begreifen, dass Dialog niemals bequem sein kann. Man muss in sich Mut finden, auf Bequemlichkeit zu verzichten. Man muss begreifen, dass Bequemlichkeit nicht das Wichtigste im Leben ist. Man muss sich seinen Mitmenschen öffnen. Man muss begreifen, dass das Leben viel komplexer ist, vielschichtig, kompliziert, wunderbar, wegen seiner Unsicherheit wunderbar. Denn man darf nicht vergessen, dass wir alle in das Leben Emigrierte sind. [...] Freuen wir uns über diese Emigration, über die großartige Unsicherheit. Über Unwissenheit. Auch das ist gut. [...] Verwunderung, Naivität führen zu einer Frage. Haben Sie nicht gemerkt, dass alle Leute um Sie herum lauter Antworten haben? Keiner hat eine Frage. Lernen wir uns wieder zu fragen, zu wundern!“

Ambivalenz, Uneindeutigkeit, Unsicherheit aushalten—ja, sie als Chance zu begreifen: das ist doch ein hoffnungsvoller Gedanke. Gerade jetzt müssen wir im Dialog bleiben, selbst wenn das unbequem ist. Die Ergebnisse der Europawahlen und die Prognosen für die bevorstehenden Landtagswahlen hier in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen den Vormarsch

rechter Parteien, die mit ihren antidemokratischen Haltungen und Heilsversprechen viele Bürgerinnen und Bürgern anziehen. In den USA stellen sich Kamala Harris und Tim Walz gerade dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg von Donald Trump und seinen Gefolgsleuten nicht mit Untergangsszenarien, sondern schwarzem Humor entgegen. „Die Faschisten bauen auf Furcht, sie bauen darauf, dass wir uns zurückziehen. Aber wir haben keine Angst vor seltsamen Menschen [weird people]!“ – so Tim Walz in einer viral gegangenen Wahlkampfreden. Von dieser Haltung lässt sich lernen, finde ich, und gerade die Kulturarbeit spielt hier eine zentrale Rolle.

Die rechtsradikalen Bewegungen – und teilweise Regierungen – in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Ungarn, der Slowakei und anderen Ländern haben längst gezeigt, für wie wichtig sie den Kulturkampf halten, dem Kampf um die Köpfe und Herzen der Bevölkerung. Radio- und Fernsehanstalten werden umgebaut, Spitzenpersonal in Kulturinstitutionen entlassen und ausgetauscht, missliebige Werke aus Bibliotheken entfernt, die Finanzierungen für unerwünschte Kulturveranstaltungen gekappt und vieles mehr. Hier müssen wir gegenhalten und durch Dialog und mitreißende Kulturveranstaltungen, aber auch Schutzräume für bedrohte Künstler, durch internationale Netzwerke und vieles mehr Freiheit und Perspektivenvielfalt verteidigen und für unsere unfassbar wertvolle Demokratie praktisch werben.

Auch das Goethe-Institut sieht sich hier in der Pflicht und kann auf eine langjährige Erfahrung zurückgreifen mit seinen Kultur-, Bildungs-, und Sprachprogrammen, die unterschiedliche Menschen vernetzen und Vielstimmigkeit fördern. Drei Formate haben sich für die „Kunst, Viele zu bleiben“, besonders bewährt.

Da stehen an erster Stelle Residenzprogramme, in Deutschland und andernorts, in denen internationale Kulturschaffende zusammenkommen und für eine gewisse Zeit miteinander leben. Jeder und jede arbeitet an seinem und ihrem eigenen Projekt, aber durch den geteilten Alltag entstehen Vertrauen und Freundschaften, die oft in langjährigen Verbindungen münden. Gerade wenn kein Produktionszwang herrscht, nichts unbedingt „fertig“ werden muss, wächst mit der Freiheit, Neues zu erkunden, die Neugier auf andere Perspektiven und – unverzichtbar – auch der Humor, um kulturelle Grenzen oder auch politische Differenzen spielerisch zu überbrücken.

Ko-Produktionen und längerfristige länderübergreifende Kooperationsprojekte gehen einen Schritt weiter und schaffen neue Verbindungen durch das gemeinsame Tun. Unterschiedliche Perspektiven auf die Welt, auf bestimmte Themen, werden hier genutzt, um gemeinsam an einem Projekt zu arbeiten und Neues zu schaffen. So richtet sich etwa das von den Goethe-Instituten in Südosteuropa aufgesetzte Journalistenprogramm „Perspectives: one Europe, many stories“ an junge Journalisten und Journalistinnen aus Tschechien, Litauen, der Slowakei, Ungarn, Polen, der Ukraine und Deutschland. Sie arbeiten in multinationalen Teams in Workshops und kollektiven Recherchen an gemeinsamen Fragen – wie etwa: Was bewegt und verbindet junge Europäer*innen in Hinblick auf Themen wie Identität, Demokratie und Nachhaltigkeit? Was denken sie über den Krieg in der Ukraine oder im Nahen Osten? Die Teams produzieren kollektive Artikel, Podcasts und Social-Media-Beiträge. Hier entsteht also ein wichtiges Gegengewicht gegen Fake News und populistische Verschwörungstheorien. Hier wachsen solidarische Netzwerke, die die Presse- und Meinungsfreiheit ganz praktisch unterstützen.

Ein drittes Format sind einzelne Veranstaltungen, die unterschiedliche Kulturschaffende einladen und damit punktuell verschiedene Perspektiven zu einem Thema für ein lokales oder

auch—je nachdem—internationales Publikum sichtbar machen. Mein Lieblingsbeispiel hier ist das Festival „The Burden of Memory“ in Yaoundé, wo Künstler*innen und Intellektuelle aus verschiedenen afrikanischen Ländern zusammenkamen, um ihre unterschiedlichen Erinnerungen und Blicke auf die Kolonialgeschichte zu präsentieren und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen. Ein weiterer Baustein dieses Formats ist die Gastspielförderung, die das Goethe-Institut anbietet—zum Beispiel für die aktuelle Veranstaltungsreihe des Fonds Darstellende Künste. So konnten an mehreren Orten in Deutschland internationale Gastspiele aus Argentinien, Brasilien, Chile, Indien und Ungarn präsentiert werden.

Die genannten drei Formate können sich in vielfältiger Weise mischen und aufeinander aufbauen. In jedem Fall bereichern die internationalen Perspektiven und Erfahrungen zum Thema Demokratie und Meinungsfreiheit die Debatten in Deutschland. Wir können voneinander lernen. Und wir sollten uns gegenseitig stärken—in einer Grundhaltung von Neugier, Verständnisbereitschaft, Toleranz und Humor.

Ich wünsche der Veranstaltungsreihe „Die Kunst, Viele zu bleiben“ ein begeistertes Publikum und nachhaltige Wirkung! [...] Wir brauchen solche internationalen Partnerschaften und die vielfältigen Netzwerke in Deutschland, um Viele zu bleiben!

Starke Frauen, widerständige Netzwerke und die Kraft der Kultur

Rede anlässlich der Verleihung der Goethe-Medaille, Weimar, 28. August 2024

[...] ich freue mich sehr, dass wir heute drei starken Frauen die Goethe-Medaille für ihre Verdienste um die deutsche Sprache und um den internationalen Kulturaustausch verleihen dürfen: Claudia Cabrera aus Mexiko, Iskra Geshoska aus Nordmazedonien und Carmen Romero Quero aus Chile. Alle drei wirken mit leisen Tönen, aber auch mit durchaus lauter Einmischung in ihren eigenen Gesellschaften und weit darüber hinaus. Mit ihrer Kulturarbeit nähren sie die Hoffnung auf eine bessere Welt, auf ein friedliches, tolerantes und kreatives Miteinander in einer herausfordernden Zeit. Gerade angesichts der beklemmenden politischen Krisen und gesellschaftlichen Spaltungen ist diese Arbeit überlebensnotwendig. Und unter das Motto „Hoffnung“—auf die Kraft der Kultur—möchte ich mein Grußwort heute stellen.

Ich freue mich, dass die Jury—wie schon einmal im Jahr 2017—unter einer ganzen Reihe verdienstvoller Kandidaten drei Frauen als besonders preiswürdig ausgewählt hat! Bis 1989 gab es unter der großen Schar der Preisträger nur acht Frauen, gerade einmal drei Prozent aller Medaillenempfänger. Seither stieg ihr Anteil langsam, aber doch kontinuierlich, auf inzwischen insgesamt immerhin ein Drittel. Mich jedenfalls stimmt es hoffnungsvoll, dass die Goethe-Medaille „weiblicher“ geworden ist—und dass sich das auch bei der heutigen Verleihung zeigt.

Die Weltlage ist bedrückend—ja, seit der Verleihung der Goethe-Medaille im letzten Jahr ist sie nochmals bedrückender geworden. Der Krieg in der Ukraine dauert mit unerbittlicher Härte nun im dritten Jahr fort, und es ist kein Ende in Sicht. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober letzten Jahres steht auch der Nahe Osten in Flammen, mit zahllosen zivilen Opfern und unendlichem Leid besonders für Frauen und Kinder, und auch hier scheint—angesichts der Unversöhnlichkeit der Gegner und ihres zynischen politischen

Kalküls—eine friedliche Lösung immer wieder in weite Ferne zu rücken. Auch der Krieg im Sudan treibt nach wie vor Hunderttausende von Menschen in die Flucht.

Der Blick auf Europa stimmt nicht unbedingt zuversichtlicher. Etwa wenn wir auf Georgien schauen, wo zahlreiche Kulturschaffende gegen die Regierung und speziell die Kulturministerin demonstrieren, die Freiheitsrechte einschränken und den Kulturbereich rechts-nationalistisch umbauen will. Ähnliches geschieht in der Slowakei und Ungarn und etlichen anderen Ländern. Die Ergebnisse der Europawahlen und die Prognosen für die bevorstehenden Landtagswahlen hier in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen ebenso erschreckend den Vormarsch rechtsradikaler Parteien, die mit ihren antidemokratischen Haltungen und rückwärtsgewandten Heilsversprechen viele Bürgerinnen und Bürger anziehen. Immer wieder äußern sich Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber auch islamistischer Fundamentalismus, der zu Terror aufruft. Unversöhnliche Polarisierungen, mit hasserfüllt gebrüllten Parolen, machen das gegenseitige Zuhören nahezu unmöglich.

Auch in den Ländern, aus denen unsere diesjährigen Preisträgerinnen kommen, ist die Situation düster oder doch zumindest heikel. In Nordmazedonien hat vor wenigen Monaten eine rechts-nationalistische Partei die Regierung übernommen; grassierende Vetternwirtschaft und Korruption sowie die immer neuen Hürden vor einem EU-Beitritt erzeugen Frustration. Und die staatliche Kulturpolitik will vor allem eine mazedonische Identität gegen alles Fremde abschotten und lässt wenig Freiräume für eine unabhängige Szene.

In Chile herrschen Rechtsstaat und Demokratie, doch ein großes soziales Gefälle, ungleiche Bildungschancen und Generationenkonflikte polarisieren die Gesellschaft. Entwürfe einer neuen Verfassung, die—wie in massenhaften sozialen Protesten gefordert—mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit schaffen soll, sind vorerst gescheitert. Und auch fünfzig Jahre nach dem Ende der Pinochet-Diktatur stockt die öffentliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen immer noch.

Mexiko kämpft mit einer noch drastischeren Schere zwischen Arm und Reich, mit Drogenkriminalität und Korruption und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Das Land hat eine der höchsten Mordraten der Welt; es ist tödlich für Journalisten und Umweltaktivisten. Im Oktober wird die erste weibliche Präsidentin—die Kandidatin einer mitte-links-populistischen Partei—ihr Amt antreten. Doch ob sie den erbitterten Kulturkampf zwischen Konservativen und Linkspopulisten befrieden kann, ist mehr als fraglich.

Alles in allem also ein Panorama, das wenig Anlass zu Hoffnung zu geben scheint. Und doch: wir erleben gerade in den USA, wie Kamala Harris und Tim Walz die Stimmung verändern und—wie Barack Obama vor sechzehn Jahren—Hoffnung auf ihre Fahnen schreiben. „Hope is making a comeback“, hieß es auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten. Auch unsere Preisträgerinnen sind wichtige Beispiele für Menschen, deren Engagement in ihren Ländern einen großen Unterschied macht. Ich habe sie im Vorfeld der Verleihung gefragt, was sie hoffnungsvoll stimmt. Ihre Antworten lassen sich zu einer regelrechten Trilogie der Hoffnung stiftenden Wirkungen von Kultur zusammenfügen.

Iskra Geshoska sieht in Nordmazedonien mit seiner desolaten staatlichen Kulturpolitik, die den kritischen Dialog behindert und Freiheit beschneidet, eigentlich gar keinen Anlass zu Hoffnung. Ich fragte nach, warum sie das Land trotzdem nicht verlässt. „Weil ich mich für die Gesellschaft und die Gemeinschaft verantwortlich fühle“, schrieb sie. „Ich bin überzeugt, dass sich die Dinge nur durch beharrliches Engagement ändern lassen. Kultur und künstlerische Produktion, vor allem der unabhängige Kultursektor, haben die Kraft, politisch einzugreifen

und die gesellschaftliche Landschaft zu verändern. [...] Junge Künstler und Kulturschaffende zu motivieren, durch alternatives, selbstorganisiertes Lernen und Tun unabhängige Plattformen zu schaffen: das ist meine persönliche Motivation, in Nordmazedonien zu bleiben und zu arbeiten.“

Solidarische Netzwerke von Kulturschaffenden, die in einer korrupten und autoritären Gesellschaft Räume von Widerständigkeit schaffen: das ist die Hoffnung stiftende Kraft der Kulturarbeit, die Iskra Geshoska betreibt. Es geht ihr um Schutzräume, in denen Kulturkritik praktiziert und Utopien anderer Formen des Zusammenlebens genährt werden können.

Auch Carmen Romero zieht ihre Hoffnung aus den neuen Formen von Gemeinschaft, die Kulturarbeit ermöglichen kann. In ihrer Arbeit ist es besonders das Theater, das ein Modell des freien, solidarischen Miteinanders vorlebt. Hier werden soziale, ethnische und religiöse Grenzen überwunden und zugleich der Reichtum kultureller Unterschiede und traditioneller Wurzeln respektiert. „Das Theater ist eine Nation“, schrieb sie mir, „und ich feiere die Zugehörigkeit zu dieser Nation, weil sie die perfekte Utopie dessen ist, was die Welt sein könnte. Eine Gemeinschaft, die aufeinander eingestimmt schwingt, in der uns weder Religionen noch soziale Unterschiede voneinander trennen. Wir können im selben Raum atmen, ohne uns gegenseitig umbringen zu müssen. Ich komme aus einem Land mit tiefen Wurzeln, derer wir uns nicht bewusst waren, bis die Kunst es auf sich genommen hat, sie mir zu zeigen. Ich glaube an die regenerative Kraft der Erde und höre auf die Stimmen unserer Ureinwohner, um unseren Geist zu beruhigen und uns in das Universum zurückzuführen, zu dem wir gehören. Ich glaube an die Freiheit der Völker und an die Demokratie.“

Als Übersetzerin geht Claudia Cabrera einer zunächst einsameren Tätigkeit als die Theatermacherin Romero nach. Ihre Netzwerke mit anderen Menschen und Kulturen sind vermittelt durch die literarischen Texte, die es zu verstehen und interpretieren und in eine andere Sprache zu transportieren gilt. Doch als Kulturmanagerin bringt sie in Lesungen und Workshops die Literatur auch in persönlichen Begegnungen zum Klingen und begeistert ihr Publikum für neue Perspektiven auf die Welt. „Was kann Hoffnung machen zu Zeiten, wo so viel Schlimmes passiert?“, fragt sie und antwortet: „Ich beziehe die Hoffnung aus der Schönheit, die es trotz allem noch auf der Welt gibt. Die Schönheit der Natur, aber auch die der Kunst: sei es Beethovens 9. Sinfonie oder die mexikanische Wandmalerei. Denn wahre Schönheit ist aufbegehrend und gibt Mut – auch und gerade in dunklen Zeiten. Ich, als Übersetzerin, bin privilegiert. Denn meine Arbeit besteht darin, die Schönheit der Literatur von einer Sprache in die andere über zu setzen.“

Kulturarbeit, die Schutzräume und widerständige Netzwerke schafft; Kulturarbeit als gelebte Utopie des freien Miteinanders und der Grenzüberschreitung; und Schönheit als Quelle von Kraft und Mut: das sind drei Gedanken, die uns in den kommenden Tage und Monate Hoffnung vermitteln können. Den Preisträgerinnen möchte ich viel Kraft wünschen, ihre Hoffnungen weiter zu nähren und sie mit anderen gemeinsam umzusetzen. Herzlichen Glückwunsch Ihnen! Und wenn die Netzwerke des Goethe-Instituts und die Verleihung der Goethe-Medaille Ihre Arbeit unterstützen können, würde mich das sehr freuen. [...]

Multiple Krisen und die Stärken des Goethe-Instituts. Ein Rückblick

Rede zur Amtsübergabe, München, 21. November 2024

[...] Ich möchte Sie anlässlich der Übergabe meines Amts an meine Nachfolgerin im Präsidentenamt, Gesche Joost, einladen, mich auf drei Stationen meiner Reisen in das weltweite Netzwerk der Goethe-Institute zu begleiten.

Yaoundé, Oktober 2021. Trotz Corona-Einschränkungen feiere ich mit den Mitarbeiterinnen und vielen Partnern das sechzigjährige Bestehen des Goethe-Instituts Kamerun. Höhepunkt der Veranstaltung: die Verleihung der Goethe-Medaille an die charismatische Kulturmanagerin Princess Marilyn Douala Manga Bell. Ihr Urgroßvater Rudolf Manga Bell führte die wichtigste kamerunische Widerstandsbewegung gegen die deutsche Kolonialmacht an. Sein Grab in Douala besuche ich gleich nach meiner Ankunft im Land. Auf meinem Besuchsprogramm in Yaoundé steht das CLAC, das Centre de Lecture et d'Animation Culturelle de Yaoundé, eine genossenschaftliche Stadtteilbibliothek, mit der das Goethe-Institut eng zusammenarbeitet. Ihr Leiter Charles Kandem führt uns zu den langen Regalen mit über 10.000 gut sortierten Büchern – afrikanische Romane, Kinderbücher, Comics, naturwissenschaftliche Werke, Literatur zur kamerunisch-deutschen Geschichte und vieles mehr. Ein kleiner Veranstaltungssaal. Ein Cyber-Café für die vielen Nachbarn ohne eigenen Zugang zum Internet. Im offenen Hof: von lokalen Handwerkern gefertigte Spiele. Und dann zeigt Charles uns die Arbeitstische mit neuen Computern und Tablets, die er aus Mitteln des Corona-Hilfsfonds des Goethe-Instituts anschaffen konnte. Damit kann das CLAC digitale Arbeitsmöglichkeiten anbieten, die gerade in der Pandemie so wichtig sind und die in privaten Haushalten, Schulen, Universitäten und sogar der Nationalbibliothek fehlen.

Das Goethe-Institut hatte im Sommer 2020 mit Unterstützung des Auswärtigen Amts einen Corona-Hilfsfond aufgelegt und 2021 erneuert. Weit über zweihundert Organisationen aus mehr als sechzig Ländern – darunter das CLAC – erhielten jeweils bis zu 30.000 Euro Fördermittel. Damit konnten in kürzester Zeit zivilgesellschaftliche Kulturinitiativen dort unterstützt werden, wo staatliche Förderung fehlte und die Pandemie die Kulturszene zu zerstören drohte. Der Hilfsfond half, innovative Strukturen zu erhalten und so künstlerische Freiheit, gesellschaftliche Vielfalt und kritischen Diskurs zu fördern.

Tbilissi, Juni 2023. Das Goethe-Institut in Georgien, 1994 gegründet und seitdem wichtiger Unterstützer der Filmszene, zeigt zum wiederholten Mal den preisgekrönten Dokumentarfilm „Taming the Garden“ von Salomé Jashi. Ich bin ganz ergriffen von diesem poetischen, stillen Film, der uralte Bäume aus georgischen Dörfern auf einer abenteuerlichen Reise begleitet. Den Anwohnern abgekauft, werden die Giganten mit riesigen Baggern ausgegraben, in Holzkisten gepackt, von kolossalen Sattelschleppern abtransportiert und schließlich auf Fähren über das Schwarze Meer gebracht. Ihre neue Heimat ist der dendrologische Privatpark des georgischen Milliardärs Bidsina Iwanischwili, früher Premierminister, jetzt graue Eminenz der Regierungspartei „Georgischer Traum“. „Taming the Garden“ ist in Georgien politisch unerwünscht. Das Goethe-Institut ist im zunehmend autoritär regierten Land einer der wenigen Orte, wo solche Filme noch gezeigt werden können.

Nach der Vorführung diskutiere ich mit Regisseurin Salomé Jashi, dem Filmmanager und Goethe-Medaillen-Preisträger Gaga Chkheidze sowie Lasha Bakradze, dem Leiter des georgischen Literaturmuseums. Chkheidze, Gründer des wichtigsten Filmfestivals im Kaukasus und Direktor des nationalen Filminstituts, ist eines der ersten Opfer der Entlassungswelle, mit der die Kulturministerin die Kulturszene auf Regierungskurs bringen will. Auch Bakradze wird

bald nach meinem Besuch wegen seines Protests gegen das „ausländische Agenten“-Gesetz entlassen. „Taming the Garden“ sehen viele Zuschauer als Sinnbild der Beschneidung der Kunst- und Meinungsfreiheit und als bedrückendes Symbol der Allmachtsphantasien eines Oligarchen von russischen Gnaden. Überhaupt sind Russland und sein Angriff auf die Ukraine in Georgien allgegenwärtig. Die Erinnerungen an den Einmarsch russischer Truppen im Norden des Landes im Jahr 2008 sind noch frisch. Und die Sorge, dass die georgische Regierung sich immer stärker Russland und nicht Europa annähert, lässt das Goethe-Institut für viele freiheitsliebende Kulturakteure zu einem wichtigen Treffpunkt und Schutzraum werden.

Johannesburg, September 2024. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Goethe-Instituts begleitet mich auf eine Rundfahrt zu den wichtigsten Stätten des Apartheidregimes. Unsere Tour endet am Constitution Hill, dem Sitz des südafrikanischen Verfassungsgerichts, das auf dem historischen Gelände des ehemaligen Apartheid-Gefängniskomplexes Old Fort errichtet wurde. In einer Ecke hat der Verein South African Jews for a free Palestine einen Olivenhain angelegt, den „Palestinian Nakba Memorial Forest“. Die Geschichte dieses jüdisch-palästinensischen Gedenkwalds ist nur eine Episode der komplexen Beziehungen zwischen Israel und Südafrika. Das südafrikanische Apartheidregime war weltweit eine der ersten Regierungen, die Israel völkerrechtlich anerkannten; Militär und Geheimdienste stimmten sich eng ab; Israel lieferte Waffen, Südafrika Uran. Der ANC dagegen pflegte seit langem mit der PLO ein enges Bündnis. Das Schicksal der Palästinenser erinnert viele Südafrikaner heute an das eigene Leid unter der Apartheid, und auch südafrikanische Juden, wie etwa die Hüter des Nakba Memorial Forest, werfen Israel Siedlerkolonialismus vor. Die ANC-Regierung hat kürzlich den Internationalen Gerichtshof aufgefordert, Israels Vorgehen im Gazastreifen als „Völkermord“ einzustufen.

Die Kritik vieler Südafrikaner, dass sich Deutschland vorbehaltlos auf die Seite Israels stelle, trifft auch das Goethe-Institut. Zahlreiche Kulturakteure werfen ihm vor, in Wahrheit nicht unabhängig zu sein und darum nicht entschieden genug gegen die Israel-Politik der Bundesregierung Stellung zu beziehen. „Strike Germany“ ruft auch in Südafrika dazu auf, das Institut zu boykottieren. Umso wichtiger ist es, an Gesprächsveranstaltungen, Ausstellungen und Filmvorführungen, aber auch Treffen im vertrauten kleineren Kreis festzuhalten. Das Johannesburg Institut führt den Dialog in der Kulturszene weiter. Es gilt, die Erfahrungen und Perspektiven der anderen zu verstehen, aber auch, die eigene historische Verantwortung und die aktuellen Debatten in Deutschland zu erklären.

Dazu soll auch mein Besuch beitragen. Ich treffe die südafrikanisch-israelische Historikerin Tali Nates – auch sie eine Goethe-Medaillen-Preisträgerin – und halte im von ihr geleiteten Johannesburg Holocaust & Genocide Centre einen Vortrag über die Geschichte der deutschen Erinnerungspolitik. Ein Zuhörer macht sich über den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland Sorgen und fragt skeptisch, ob das Goethe-Institut denn wirklich fest an der Seite der Juden stehe.

Dagegen kritisiert die Schriftstellerin Zukiswa Wanner, die ich am nächsten Abend treffe, dass die Bundesregierung und auch das Goethe-Institut zu wenig Empathie mit den Palästinensern zeigen würden. Zukiswa und ich kennen uns schon aus Weimar und freuen uns über das Wiedersehen in Johannesburg. Erst zum Schluss kommt unser Gespräch darauf, warum sie im März dieses Jahres ihre Goethe-Medaille zurückgegeben hat. In ihren Augen steht Deutschland erneut auf der „falschen Seite“ eines Genozids. Es erinnere zwar den Holocaust, aber nicht seine Kolonialverbrechen. Sie habe Verständnis für die besondere deutsche

Verantwortung Juden und Israel gegenüber, klagt aber ein, das Motto „nie wieder“ müsse auch für die Opfer kolonialer Genozide und eben jetzt für die Palästinenser gelten. Ich erläutere, warum ich zwar das Ausmaß der israelischen Militärreaktion und die zivilen Opfer kritisiere, aber auch an den Hamas-Terror und das Schicksal der israelischen Geiseln erinnere – wozu Zukiswa wie viele andere Kulturakteure im Globalen Süden schweigt.

Der Abend endet nicht mit Einigkeit, aber doch dem Versprechen, weiter im Gespräch zu bleiben. Zukiswa wird das Goethe-Institut nicht boykottieren. Ich bin überzeugt: nur mit einer solchen Haltung gegenseitigen respektvollen Zuhörens kann sich das Goethe-Institut als Brückenbauer bewähren, auch in dem global erbittert geführten Streit über Israel und Palästina, über Rassismus und Antisemitismus. Zuhören heißt nicht unbedingt zustimmen – eine Nuance, die in den schnell heiß laufenden Social-Media-Kommunikationen verloren geht. Das Goethe-Institut stellt sich Antisemitismus, Rassismus und Gewaltverherrlichung klar entgegen. Aber es ist auch bereit zum offenen Dialog mit Menschen, die mit anderen historischen Erfahrungen und kulturellen Prägungen auf die Welt schauen.

Yaoundé, Tbilissi, Johannesburg – die drei Stationen stehen stellvertretend für die drei großen Krisen, die meine Amtszeit geprägt haben: die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und der Krieg im Nahen Osten. Damit verbunden: die weltweite Zunahme illiberaler Kontexte, der generelle Rechtsruck in den USA und Europa und die Polarisierung der Meinungslandschaft, auch in Deutschland. Schwierige Zeiten für eine Organisation wie das Goethe-Institut, das für Freiheitsrechte steht und weltweit für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen wirbt!

Mein Amtsantritt fiel auf Freitag, den 13. November 2020. In meiner Antrittsrede versprach ich, als Präsidentin das Goethe-Institut in seiner Mission zu unterstützen, Vielstimmigkeit und grenzüberschreitende Begegnungen zu ermöglichen und damit zu einer demokratischen, gewaltfreien, toleranten Welt beizutragen. Ich zitierte Johann Wolfgang von Goethes Ermutung, „das Unmögliche [so zu] behandeln, als wenn es möglich wäre.“ Wie treffend dieses Motto war, sollte sich immer wieder erweisen.

In den vier Jahren meiner Amtszeit haben das Goethe-Institut und seine Präsidentin im Krisenmodus operiert, oft bis an den Rand der Erschöpfung. Doch bei allen Herausforderungen haben mich gerade in dieser Krisenzeit auch die großen Stärken und das enorme Potenzial des Instituts beeindruckt. Seine dezentrale Organisation, kompetente und engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die intensive Kenntnis der lokalen Szenen: all dies ermöglicht, flexibel, zügig, unbürokratisch und erfolgreich zu agieren. Die Resilienz des weltweiten Netzwerks des Goethe-Instituts kommt besonders in Gewaltkonflikten und illiberalen Kontexten zum Tragen. Wo die lokalen Institute nicht mehr selbst als Schutz- und Freiraum wirken können, bieten die Goethe-Dependancen in Nachbarländern Zuflucht und unterstützen die Diaspora. Veranstaltungen im Goethe-Institut im Exil in Berlin, das seit 2022 diese Arbeit bündelt und internationale diasporische Stimmen auch in Deutschland hörbar macht, gehören zu den Höhepunkten meiner Amtszeit.

Damit das Goethe-Institut auch in Zukunft seinen Beitrag zu einer offenen, friedlichen und vielfältigen Welt leisten kann und handlungsfähig bleibt, habe ich mich unermüdlich für das wohl wichtigste Großprojekt meiner Amtszeit eingesetzt: die Transformation des Goethe-Instituts, seines weltweiten Netzwerks ebenso wie der Zentrale. Die vor zwei Jahren initiierten Veränderungen sind einerseits Ausdruck des eigenen Wunschs des Instituts nach Reformen

und Effizienzgewinnen. Andererseits reagiert das Institut damit auf die neuen geopolitischen Herausforderungen und die empfindlichen finanziellen Einschränkungen.

Mit meiner beruflichen Sozialisation als Ethnologin konnte ich die Arbeit des Goethe-Instituts mit konstruktiver Neugier und kritischen Fragen begleiten. Zugleich galt es, den großen Tanker mit Entschlossenheit und Umsicht durch unruhiges Fahrwasser zu steuern. Dazu gehörte die enge Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, aber vor allem der ständige intensive Austausch mit dem Vorstand und dem Leitungsteam des Goethe-Instituts. Die Zukunftsfähigkeit zu sichern, bedeutete auch, den Verein Goethe-Institut effektiver, partizipativer und diverser aufzustellen – mit Hilfe einer Satzungsreform und der Einführung transparenter Zuwahl- und Entscheidungsverfahren. Dadurch konnte der Verein in den letzten Jahren zahlreiche neue Mitglieder aufnehmen, deren Expertise dem Goethe-Institut auf seinem Kurs helfen wird.

Krisenbearbeitung und Reformprozesse standen im Mittelpunkt meiner Amtszeit. Doch ich konnte auch einige Herzensthemen voranbringen, insbesondere das Thema Erinnerungsarbeit und das Nachdenken über Dekolonisierung. Beide Themen sind für den europäischen Zusammenhalt und Europas Beziehungen mit der Welt ebenso wichtig wie Diplomatie, Militär und Wirtschaft.

Mit meinem Buch zur Geschichte des Goethe-Instituts wollte ich das institutionelle Gedächtnis stärken und den zentralen Beitrag des Instituts zur deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sichtbarer machen. Außerdem relativiert die Analyse vergangener Krisen die aktuellen Bedrängnisse und macht Mut, dass die Institution auch künftige Krisen bewältigen wird. Zur Stärkung des institutionellen Gedächtnisses habe ich auch die Erarbeitung eines Archivierungskonzepts angestoßen, das künftig fest verankert werden soll.

Das zweite Thema – Dekolonisierung – habe ich in vielen Gesprächen, Veranstaltungen, Reden und Publikationen verfolgt. Gerade zum Umgang mit dem kolonialen Erbe kann das Goethe-Institut einen besonderen Beitrag leisten, weil es multilateral und multiperspektivisch arbeitet. Als Institution des globalen Nordens in einer Welt, die immer noch von den Folgen der gewaltvollen Expansion Europas geprägt ist, muss das Goethe-Institut die fortdauernden Traumata und Machtasymmetrien reflektieren. Und es darf angesichts der Herausforderungen im transatlantischen und europäischen Raum den Globalen Süden nicht aus dem Blick verlieren! Für mich war es lehrreich, Einblick in die künstlerische Bearbeitung „anderer“, nicht-europäischer Erinnerungen und fremder Visionen einer postkolonialen Zukunft zu gewinnen. Kunst schafft eine emotionale Verbindung, die anders nicht leicht herzustellen ist. Und es war beglückend, das Vertrauen zu spüren, das dem Goethe-Institut überall entgegengebracht wird. Von den vielen bereichernden Begegnungen werde ich noch lange zehren.

Darum scheide ich aus meinem Amt mit einem Gefühl tiefer Dankbarkeit. Es war mir eine Ehre, dem Goethe-Institut und seiner Mission vier Jahre lang dienen zu dürfen. Manches ist vielleicht nicht so gut gelungen erhofft – etwa eine engere Verbindung zwischen dem „Innen“ und „Außen“ der Kulturpolitik. Aber insgesamt bin ich zufrieden und freue mich, den Stab an eine dem Verein schon länger verbundene Nachfolgerin übergeben zu können. Gesche Joost wird mit ihren Kenntnissen und Netzwerken das Goethe-Institut tatkräftig unterstützen. [...]

Die Zeiten [...] sind unruhig. Die Wahl von Donald Trump und die Auflösung unserer Regierungskoalition erfüllen viele Menschen mit Sorge. Trumps Außenpolitik ist unberechenbarer als die seines Vorgängers. Europa muss sich stärker als bisher auf seine eigene Kraft besinnen, was die vielfältigen Spaltungen auf unserem Kontinent erschweren. Das Goethe-Institut kann

aber gerade in dieser unruhigen Welt seine stille und doch wirksame Kraft des Brückenbaus entfalten. Es muss auf geopolitische Herausforderungen reagieren, braucht aber nicht jede politische Welle mitzumachen oder zu kommentieren. Es setzt auf langfristige, vertrauensvolle Netzwerke. Außer einer auskömmlichen und verlässlichen Finanzierung, sehe ich dafür drei wichtige Rahmenbedingungen:

Erstens müssen Kultur- und Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut unabhängig bleiben. Nur so können sie nachhaltig für unser Land werben. Sie müssen ihren eigenen Weg finden dürfen, um auf neue Herausforderungen mit strategischen Entscheidungen zu reagieren.

Zweitens dürfen Spracharbeit und Kulturaustausch auch weiterhin nicht einseitig von Deutschland aus konzipiert werden, sondern müssen sich an unterschiedlichen regionalen und lokalen Bedürfnissen orientieren. Seine dezentrale Arbeitsweise ist eine enorme Stärke des Goethe-Instituts.

Und drittens: produktiver Kulturaustausch braucht große Handlungsspielräume und die Risikobereitschaft aller Beteiligten, Offenheit für unerwartete Ergebnisse und Toleranz gegenüber Fehlern. Wir müssen auch in Zeiten der Unsicherheit Denkräume offenhalten und Perspektivwechsel ermutigen. Nur so lassen sich die multiplen Krisen bewältigen. Es braucht die kreative Kraft der Kultur, um neue Möglichkeiten spielerisch zu erkunden, Menschen zu verbinden und Grenzen zu überschreiten. [...]

„Wir sind zur Zukunft verdammt, ja, wir sind sogar für sie verantwortlich“ —so formulierte es der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan 2022 in seiner Dankesrede für die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels. Die Zukunft, so Zhadan, „entsteht jetzt aus unseren Visionen, aus unseren Überzeugungen, aus unserer Verantwortungsbereitschaft. Wir werden uns das Gefühl für unsere Zukunft zurückholen, denn in unserer Erinnerung überdauert vieles, was morgen unsere Mitwirkung erfordert. Wir alle sind Teil von diesem Strom, der uns trägt, uns nicht loslässt, uns verbindet.“

ANHANG II

Nachwort zu *Das Goethe-Institut. Eine Geschichte von 1951 bis heute* (Klett-Cotta, 2021)
Auf Englisch veröffentlicht als E-Book (*The Goethe-Institut: From 1951 to the Present*, Klett Cotta, 2024).

Geschrieben im März/April 2024

Das Manuskript für die deutschsprachige Erstausgabe dieses Buchs haben Marie-Christin Gabriel und ich im Frühjahr 2021 abgeschlossen, und der Band erschien rechtzeitig zur Feier des siebzigjährigen Bestehens des Goethe-Instituts im November 2021. Deutschland erlebte gerade die vierte Corona-Welle. Nach wie vor galten Restriktionen für öffentliche Versammlungen. Darum wurde das Jubiläum in München nur im kleinen Rahmen gefeiert, konnte aber online weltweit verfolgt werden. Die Festreden und eine Podiumsdiskussion thematisierten nicht nur die Geschichte des Instituts, sondern auch die Herausforderungen, die es in jüngster Zeit zu meistern hat. An erster Stelle wurde die Pandemie benannt, die zu massiven Einschnitten im weltweiten Sprachkurs- und Prüfungsbetrieb, aber auch bei den Kulturveranstaltungen führte. Da das Institut die Digitalisierung seiner Arbeit schon seit etlichen Jahren vorangetrieben hatte, konnte es hier rasch reagieren und mit neuen digitalen Formaten erfolgreich gegensteuern, auch wenn nichts den lebendigen, persönlichen Austausch vor Ort zu ersetzen vermag. Die zweite Herausforderung war und ist nicht neu, nimmt aber an Schärfe zu: Das Goethe-Institut muss in immer mehr Ländern in illiberalen Kontexten agieren und Wege finden, wie es unter Bedingungen von Krieg, Flucht und Repression weiterarbeiten kann. Und schließlich erfordert die Klimakrise globale Antworten. Nachhaltigkeit wird zum Thema auch der internationalen Bildungsarbeit und des Kulturaustauschs, und das Goethe-Institut selbst muss und will seine Arbeit—Reisen, Gebäude, Austauschformate—nachhaltiger gestalten.

In diesen multiplen Krisen seien die Standorte des Goethe-Instituts in aller Welt Seismografen emergenter Entwicklungen und Teil einer globalen Lerngemeinschaft, konstatierte man in den Grußworten und der Podiumsdiskussion auf der Jubiläumsfeier. Gemeinsam mit seinen lokalen Partnern könne das Institut globale Themen in künstlerischen und diskursiven Projekten bearbeiten und internationale Stimmen auch in Deutschland hörbar machen. Das weltweite, langjährige Netzwerk des Instituts schaffe Vertrauen und böte Raum—im Kontext politischer Restriktionen auch Schutzraum—für produktiven künstlerischen und intellektuellen Austausch. Das ermögliche Perspektivwechsel und Verständigung. Und schließlich, so wurde betont, habe das Goethe-Institut in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Maß an Innovationskraft und Wandlungsbereitschaft bewiesen. Damit sei es auch für die Zukunft gut gerüstet.

Inzwischen schreiben wir März 2024 und müssen konstatieren: Der verhaltene Optimismus des Jubiläums wurde und wird auf eine harte Probe gestellt. Das Goethe-Institut steht, wie schon mehrfach in seiner Geschichte, vor neuen globalen Herausforderungen und sieht sich zugleich mit sehr engen finanziellen Spielräumen konfrontiert. Das stellt auf der einen Seite eine große Belastungsprobe dar, bietet auf der anderen Seite aber auch neue Chancen. Noch fehlt die zeitliche Distanz, die es bräuchte, um den Beginn einer neuen Phase in der Instituts-geschichte zu diagnostizieren.

Dazu kommt, dass sich der Blickwinkel, aus dem heraus ich nun schreibe, verändert hat. Stand ich beim Verfassen des Buchmanuskripts erst mit einem halben Bein in der bevorstehenden Präsidentschaft, so habe ich die vergangenen Jahre in der Rolle der amtierenden Präsidentin erlebt und den Weg des Goethe-Instituts teilweise mitgestaltet. Das birgt für eine Darstellung der Entwicklung des Instituts in den letzten Jahren zweifellos Gefahren—etwa sich

rechtfertigen, anzuklagen oder abrechnen zu wollen, statt nüchtern zu analysieren. Und tatsächlich habe ich mich in den letzten Jahren mehr als einmal gefragt, wie groß die Handlungsspielräume einer Amtsführung in solchen Krisenzeiten eigentlich waren und sind. Kann die Präsidentin einer Mittlerorganisation wie des Goethe-Instituts durch lautes Auftreten weitere Haushaltskürzungen verhindern? Trägt Zurückhaltung bei zunehmend polarisierten Debatten zur Entschärfung bei? Oder würden vielmehr beherzte öffentliche Stellungnahmen den internationalen Kulturaustausch besser unterstützen? Auf diese Fragen lassen sich vielleicht erst in einigen Jahren Antworten geben.

Nicht nur das Buchmanuskript, auch dieses Nachwort verfasse ich in einer liminalen Phase, einer Zeit des „betwixt and between“. Ich habe mich gegen eine mögliche zweite Amtsperiode entschieden, weil ich mich wieder verstärkt meinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen möchte. Doch als Noch-Präsidentin und ab November 2024 ehemalige Amtsinhaberin bleibe ich dem Goethe-Institut mit großer Sympathie verbunden. Der Rollenkonflikt, zugleich mit analytischem Anspruch zu schreiben, lässt sich nicht auflösen. Dennoch scheint es mir geboten, für die englische Übersetzung einen Blick auf die vergangenen drei Jahre zu werfen, in denen sich die Welt in atemberaubender Geschwindigkeit verändert hat. Einige der Herausforderungen, die das für das Goethe-Institut bedeutet, möchte ich im Folgenden skizzieren.

An erster Stelle ist hier der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 zu nennen. Er hat nicht nur furchtbare Zerstörungen und massive Fluchtbewegungen ausgelöst, sondern auch die gewohnte Sicherheitsarchitektur und das Selbstvertrauen Europas nachhaltig erschüttert. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, man stehe einer „Zeitenwende“ gegenüber – eine Einschätzung, der sich viele deutsche Politiker und Kommentatoren anschlossen. Nicht alle europäischen Nachbarn teilen jedoch diese Diagnose; so wiesen etwa die baltischen Staaten, Polen und andere Länder des ehemaligen Ostblocks schon viel früher auf die Gefahren des neuen russischen Imperialismus hin. Auch die meisten außereuropäischen Staaten setzen andere Zäsuren. Doch in der Bundesrepublik Deutschland war es der russische Angriff 2022, der frühere Gewissheiten in Frage gestellt und ein folgenreiches Umdenken provoziert hat.

In der Außenpolitik gewinnen seither Fragen nationaler Sicherheitsinteressen größeres Gewicht, und internationaler Kulturaustausch muss sich neu legitimieren. Viele Politiker betrachten Auswärtige Kulturpolitik wieder stärker als Teil von „soft power“-Strategien. Man beruft sich seltener auf das „Drei-Säulen“-Konzept, mit dem einst Willy Brandt den internationalen Kulturaustausch – neben staatlicher Diplomatie und internationalen Wirtschaftsbeziehungen – als eigenständiges drittes Feld der Außenpolitik, als relativ regierungsferne Gesellschaftsaußenpolitik, positioniert hatte. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik war von Anfang an beides: ein Handlungsfeld mit eigenem Wert, das mit kulturellen Formaten weltweite Verständigung fördert, und ein Instrument nationaler Interessen, wenn etwa für Verständnis für deutsche Standpunkte geworben wird oder mit Deutschunterricht Menschen auf ein Studium oder die Arbeitsaufnahme in Deutschland vorbereitet werden. Allerdings scheint sich die Gewichtung in den letzten Jahren stärker in Richtung dieser pragmatisch-interessegeleiteten Erwartungen an die AKBP zu verschieben.

Was bedeutet das für das Goethe-Institut und andere Mittlerorganisationen? Inwiefern können oder müssen sie sich in die neue strategische Orientierung der Bundesregierung eingliedern? Inwieweit können sie ihre Unabhängigkeit bewahren und weiterhin Dialog und

Kulturaustausch als Eigenwert fördern? Diese Fragen werden bei den Mittlerorganisationen, aber auch im Auswärtigen Amt und in der politischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat das Goethe-Institut rasch und flexibel, auch mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und in Kooperation mit der EU, zielgenaue Unterstützungsangebote für seine in Not geratenen ukrainischen Mitarbeiterinnen ebenso wie für die ukrainische Kulturszene und für die zahlreichen nach Deutschland und Polen Geflüchteten entwickelt. So wurden die Institutsmitarbeiterinnen teilweise an anderen Orten beschäftigt, der Sprachbetrieb wurde ins Digitale verlegt, und kostenfreie Sprachkursangebote sowie Bücherkoffer mit ukrainischer Kinderliteratur unterstützten die nach Deutschland geflohenen Ukrainerinnen. Für die Kulturszene im Land wurde nach dem in der Pandemie erprobten Modell ein Hilfsfond aufgelegt, der Strukturen der Kulturarbeit stabilisieren half. Ein gemeinsam von ukrainischen Organisatoren und dem Goethe-Institut betriebener Stand auf der Frankfurter Buchmesse machte Literatur ukrainischer Autoren und Autorinnen einem deutschen Publikum bekannt und bot eine Plattform für den intellektuellen Austausch.

Flexible und kreative Institutsarbeit war auch in anderen Ländern notwendig, die durch Krieg, illiberale Regime und drastische Einschränkungen demokratischer Freiheiten erschüttert werden. So mussten 2021 in Belarus der Institutsbetrieb eingestellt und alle Mitarbeiter entlassen werden. Viele fanden Zuflucht in Polen, und die Kulturarbeit wurde teilweise im Ausland fortgeführt, etwa mit einer beeindruckenden Kunstaussstellung in Białystok und Leipzig. Im Frühjahr 2023 zwang der Krieg im Sudan das Goethe-Institut in Khartum, seine Arbeit bis auf Weiteres niederzulegen. Das Institut konnte die Flucht und, wo immer möglich, Weiterbeschäftigung der lokalen Mitarbeiter etwa in Ägypten unterstützen. Ein Erlass der russischen Regierung, der landesweit die Zahl der Mitarbeiter von deutschen Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen massiv beschränkte, resultierte im Mai 2023 in der radikalen Verkleinerung der Belegschaften der Goethe-Institute in Moskau, St. Petersburg und Nowosibirsk. Die Institute arbeiten in reduzierter Form weiter, und immerhin können die Bibliotheken in Moskau und St. Petersburg noch als Fenster nach Europa offengehalten werden. In Iran musste das Goethe-Institut schon 1987 seine Tore schließen. In Syrien schloss das Goethe-Institut in Damaskus aus Sicherheitsgründen 2012. Und in Afghanistan, um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen, wurde das Goethe-Institut 2017 ebenfalls aus Sicherheitsgründen stillgelegt und 2020 mit dem Einmarsch der Taliban endgültig geschlossen; ehemalige Mitarbeiterinnen und Partner sowie bedrohte Kulturschaffende wurden, so gut es geht, unterstützt. In allen solchen Fällen half das weltweite Netzwerk des Instituts, gefährdeten Mitarbeitern und bedrohten Künstlerinnen und Intellektuellen Zuflucht und neue Arbeitsmöglichkeiten in Nachbarländern oder Deutschland anzubieten. Und wie auch in der Pandemie, wurde ein Teil der Arbeit digitalisiert und man hat, wo immer möglich, Hilfsfonds aufgelegt, um die lokalen Kulturszenen zu unterstützen.

Dennoch: wo immer das Goethe-Institut und andere internationale Kulturinstitutionen aufgrund von Krieg und Zensur Standorte schließen mussten, gehen wichtige Räume für kreative Kooperationen, Widerspruch, Dialog und kulturellen Austausch verloren. Darum wurde im Herbst 2022 in Berlin das Programm „Goethe-Institut im Exil“ geschaffen, als Begegnungsort, Schutzraum und Bühne für Kulturschaffende, die in ihren Heimatländern nicht mehr arbeiten können. Mit wechselnden Länderschwerpunkten—zuerst stand die Ukraine im Mittelpunkt, dann folgten Iran, Afghanistan und Belarus—geht es darum, Geflüchteten und Künstlerinnen im Exil eine Plattform zu bieten. Im Goethe-Institut im Exil können sie den künstlerischen und diskursiven Austausch mit ihren Herkunftsländern fortführen, sich mit älteren und neuen

Exil-Gemeinschaften in Deutschland vernetzen und mit hiesigen Kulturszenen austauschen. Die Vernetzung umfasst für einige Herkunftsländer inzwischen auch die Kulturschaffenden, die sich in diasporischen Gruppen in anderen Goethe-Instituten in der Welt zusammengefunden haben.

All diese Beispiele zeigen: Das Goethe-Institut kann auch im Kontext sich weltweit verengender Freiheitsräume seine wichtige Rolle für Austausch, Verständigung und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteuren wahrnehmen. Gerade das langjährige Netzwerk, mit vertrauensvollen Beziehungen zu Kulturschaffenden und Intellektuellen in aller Welt, hilft, politische Krisen durchzustehen und Kulturszenen zu unterstützen. Allerdings braucht es dafür eine stabile Finanzierung—und genau die steht in den letzten und vermutlich auch den kommenden Jahren in Frage.

Schon 2021, gut zehn Jahre nach Abschluss des umfassenden Reformprozesses „goethe09“ und im Lichte der Erfahrungen in der Pandemie, hat das Goethe-Institut einen erneuten Reformprozess eingeleitet, das Projekt „Zukunft gestalten. Goethe 2025“. Auf der Grundlage einer umfassenden Organisationsanalyse will das Institut seine internen Strukturen und Prozesse effizienter aufstellen, um seine weltweite Wirksamkeit zu erhöhen und auch in Zukunft partnerorientiert, kreativ und wirtschaftlich zu arbeiten. Die Notwendigkeit organisatorischer Veränderungen wurde dann vor dem Hintergrund der massiven budgetären Folgen der „Zeitenwende“ in Deutschland noch dringlicher. Die Haushaltszuwendungen wurden für fast alle Ministerien gekürzt, auch für das Auswärtige Amt. Für das Goethe-Institut bedeutete das in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Rückgang der institutionellen Förderung bei gleichzeitig—aufgrund von Inflation, Währungsverfall und exorbitanten Energiepreisen—massiv steigenden Kosten. Die institutionelle Förderung (von Betrieb und Investitionen) als staatliche Zuwendung an das Goethe-Institut liegt inzwischen unterhalb des Niveaus von 2018 und leicht oberhalb von 2017. Dem gegenüber stehen im gleichen Zeitraum weltweite, vor allem inflationsbedingte Preissteigerungen um mehr als dreißig Prozent, die sich insbesondere in den Aufwendungen für Mieten, Gebäudeunterhalt und in den Vergütungen niederschlagen. Dass der Sprachkursbetrieb im Inland inzwischen saniert und auch die pandemiebedingten finanziellen Verluste im Ausland weitgehend aufgefangen werden konnten, nicht zuletzt durch die weltweit vertriebenen erfolgreichen digitalen Angebote, hilft nur begrenzt. Seit 2022 wurde immer klarer, dass es schmerzhaft Einschnitte in das Netzwerk brauchen würde, um Strukturkosten zu senken und die notwendigen Handlungsspielräume für gute Programmarbeit wieder herzustellen.

Auch der Zuwendungsgeber begann, die Aufstellung, Organisation und Arbeit des Goethe-Instituts kritisch zu hinterfragen. Im November 2022 beauftragte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags das Auswärtige Amt damit, gemeinsam mit dem Goethe-Institut ein Zukunftskonzept zu entwickeln, das auf die veränderten globalen und fiskalischen Rahmenbedingungen reagiert. Ein Bericht, wie das Goethe-Institut seine Arbeit transformieren will, sollte dem Haushaltsausschuss bis August 2023 vorgelegt werden. Um dieser Anforderung Nachdruck zu verleihen, blieb ein Teil der Haushaltsmittel gesperrt—ein in der Geschichte des Goethe-Instituts nur selten vorgenommener direkter Eingriff des Gesetzgebers in die Arbeit von Mittlerorganisationen und damit indirekt auch in den internationalen Kulturaustausch. Im strategischen Dialog mit dem Auswärtigen Amt hat das Goethe-Institut ein Zukunftskonzept erarbeitet, das dann im September 2023 vom Präsidium des Vereins beschlossen wurde.

Die Neuausrichtung trägt den neuen geostrategischen Prioritäten Rechnung und umfasst den mittelfristigen Auf- und Ausbau neuer Präsenzen im Südkaukasus, in Polen, in der Republik Moldau und im Südpazifik; in den USA sollen Niederlassungen in Texas und im Mittleren Westen eröffnet werden. Die Qualifizierung von ausländischen Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt wird weiter an Gewicht gewinnen und die Digitalisierung der Angebote im Bereich Sprachkurse und Prüfungen sowie in den Verwaltungsprozessen intensiviert. Doch zur Transformation gehören auch der Abbau von Arbeitsplätzen und die Schließung von insgesamt zehn Standorten—Bordeaux, Lille und Straßburg in Frankreich; Genua, Triest und Turin in Italien; Rotterdam in den Niederlanden; Osaka in Japan; Curitiba in Brasilien und Washington. An mehreren anderen Standorten sollen die Veränderung, Verkleinerung und Zusammenführung von Strukturen sowie der Umzug in günstigere Liegenschaften Kosten sparen. Darüber hinaus wird die regionale Struktur der Goethe-Institute in Europa verschlankt und neu definiert sowie—ein noch laufender Prozess—die Zentrale des Goethe-Instituts in München umstrukturiert. Die mit all diesen Maßnahmen eingesparten Mittel sollen künftig in die Programmarbeit im Bereich Sprache, Kulturaustausch und Information fließen. Oberstes Ziel ist, durch die Senkung von Strukturkosten Flexibilität zurückzugewinnen und die Handlungsfähigkeit des Goethe-Instituts zu stärken, damit es auch zukünftig seine Kernaufgaben—Vermittlung der deutschen Sprache, Informationen über Deutschland und internationaler Kulturaustausch—erfüllen kann.

Besonders in Frankreich und Italien, aber auch in der deutschen Kulturszene und bei zahlreichen Kulturjournalisten haben die weitreichenden Maßnahmen Unverständnis und lauten Protest ausgelöst. Darin drückt sich auch die hohe Wertschätzung aus, die das Goethe-Institut in vielen Orten als Bestandteil der jeweiligen Stadtgesellschaft genießt. Doch scheint die Kritik gelegentlich auch einem eher traditionellen Bild der stationären Arbeit des Goethe-Instituts zu entspringen, das die Realität schon lange nicht mehr ganz spiegelt. Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen der Arbeit des Goethe-Instituts, nicht zuletzt auch durch die neuen Möglichkeiten digitaler Arbeit, in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch verändert. Und grundsätzlich wurden Standorte nur in Ländern geschlossen, in denen noch weitere Goethe-Institute existieren. Dennoch nehmen viele Partner in den Gastländern die Schließungen, auch wenn sie gut begründet sind und durch andere Institute im Land sowie alternative Angebote an den jeweiligen Standorten kompensiert werden als Einschnitt wahr, der in ihren Augen das Interesse an der deutschen Sprache und die kulturelle Zusammenarbeit gefährdet. Und weil der Umbau des Goethe-Instituts in der Amtszeit von Außenministerin Annalena Baerbock von Bündnis 90/Die Grünen erfolgt, diagnostiziert man in Teilen der deutschen Kulturöffentlichkeit auch historische Parallelen zur Krise des Goethe-Instituts Anfang der 2000er Jahre. Damals definierte der grüne Außenminister Joschka Fischer internationale Kulturarbeit als Instrument der Konfliktprävention, und gleichzeitig wurde die institutionelle Förderung des Instituts drastisch gekürzt, so dass es zu Institutsschließungen kam—wie wir im fünften Kapitel dieses Buchs dargelegt haben. Damals wie heute waren es allerdings ein insgesamt restriktiver Bundeshaushalt und empfindliche Haushaltskürzungen für das Auswärtige Amt, vor deren Hintergrund die institutionelle Förderung des Goethe-Instituts abgesenkt wurde.

In jedem Fall bedurfte und bedarf es einer großen kommunikativen Anstrengung der Institutsleiter, des Vorstands und des Präsidiums des Goethe-Instituts, um die Veränderungen zu erklären und für eine Gesamtschau zu werben. Der aktuelle Umbau in eine agilere und handlungsstarke Kulturorganisation kann durchaus gelingen—allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung des Instituts nicht noch weiter abgesenkt und so alle

Einspareffekte der Reformmaßnahmen wieder aufgezehrt werden. Klar scheint jedenfalls: Die „goldenen Zeiten“ der kontinuierlichen Mittelerhöhung der 2010er Jahre sind vorerst vorbei. Man kann bestenfalls hoffen, dass sich das aktuelle Niveau der staatlichen Zuwendungen mittelfristig stabilisiert. Zugleich wird das Institut verstärkt versuchen, die eigenen Einnahmen zu steigern – aus Sprachkursen und Prüfungen, aber auch aus großen Drittmittelprojekten, die schon seit einigen Jahren über zehn Prozent des Institutshaushalts ausmachen.

Zu den Herausforderungen durch die neuen geostrategischen Koordinaten und die finanziellen Restriktionen kam mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem israelischen militärischen Gegenschlag noch eine weitere gravierende Belastungsprobe auf das Goethe-Institut zu. Sie betrifft zuerst die Arbeit an den Standorten im Nahen Osten selbst. Die israelischen Mitarbeiterinnen in Tel Aviv und Jerusalem sind, wie alle Israelis, traumatisiert. In der Kulturszene wird ausgelotet, wie eine Weiterarbeit unter diesen Umständen überhaupt aussehen kann. In und um Ramallah bereiten die zunehmende Siedlergewalt und israelischen Polizeikontrollen massive Probleme. Jenseits der digitalen Sprachkurse, die stark nachgefragt sind, finden keine öffentlichen Veranstaltungen statt. Auch die Mitarbeiter des Goethe-Instituts in Gaza stehen unter Schock und mussten fliehen, und es wird auf absehbare Zeit keine Arbeit möglich sein. Die Perspektiven sind bedrückend, und die Frage, mit welchen Partnern und was für Programmen das Goethe-Institut hier in Zukunft noch Kulturarbeit machen kann, ist derzeit schwer zu beantworten.

Der neue Krieg hat die Gesellschaften nicht nur in Israel und den palästinensischen Gebieten, sondern auch in der ganzen Region polarisiert. Außerhalb Israels thematisieren nur wenige Kulturschaffende und Intellektuelle im Nahen Osten überhaupt den die aktuelle Gewaltspirale auslösenden Terrorakt der Hamas. In den Augen vieler gilt Israel als brutale Militär- und koloniale Besatzungsmacht, die den Tod von palästinensischen Zivilisten aktiv verursacht oder zumindest in Kauf nimmt. Manche Partner in der Region nehmen das Goethe-Institut als verlängerten Arm der deutschen Regierung wahr, die sich früh und eindeutig – Kritiker sagen: einseitig – auf die Seite der israelischen Regierung gestellt hat. Sie äußern den Vorwurf, dass die Bundesregierung zögerlicher als andere den Schutz palästinensischer Zivilisten anmahnt und vor Völkerrechtsverletzungen warnt. Für das Goethe-Institut wird der Balanceakt zunehmend schwieriger, Antisemitismus zu kritisieren und gleichzeitig in der Region den Dialog mit den auseinandergehenden Stimmen aufrecht zu erhalten.

Auch jenseits des Nahen Ostens hat der Krieg in Gaza die Unversöhnlichkeit, die die Auseinandersetzungen über Kolonialismus, Rassismus und Antisemitismus schon lange prägt, auf dramatische Weise offengelegt und radikalisiert. In Deutschland ist das Debattenklima zunehmend intolerant geworden. Das zeigt sich auf der Straße, bei pro-jüdischen oder pro-palästinensischen Demonstrationen und dem staatlichen Verbot bestimmter Parolen und Banner. Die scharfen Debatten beherrschen aber auch die Feuilletons und toben vor allem in den sozialen Medien. Dabei werfen manche israelfreundlichen Kommentatoren sogar liberalen jüdischen Intellektuellen, wenn sie die vorbehaltlose deutsche Unterstützung der israelischen Regierung kritisieren, Antisemitismus vor und fordern, auch sie müssten der besonderen Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht Israels Rechnung tragen. Und es bleibt nicht bei Debatten. Auf der einen Seite nehmen antisemitische Übergriffe deutlich zu, und in viele pro-palästinensische Kundgebungen mischen sich pro-Hamas-Rufe. Auf der anderen Seite schreiben rechte Populisten Antisemitismus nun vor allem Migranten zu und agitieren gegen Einwanderung und generell gegen Muslime; auch antimuslimische und antiarabische Angriffe nehmen zu.

Mit den polarisierten Debatten nimmt der Druck auf die Kulturinstitutionen zu, und zwar von allen Seiten. Man kann einen regelrechten Kulturkampf in Deutschland beobachten. Seit Oktober 2023 wurden in dichter Folge Veranstaltungen abgesagt, Preisverleihungen vertagt oder zurückgezogen und Boykottaufrufe gegen kritisierte Kulturschaffende lanciert. Mitglieder des Bundestages debattieren gerade, während ich dieses Nachwort schreibe, über verschiedene Entschließungsanträge zur Eindämmung des Antisemitismus. Dazu gehört auch ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“, der die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für alle Institutionen verbindlich machen möchte, die mit öffentlichen Mitteln arbeiten. Die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hatte eine entsprechende Antidiskriminierungsklausel und Festlegung auf die IHRA-Definition bereits für alle Zuwendungsempfänger in der Kulturszene verpflichtend gemacht, sie dann aber nach massiver Kritik aus der Kulturszene und vor dem Hintergrund rechtlicher Bedenken zurückgezogen. In dieselbe Richtung gehen der jüngste Beschluss der Kultusministerkonferenz zu Maßnahmen gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit und das Bekenntnis des Deutschen Kulturrats zur IHRA-Definition. Doch diese Definition ist bei vielen – auch jüdischen – Wissenschaftlern durchaus umstritten, vor allem, weil sie zu vage ist, nie für eine juristische Anwendung gedacht war und zu wenig unterscheidet zwischen Antisemitismus und Kritik am Staat Israel. Die Notwendigkeit, Antisemitismus zu verhindern, wird auch von den Kritikern geteilt, und auch diesbezügliche staatliche Regelungen können dafür wichtig sein. Die Frage, welche Maßnahmen rechtlich und politisch sinnvoll sind, ohne die in der Verfassung verbrieft Meinungs- und Kunstfreiheit einzuschränken, stellt eine große Herausforderung dar.

Ähnliche Dynamiken wie in der aktuellen Debatte hatten sich schon 2022 im Kontext der Documenta Fifteen entwickelt, bei der das indonesische Kuratorenkollektiv Ruangrupa nicht verhindert hat, dass einige Teilnehmer antisemitische – oder als antisemitisch gelesene – Kunstwerke ausgestellt haben. Ruangrupa sah sich einer postkolonialen Perspektive und einem innovativen Ansatz der Rekrutierung der teilnehmenden Künstlerinnen, insbesondere aus dem Globalen Süden, verpflichtet. Namhafte Jüdinnen und Juden in Deutschland (und andernorts) kritisierten jedoch nicht nur die Ausstellung antisemitischer Bilder (die daraufhin abgenommen wurden), sondern mahnten auch an, israelische Künstler seien von der Documenta nahezu ausgeschlossen gewesen. Viele Documenta-Künstler warfen umgekehrt ihren deutschen Kritikern ungebrochenen Rassismus vor. Dem Postkolonialismus (und der Kunstszene des Globalen Südens) pauschal inhärenten Antisemitismus zu unterstellen, ist spätestens seit der Documenta ein Standardvorwurf vieler deutscher Kommentatoren. Seit einigen Jahren bemühen sich Künstler, Intellektuelle und Aktivistinnen, die Erinnerungsarbeit in Deutschland um das Thema Kolonialismus, Kolonialverbrechen und Rassismus zu erweitern. Von Anfang an und seit Oktober 2023 noch schärfer als zuvor kritisieren die Hüter der Holocaust-Erinnerungskultur solche Erweiterungen als unzulässige Relativierung der Shoah und Wegbereiter von Antisemitismus. Zugleich nimmt der Antisemitismus im Land massiv zu, vor allem von rechts, aber nicht nur. Für nuancierte Analysen, Ambivalenzen und das Aushalten von Widersprüchen scheint immer weniger Raum.

Eine weltweit arbeitende, mit staatlichen Mitteln finanzierte deutsche Kulturorganisation wie das Goethe-Institut steht vor diesem Hintergrund vor schwierigen Fragen. Mit welchen Partnern kann es in der arabischen Welt und im Globalen Süden noch arbeiten? Wie kann es internationale Perspektiven jenseits der unversöhnlichen Frontstellungen in die deutschen

Debatten einbringen? Generell macht die polarisierte Situation notwendig, noch einmal grundsätzlich über das Verhältnis von Kunst und Politik nachzudenken. Wie politisch ist Kultur und künstlerische Produktion vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen? Wie steht es um Raum für Kreativität ohne externe Forderungen, dass künstlerische Arbeit auch politisch und gesellschaftlich relevant sein müsse? In Deutschland selbst können sich Kunschtschaffende, Intellektuelle und Kulturinstitutionen auch bei wachsendem politischem Druck auf die Grundrechte der Freiheit der Kunst und der Wissenschaft berufen. Doch auf dem Feld der internationalen Kulturarbeit scheint dies schwieriger. In jedem Fall verweisen deutsche staatliche Geldgeber schon jetzt in ihren Zuwendungsbescheiden an Kulturorganisationen auf die Resolution, die der Deutsche Bundestag im Mai 2019 unter dem Titel „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ mehrheitlich verabschiedet hat. Doch genießt die palästinensische, weltweit agierenden BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) besonders im Globalen Süden bei vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden große Sympathien, ohne dass diese deshalb zwingend Antisemiten sind oder das Existenzrecht Israels leugnen – was die Wahl von Partnern im Kulturaustausch für eine deutsche Mittlerorganisation wie das Goethe-Institut vor Herausforderungen stellt. Auch die Frage, wie dezentral und partnerschaftlich Projektziele formuliert oder wie stark sie an (außen)politische Erwartungen aus Deutschland angepasst werden sollten, ist nicht einfach zu beantworten. Welche gesellschaftliche Verantwortung hat internationale Kulturarbeit, und wie kann sie einer eindimensionalen politischen Indienstnahme entgehen? Fragen wie diese und die oben skizzierten Debatten werden in den nächsten Jahren die Arbeit des Goethe-Instituts entscheidend prägen.

Im Schlusskapitel dieses Buchs hatten wir vier Spannungsfelder identifiziert, in denen sich die Arbeit des Goethe-Instituts bewegt: erstens den Spagat zwischen programmatischer Kooperation mit und finanzieller Abhängigkeit vom Auswärtigen Amt und Autonomie als privatrechtlicher Verein; zweitens das Navigieren zwischen einer nationalstaatlich gerahmten auswärtigen Kulturpolitik und multilateraler Arbeit in einer sich zunehmend globalisierenden Welt; drittens die schwierige Rolle einer Organisation des globalen Nordens in einer durch Machtasymmetrien geprägten postkolonialen Welt; und viertens die komplexe Verflechtung von Innen und Außen in der Kulturpolitik. Diese Spannungsfelder haben auch im Kontext der aktuellen Herausforderungen nichts von ihrer Relevanz verloren. Darum möchte ich abschließend skizzieren, wie sie inzwischen die Arbeit des Goethe-Instituts prägen und welche Tendenzen sich abzeichnen.

Was den Balanceakt zwischen finanzieller und programmatischer Abhängigkeit vom Auswärtigen Amt und Autonomie als privatrechtlicher Verein betrifft, sind in den letzten Jahren die Bestrebungen des Auswärtigen Amts gewachsen, das Goethe-Institut stärker zu steuern. Das gilt nicht nur für das Goethe-Institut. Generell scheinen Politiker und Ministerialbürokratien auf die Multiplizierung von Krisen mit dem Bedürfnis nach mehr Kontrolle und Steuerung gegenüber unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu reagieren, nicht nur auf dem Feld der Kultur, sondern auch in der Wissenschaft. Krisensituationen scheinen ein Klima des generalisierten Verdachts zu produzieren, was den Wunsch nach bürokratischer Reglementierung provoziert. „Fehler“ sollen vermieden und Krisen durch unvorsichtiges Handeln eigenständiger gesellschaftlicher Akteure nicht noch weiter verkompliziert werden. Außerdem sehen sich die Zuwendungsgeber im Rechtfertigungszwang angesichts knapper Mittel und versuchen, die Kritik relevanter politischer Akteure zu vermeiden.

Das Goethe-Institut steuert seine Arbeit seit der Einführung der Budgetierung in den frühen 2000er Jahren durch mehrjährige Zielvereinbarungen, die mit dem Auswärtigen Amt ausgehandelt werden. Die letzte Zielvereinbarungsperiode endete 2022, wurde aber angesichts der gerade erst ins Amt gekommenen neuen Regierungskoalition in Berlin und der weltpolitischen Umbrüche bis 2023 ausgedehnt. Bei der Aushandlung neuer Zielvereinbarungen stellt sich stets die Frage, wie die verschiedenen Arbeitsfelder des Goethe-Instituts priorisiert werden. Wie stark spiegeln sich in solchen Priorisierungen auch programmatische Leitlinien der Außenpolitik oder sogar konkrete Anliegen der jeweils aktuellen Regierung? Die Intensität der Aushandlung der jüngsten Zielvereinbarung macht deutlich: In Zeiten weltpolitischer Krisen und Umbrüche wird der in der geschichtlichen Konstruktion eingebaute Widerspruch, unabhängige Mittlerorganisationen mit staatlichen Aufgaben zu betrauen, besonders deutlich. Sind das Goethe-Institut und andere Mittler in erster Linie Durchführungsorganisationen der Politik des Auswärtigen Amts? Unterliegen sie, wie nachgeordnete Behörden, einer Art „Fachaufsicht“ durch den Zuwendungsgeber? Wie viel Unabhängigkeit genießen sie in der Festlegung ihrer Ziele? Und müssten sie unter einer neuen Regierung, die eventuell andere außenpolitische Maximen verfolgt, ihren Kurs dann entsprechend erneut anpassen?

Auflösen lässt sich das Spannungsfeld zwischen der Einbindung in die Außenpolitik der Regierung und der Autonomie als zivilgesellschaftlicher Organisation auch in den nächsten Jahren sicher nicht, nur immer wieder neu bearbeiten. Und es bleibt zu hoffen, dass die politischen Akteure im Bundestag und im Auswärtigen Amt auch in Zukunft zu schätzen und verteidigen wissen, dass gerade in den aktuellen weltpolitischen Krisen die Eigenständigkeit und relative Unabhängigkeit der Kulturmittler einen hohen Wert hat. Nur als unabhängige Organisationen können sie vertrauensvolle Beziehungen in die Kulturszenen auch solcher Länder stärken, zu denen die offiziellen diplomatischen Kontakte stark konfliktbehaftet sind. Und nur so können die Kulturmittler als Seismografen wirken, die unterschiedliche Perspektiven auch in die deutschen Debatten einspeisen.

Bezüglich des zweiten Spannungsfelds—dem Navigieren zwischen nationalstaatlich gerahmter auswärtiger Kulturpolitik und multilateraler Arbeit in einer globalisierten Welt—hatten wir 2021 die zunehmende Bedeutung transnationaler, multilateraler Projekte in der Arbeit des Goethe-Instituts betont. Gemeinsam mit anderen europäischen Kulturinstitutionen organisiert das Goethe-Institut auch länderübergreifende Formate des Austauschs über Themen wie etwa Erinnerungspolitik und Kolonialismus oder politischen Populismus und Meinungsfreiheit. Auch in Afrika und Asien arbeitet das Institut weniger als Exporteur von Kulturproduktionen aus Deutschland, sondern mehr als Plattform für den künstlerischen und intellektuellen Austausch von Kulturschaffenden aus verschiedenen Ländern untereinander. Gerade auf dem Feld der Museumsarbeit und der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus erwies sich dieser Ansatz bisher als fruchtbar. Auch in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, die zwanzig Jahre nach der „Konzeption 2000“ einen neuen programmatischen Rahmen für die AKBP erarbeiten wollte (aber wegen der Pandemie nicht fertigstellte), zeigte man sich offen für post-nationalstaatliche Formate.

Mit der „Zeitenwende“ scheint die Betonung nationaler Interessen erneut an Bedeutung zu gewinnen, ähnlich vielleicht wie in den Zeiten des Kalten Kriegs und den Jahren unmittelbar nach der Wiedereinigung. Durch Sprachunterricht und Kulturevents für Deutschland zu werben und deutsche Interessen im internationalen Raum zu erklären und vermitteln, wird wichtiger. Das entnehme ich allerdings eher Gesprächen mit Vertretern des Auswärtigen Amts und Diskussionen im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen

Bundestags, weniger schriftlichen Verlautbarungen. Auf seiner Homepage begnügt sich das Außenministerium mit einer knappen Darstellung der AKBP als Politikfeld, das „ein breites Fundament für stabile internationale Beziehungen“ legen soll, was sowohl bilaterale wie multilaterale Formate umfassen kann.

In der Arbeit des Goethe-Instituts haben seit den 2000er Jahren beide Formate eine wichtige Rolle gespielt. Multilaterale und transnationale Projekte ermöglichen unabhängig von einer unmittelbaren deutschen Beteiligung den Dialog zwischen verschiedenen Kulturszenen und Diskurspartnern aus verschiedenen Ländern. Solche Plattformen, mit künstlerischen Formaten und intellektuellem Austausch zwischen Akteuren aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen Perspektiven, bieten besondere Chancen, globale Herausforderungen – von der Klimakrise über den Umgang mit Künstlicher Intelligenz bis hin zum zunehmenden Illiberalismus – gemeinsam zu bearbeiten. Zugleich stärkt eine solche Arbeitsweise durchaus auch das Vertrauen in die Kooperation mit Deutschland, aber eben auf andere, indirektere Weise als bilaterale Kulturarbeit. Allerdings habe ich den Eindruck, dass solche multilateralen Formate in den letzten Jahren einen verstärkten Begründungsaufwand erfordern und explizit deutlich gemacht werden muss, welchen Nutzen Deutschland davon hat.

Die aktuellen weltpolitischen Konflikte werden von vielen westlichen Kommentatoren als eine neue Form der Systemkonkurrenz zwischen liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten wahrgenommen. Diese Sichtweise ist keineswegs unumstritten; weder die teilweise alliierten autoritären Staaten noch die liberalen Demokratien sind jeweils untereinander einig, noch sind alle Länder immer ganz klar dem einen oder anderen Pol zuzuordnen. Doch dass die gegenwärtigen Kriege auch Auseinandersetzungen um gesellschaftliche und politische Großnarrationen beinhalten, lässt sich kaum bestreiten. In diesem „Kampf der Narrative, der nicht mit Panzern oder Marschflugkörpern entschieden“ wird, so formulierte der SPD-Politiker Michael Müller es kürzlich in einer Bundestagsdebatte, solle die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eine wichtige Rolle spielen. Welche Mischung von Projektformaten – national-bilateral und multilateral ausgerichtete Programme – Menschenrechte und demokratische Freiheiten, Dialog und Frieden nachhaltig fördern kann, wird auch in den nächsten Jahren immer wieder neu auszuloten sein.

Hier wird das dritte Spannungsfeld relevant, nämlich die Arbeit einer Organisation des Globalen Nordens in einem Feld starker Machtasymmetrien und einer postkolonialen Welt. Die grundsätzlichen Überlegungen, die wir im Schlusskapitel dieses Buchs zur Arbeit in illiberalen Regimen ausgeführt haben, gelten nach wie vor. Kulturarbeit ist in solchen Kontexten ein Balanceakt zwischen Parteinahme für demokratische Freiräume einerseits, durch Themensetzungen und die Unterstützung bestimmter Kooperationspartner, und andererseits der gebotenen politischen Zurückhaltung, um Mitarbeiter und Partner im Gastland nicht zu gefährden. Rezente Beispiele für die Möglichkeiten und Grenzen dieser Arbeit habe ich im ersten Teil dieses Nachworts skizziert.

Die Arbeit des Goethe-Instituts im postkolonialen Umfeld wird aktuell auf besondere Weise herausgefordert, was vor allem mit dem Nahostkrieg zu tun hat. Auch einige Partner, mit denen das Institut im Globalen Süden lange zusammengearbeitet hat, kritisieren das Goethe-Institut zunehmend als verlängerten Arm der Bundesregierung, deren Unterstützung Israels sie attackieren. Hier greifen die Debatten in Deutschland und die AKBP aufs engste ineinander.

Wenn das Goethe-Institut heute gemeinsam mit Intellektuellen und Künstlerinnen im Globalen Süden das Thema Kolonialismus, Kolonialverbrechen und Dekolonisierung bearbeiten will, wird es oft mit massiver Israelkritik seitens seiner Partner konfrontiert, die in Deutschland als eindeutig antisemitisch gelesen wird. Das Goethe-Institut hat selbst rote Linien definiert und stellt sich Antisemitismus, Rassismus und Gewaltverherrlichung klar entgegen. Darum hat es zum Beispiel den palästinensischen Autor Mohammed El-Kurd, der 2022 zu einer Veranstaltung in Hamburg zur globalen Vernetzung rechtsextremer Bewegungen eingeladen worden war, wegen Hatespeech-Posts gegen Israel in den Sozialen Medien wieder ausgeladen. Die Ausladung von El-Kurd wiederum führte zur Solidarisierung anderer Teilnehmer mit ihm, indem sie ihrerseits die Veranstaltung boykottierten. Auch im Nahen Osten selbst erfuhr das Goethe-Institut, das nun in den gut vernetzten einschlägigen Kreisen als „antipalästinensisch“ gebrandmarkt wurde, die Aufkündigung von Kooperationen seitens verschiedener Partnerorganisationen.

Das hat sich aktuell im Zuge der „Strike Germany“-Bewegung nochmals verschärft, einer im Januar 2024 formierten Plattform internationaler Kulturschaffender, die die Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen aufkündigt, weil Deutschland zu israelfreundlich agiere und den öffentlichen Ausdruck von Solidarität mit den Palästinensern zensiere. In diesem Kontext wurden kürzlich auch das Goethe-Institut in New York und einzelne Standorte in Nordafrika und Südafrika von palästina-bezogenen Boykott-Maßnahmen durch Partnerorganisationen oder einzelne Künstler und Intellektuelle betroffen. Solche Entwicklungen werden im Goethe-Institut intensiv diskutiert, und die Institutsleitungen bemühen sich, auch mit Kritikern weiterhin im Gespräch zu bleiben. Austausch und Dialog auch in harten Zeiten waren und sind zentrale Aufgaben des Goethe-Instituts. Allerdings scheint genau dies immer schwieriger zu werden.

Selten scheinen Innen- und Außen-Kulturpolitik so konfliktträchtig miteinander verschränkt zu sein wie derzeit – das vierte Spannungsfeld, das wir im Schlusskapitel diskutiert haben und das ich hier nochmals beleuchten will. Auch viele frühere Konflikte, wie etwa die Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg, waren Teil alles polarisierender weltpolitischer Konfigurationen und beherrschten auch innenpolitische Debatten und Frontstellungen. Doch die Sozialen Medien und das Internet lassen Diskurs-Distanzen schrumpfen und erhöhen das Tempo der Auseinandersetzungen. Viele Akteure und politische Bewegungen sind global vernetzt, und Diskussionen auf Veranstaltungen in anderen Ländern können sofort Eingang in Debatten finden, die in Deutschland geführt werden, sowie umgekehrt. Dabei scheint gerade die Kulturarbeit zu der wichtigsten Arena zu werden, auf der Politiker und Geldgeber, Journalistinnen und viele gesellschaftliche Akteure eindeutige moralische Positionierungen erwarten. Jedenfalls wird eine werteorientierte Außenpolitik zumindest in Deutschland besonders intensiv auf dem Feld der Kulturarbeit eingefordert – auf einer symbolischen Ebene, wo es nicht unmittelbar um wirtschaftliche oder politische Interessen geht. Doch wenn deutsche Organisationen sich im internationalen Kulturaustausch offensiv zu Menschenrechten und Demokratie bekennen, liegt der Vorwurf vieler Partner, sie träten belehrend und moralisch überheblich auf, nicht fern. Jedenfalls kritisieren Unterstützer der „Strike Germany“-Boykotte, dass nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Mittlerorganisationen heuchlerische Doppelstandards hätten und die Kunst- und Meinungsfreiheit in Deutschland einschränken würden.

Letztlich scheint ein zu enger moralischer Rigorismus die Internationalität der Kulturarbeit in Deutschland zu gefährden—und die Arbeit von weltweit arbeitenden deutschen Organisationen wie dem Goethe-Institut. Langjährige Partner in der internationalen Kulturwelt verlieren das Vertrauen in die Liberalität der Demokratie in Deutschland. Kulturaustausch darf Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Raum bieten—darüber sind sich alle sicher einig. Doch wann Grenzen überschritten sind und wie man Antisemitismus und Rassismus am wirkungsvollsten begegnet, ist umstritten und muss immer wieder konkret ausgelotet werden.

Nicht alle Aspekte der Verknüpfung von „Innen“ und „Außen“ in der Kultur- und Bildungsarbeit waren und sind so konfliktrichtig. Die Arbeit des Goethe-Instituts auf dem Feld der Fachkräfteeinwanderung wird im politischen Raum generell begrüßt. Die Kompetenz des Instituts, künftige Fachkräfte in ihrem Heimatland und dann in Deutschland sprachlich und kulturell bei der Integration zu betreuen, wird allgemein anerkannt, was sich auch in erfolgreichen Einwerbungen von Drittmitteln spiegelt. Hier fürchten allerdings einige Mitglieder des Goethe-Instituts, dass sich die Gewichtung der Institutsarbeit zu stark in diese Richtung verschiebt und der offene internationale Kulturaustausch in den Hintergrund treten könnte. Doch verweist die Attraktivität dieser Angebote darauf, dass die erwähnte Kritik am Goethe-Institut als Teil eines dominanten Globalen Nordens nicht das ganze Spektrum seiner Aktivitäten erfasst. Aller Kritik aus kolonialismuskritischen Kreisen in zum Beispiel Südafrika, Indonesien, Palästina oder Jordanien zum Trotz wollen zahlreiche Menschen aus diesen Ländern Deutsch lernen und in Deutschland studieren und gegebenenfalls eine Arbeit finden.

Eine andere, eher thematische Brücke zwischen dem „Innen“ und „Außen“ der Kulturpolitik, mit der das Goethe-Institut in den letzten drei Jahren experimentiert hat, ließ sich bisher nicht verstetigen: die Zentren für internationale Kulturelle Bildung. Solche Zentren wurden 2021 an fünf Goethe-Instituten in Deutschland—Bonn, Dresden, Hamburg, Mannheim und Schwäbisch Hall—eingerrichtet, um internationale Perspektiven und Praktiken auch in Deutschland einzubringen. Die Zentren haben sich an den verschiedenen Standorten mit lokalen Initiativen vernetzt und dienten als Plattform für den strategischen Erfahrungsaustausch des weltweiten Netzwerks des Goethe-Instituts und in Deutschland arbeitender Institutionen der kulturellen Bildung. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen des Maßnahmenpakets des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, lief aber Ende 2023 aus, und es ist fraglich, ob es angesichts der enger werdenden Finanzspielräume des Goethe-Instituts in Zukunft gelingen kann, eine Neuauflage zu bewerkstelligen. Dazu kommt, dass sich die miteinander verflochtenen Dynamiken von Innen- und Außenkulturpolitik nicht ohne Weiteres institutionell und haushaltsrechtlich abbilden lassen; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sind dem Auswärtigen Amt und inländische Kulturarbeit, soweit sie die Bundesländer übergreift, dem Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, zugeordnet.

Die tatsächliche Verflechtung von „Innen“ und „Außen“ zeigt sich nicht zuletzt in der längst diversifizierten deutschen Gesellschaft. Die Welt, so haben wir im Schlusskapitel konstatiert, ist auch durch Migranten und Flüchtende in Deutschland präsent; ein Viertel der deutschen Staatsbürger hat einen „Migrationshintergrund“. Und wir haben gefragt, welches Gesicht eine deutsche Organisation wie das Goethe-Institut in der Welt zeigen will. Das Institut hat jedenfalls in den letzten drei Jahren bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Entsandtenlaufbahn und Stellen in der Zentrale in München Diversitätskriterien noch stärker als bisher berücksichtigt; außerdem hat es Diversität als Querschnittsaufgabe

verankert und ein Diversitätsmanagement auch personell eingeführt. Auch was den Verein betrifft, zeichnet sich eine deutliche Verjüngung und Diversifizierung der Mitgliedschaft ab. 2021 wurde eine umfassende Satzungsreform durchgeführt, die unter anderem die Zahl der jeweils fünfjährigen Amtsperioden der dreißig Mitglieder auf maximal zwei begrenzte. Das hat zur Folge, dass in den letzten drei Jahren beinahe die Hälfte der Mitgliedschaft erneuert wurde; in den kommenden Jahren wird sich dieser Prozess, der durch einen neu eingeführten Zuwahlausschuss im Präsidium vorbereitet wird, fortsetzen. Das hat zur Folge, dass sich auch der Verein Goethe-Institut noch intensiver als bisher mit der diversen und internationalen Kultur- und Bildungsszene in Deutschland vernetzt und seine Rolle als Brücke zwischen gesellschaftlichen Debatten im Inland und Kulturaustausch in der Welt stärken kann.

Gerade diese Vernetzungen und generell der internationale Kulturaustausch sind in unserer Zeit multipler Krisen so wichtig wie nie zuvor. Es gilt, Räume und Momente offen zu halten für gemeinsames Nachdenken, für Nuancierungen und vor allem für produktive Perspektivwechsel. Ein solcher Kulturaustausch hat drei Voraussetzungen, um der beschriebenen erstickenden Dynamik von Konfrontation und moralischem Rigorismus zu entkommen.

Erstens müssen Kultur- und Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut unabhängig bleiben und dürfen weder als verlängerter Arm der Regierung behandelt noch so wahrgenommen werden. Ihren Beitrag zum Ansehen Deutschlands und zur Vertrauensbildung in der Welt können sie nur so leisten. Sie müssen ihren eigenen Weg finden dürfen, um auf neue Herausforderungen wie die „Zeitenwende“ mit strategischen Entscheidungen zu reagieren.

Zweitens gilt es, diesen Kulturaustausch auch weiterhin nicht einseitig von Deutschland aus zu konzipieren, sondern an den weltweit unterschiedlichen regionalen und lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen zu orientieren. Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen, der DAAD oder politische Stiftungen werden sich sicher überall als kritischer Gesprächspartner einbringen und auch die notwendigen auszuhandelnden roten Linien ziehen. Aber nirgends braucht es moralische Rechthaberei oder Paternalismus. Und darum wird gelingende internationale Kulturarbeit an verschiedenen Standorten unterschiedlich aussehen.

Und schließlich: produktiver internationaler Kulturaustausch braucht große Handlungsspielräume und die Risikobereitschaft aller Beteiligten. Nur mit Offenheit für unerwartete Ergebnisse und Toleranz gegenüber Fehlern gelingen Innovation und Kreativität. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Kulturinstitutionen, Medien und Kulturpolitik, auch in Zeiten der Unsicherheit Denkräume offen zu halten, Perspektivwechsel zu ermutigen und kreatives Potential zu ermöglichen. Nur so lässt sich die aktuelle Krise bewältigen.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es engagierter und flexibler Organisationen, und in der Tat sind die kreativen, engagierten und aufgeschlossenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die größte Ressource des Goethe-Instituts. Sie sind die Säule der Resilienz, die das Goethe-Institut in seiner nun dreiundsiebzighjährigen Geschichte gezeigt hat. Das neue Motto, das sich das Goethe-Institut am Ende eines umfangreichen Visions- und Strategieprozesses gegeben hat: „Im Austausch mit der Welt. Für Vielfalt, Verständigung und Vertrauen“ ist jedenfalls wichtiger denn je.